



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Eine Untersuchung empirischer Kriegstypologien am
Fall Papua – Neuguinea: das Beispiel Bougainville im
Zeitraum 1989 – 1998.“

verfasst von / submitted by

Sonia DHILLON, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Institut für Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wird auf die Untersuchung empirischer Kriegstypen am Beispiel des Bougainville – Krieges eingehen.

Ausschlaggebend für das Interesse an diesem Thema war ein Seminar im Rahmen meines Bachelorstudiums der Internationalen Entwicklung, in welchem es um Konflikte und Konfliktregelung in der internationalen Politik ging. Einer der hier erwähnten Konflikte war jener zwischen der Zentralregierung Papua – Neuguineas und der Widerstandsbewegung auf der autonomen Insel Bougainville, welcher bei mir großes Interesse weckte. Mich beeindruckten vor allem die kulturelle und sprachliche Vielfalt Papua – Neuguineas, der gravierende Unterschied zwischen Tradition und Moderne innerhalb eines Staates sowie die Probleme, welche oftmals mit solch einer Vielfalt einhergehen.

Den Anstoß, diesen Konflikt in Hinblick auf seinen Kriegstyp mit Hilfe bekannter Datenbanken zur Kriegsursachenforschung zu untersuchen, gab folglich Professor Heinz Gärtner, bei dem ich mich an dieser Stelle für die große Hilfestellung und Betreuung während der letzten zwei Semester bedanken möchte.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1. Problemstellung und Ziele der Arbeit	6
1.2. Forschungsleitende Frage	7
1.3. Theoretischer Rahmen und methodische Vorgehensweise	7
1.4. Gliederung der Arbeit	9
2. Begriffsdefinitionen	10
3. Mary Kaldors Theorie der Neuen Kriege	12
4. Bougainville im Überblick	16
4.1. Geographische und historische Daten	16
4.2. Kulturelle und ökonomische Gegebenheiten	17
5. Die Bedeutung der Panguna – Mine für Bougainville	19
5.1. Der Bau der Mine	19
5.2. Die Auswirkungen der Kupfermine	20
5.2.1. Soziale Auswirkungen auf Bougainville	20
5.2.2. Ökologische Auswirkungen auf Bougainville	22
5.2.3. Politische Auswirkungen auf Bougainville	25
6. Die Schließung der Mine und der Verlauf der Krise	27
6.1. Die Sandline – Affäre	31
6.2. Der Weg zum Frieden auf Bougainville	33
7. Gegenüberstellung der Konfliktparteien	36
7.1. Bougainville Revolutionary Army (BRA)	36
7.2. Papua New Guinea Defence Force (PNGDF)	37
7.3. Resistance Forces (RF)	38
8. Analyse der Kriegsforschungsinstitute	39
8.1. Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)	39
8.2. Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK)	50
8.3. Correlates of War Project (COW)	60
8.4. Uppsala Conflict Data Program (UCDP)	68
9. Vergleich	76
9.1. Vergleich der Arbeitsweise der untersuchten Datenbanken	76
9.2. Vergleich der Ergebnisse der untersuchten Datenbanken	83

10. Kritische Betrachtung der untersuchten Datenbanken	86
11. Anwendung der Theorie Mary Kaldors auf das Beispiel Bougainville	94
12. Ergebnisse und Schlussbetrachtungen	99
13. Literaturverzeichnis	104
14. Anhang	110

Abkürzungsverzeichnis

AKUF	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung
BIG	Bougainville Interim Government
BRA	Bougainville Revolutionary Army
COW	Correlates of War
HIHK	Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung
PMG	Peace Monitoring Group
PNGDF	Papua New Guinea Defence Force
RF	Resistance Forces
UCDP	Uppsala Conflict Data Program
vgl.	vergleiche
zit.	zitiert

1. Einleitung

„So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.“

Carl von Clausewitz 1957: 34

Mit dieser Definition ging Carl von Clausewitz erstmals 1832 in seinem Werk „Vom Kriege“ an die Öffentlichkeit und gilt seither als einer der ersten und bekanntesten Verfechter der klassischen Kriegstheorie. Seit 1832 hat sich das Kriegsbild jedoch maßgeblich gewandelt und zahlreiche andere Kriegstheorien sind neben dieser an die Bildfläche getreten. Innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung wird weltweit mit unterschiedlichsten Ansätzen gearbeitet, um Kriege und Konflikte zu definieren und Kriegstypen zu bestimmen. Eine dieser Weiterentwicklungen der clausewitz'schen Kriegstheorie ist jene der „Neuen Kriege“ von Mary Kaldor, welche von einem weltweiten Wandel im Kriegsgeschehen spricht.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diese Vielfalt in der Kriegstypenforschung genauer zu untersuchen und anhand eines Beispiels, dem Konflikt auf der Insel Bougainville, darzustellen. Die Insel Bougainville befindet sich im Südpazifik und ist Teil des melanesischen Staates Papua – Neuguinea, welcher sich aufgrund seiner gesellschaftlichen Konstellation durch sprachliche und kulturelle Diversität auszeichnet. Bougainville selbst fällt vor allem aufgrund seines Ressourcenreichtums auf, welches unter anderem ein hohes Kupfervorkommen umfasst.

In den Jahren zwischen 1989 und 1998 wurde im Südpazifik ein blutiger Krieg ausgefochten, in dem insbesondere um die Erlangung von Unabhängigkeit vom Zentralstaat Papua – Neuguinea und um ein Ende der Ausbeutung gekämpft wurde. Zwar hatte die Insel Bougainville seit 1975 eine gewisse Autonomie innerhalb des Staates inne, doch die völlige Sezession blieb auch trotz mehrmaliger Forderungen von Seiten der Inselbevölkerung aus. So musste Bougainville trotz seiner Diversität von dem Großteil der papuanischen Bevölkerung als Teil des Zentralstaates verharren, was nach und nach zum Ausbruch eines beinahe zehn Jahre andauernden Krieges führte. Dieser Kampf um Unabhängigkeit und die damit verbundenen Probleme sollen im Rahmen dieser Arbeit behandelt werden. Dabei soll der Krieg auch hinsichtlich seines Kriegsverlaufs, seiner Ursachen und seiner zentralen Akteure untersucht werden.

1.1. Problemstellung und Ziele der Arbeit

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, gibt es innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung zahlreiche Ansätze, um einen Konflikt oder einen Krieg zu untersuchen. Zudem gibt es oftmals unterschiedliche Definitionen darüber, welche Ereignisse als Krieg oder Konflikt bezeichnet werden können, welche wiederum mit Hilfe unterschiedlicher Herangehensweisen untersucht werden. Carl von Clausewitz war zwar der Erste, welcher sich der Kriegstheorie annahm und vorwiegend klassische Kriege zwischen zwei Staaten untersuchte, allerdings hat es seither maßgebliche Veränderungen im Kriegsgeschehen gegeben, sodass diese Theorie als veraltet und überholt betrachtet werden kann. Denn im 21. Jahrhundert sind es weniger Kriege zwischen Staaten, sondern vielmehr Kriege innerhalb von Staaten, die das Weltbild prägen. Das vermehrte Aufkommen von internationalem Terrorismus, Kriminalität und organisiertem Verbrechen sowie der Rückgang der klassischen zwischenstaatlichen Kriege haben dazu beigetragen, dass das internationale Kriegsbild seit Ende des Kalten Krieges grundlegender Veränderung unterzogen wurde. Es ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Kriegsformen an den Tag getreten, welche von verschiedenen TheoretikerInnen und Datenbanken zur Friedens- und Konfliktforschung auf unterschiedliche Art und Weise erfasst werden. Eine dieser Konfliktforscherinnen ist Mary Kaldor, welche die Theorie Clausewitz' aufgegriffen und weiterentwickelt hat, um so den aktuellen Gegebenheiten gerecht zu werden. Denn Krieg bedeutet nicht länger, dass es offizielle „Entscheidungsschlachten“ im clausewitz'schen Sinne mit Gewinnern auf der einen und Verlierern auf der anderen Seite gibt, sondern vielmehr verschwimmen die Grenzen zwischen Frieden und Krieg, sodass Krieg zu einem gesellschaftlichen Dauerzustand geworden ist (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 09/2011).

Hinzu kommt, dass es unterschiedliche Zugänge innerhalb der Konfliktforschung gibt, um Kriege zu analysieren. Einerseits gibt es Datenbanken, welche anhand von qualitativen Kriterien arbeiten und andererseits jedoch Datenbanken, welche vorwiegend mit Hilfe quantitativer Werte an einen Krieg oder Konflikt herantreten. Im Rahmen dieser Arbeit sollen genau diese unterschiedlichen Zugänge auch im Hinblick auf ihre Vor- und Nachteile untersucht und anhand von ausgewählten Datenbanken zur Kriegsursachenforschung erläutert werden.

Der wissenschaftliche Anspruch dieser Arbeit besteht darin, die Vielfalt in der Herangehensweise an Kriege aufzufassen und anhand eines Beispiels, des Konflikts auf Papua – Neuguinea, darzustellen. Denn dieser Konflikt gehört zu jenen, bei dem sich die hier

ausgewählten Datenbanken uneinig darüber sind, welcher Kriegstyp in diesem Fall vorliegt und ob hier bereits von einem Kleinkrieg gesprochen werden kann oder es sich doch bloß um einen Konflikt unterhalb der Kriegsschwelle handelt. Zudem handelt es sich bei diesem Fall um ein ideales Beispiel, um die neuen Konfliktlagen, wie etwa Guerillakämpfe und organisierte Gewalt innerhalb eines Staates, zu beschreiben.

1.2. Forschungsleitende Frage

Ausgehend von dieser Problemstellung, nämlich der Uneinigkeit darüber, um welchen Kriegstyp es sich bei den Geschehnissen auf Bougainville handelt und inwiefern die unterschiedlichen Kriegstypologisierungen der verschiedenen Datenbanken auf den vorliegenden Fall zutreffen, ergibt sich folgende Forschungsfrage:

F1: Welchem Kriegstyp ist der Konflikt zwischen der papua - neuguineischen Zentralregierung und der Rebellentruppe BRA zuzuordnen?

Diese Forschungsfrage bezieht sich auf die Suche nach Kriegstypen und inkludiert ebenfalls die Frage, ob es sich hier nach Definition der Kriegsforschungsinstitute um einen Konflikt unterhalb der Kriegsschwelle oder bereits tatsächlich um einen Krieg handelt und in letzterem Fall die Erläuterung dessen, um was für einen Krieg es sich handelt.

1.3. Theoretischer Rahmen und methodische Vorgehensweise

Den theoretischen Rahmen dieser Arbeit bildet einerseits die Kriegstheorie nach Mary Kaldor, welche sich größtenteils mit den *Neuen Kriegen* und den sogenannten *small wars* beschäftigt, sowie andererseits der Vergleich von bekannten Datenbanken zur Kriegsursachenforschung. Mit Hilfe von Mary Kaldor soll untersucht werden, inwiefern der ausgewählte Fall der von ihr behandelten Theorie über einen Wandel im weltweiten Kriegsgeschehen entspricht und inwieweit im Fall von Bougainville die Kriterien der von ihr beschriebenen „kleinen Kriege“ erfüllt werden.

Für den Vergleich der Datenbanken zur Kriegsursachenforschung, werden vier Institute zur Untersuchung ausgewählt, welche mit zum Teil unterschiedlichen Kriegstypologien arbeiten. Es werden daher zwei qualitativ sowie zwei quantitativ forschende Datenbanken analysiert.

Folgende vier Kriegsforschungsinstitute werden für die Analyse herangezogen:

1. Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)
2. Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK)
3. Uppsala Department of Peace and Conflict Research (UCDP)
4. The Correlates of War Project (CoW)

Während die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung und das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung qualitativen Ansätzen zuzuordnen sind, handelt es sich bei dem Uppsala Department of Peace and Conflict Research und dem Correlates of War Project um quantitative Ansätze.

Auf der Grundlage dieser einzelnen Kriegsforschungsinstitute und den hier angewandten Kriegstypologien, soll eine Kriegsanalyse am Fall des Konflikts zwischen der Zentralregierung Papua - Neuguineas und der Rebellentruppe BRA durchgeführt werden. Dadurch wird versucht, den Konflikt phasenweise von der Eskalations- bis hin zur Deeskalationsphase einzubetten und die Kriegstypen genauer zu untersuchen.

Einen ersten Hauptteil bilden dabei die Geschehnisse auf Bougainville samt den beteiligten Krieksakteuren und den Kriegsfolgen, um so zunächst die inneren Faktoren des Falls zu verstehen. Denn um anschließend der Suche nach empirischen Kriegstypen nachzugehen, müssen zunächst die Kriegsbedingungen genauer erläutert werden, da diese für die Bestimmung des Kriegstyps von großer Bedeutung sind. Den zweiten Hauptteil bildet folglich die Analyse der Kriegsforschungsdatenbanken und die Anwendung der jeweiligen Kriegstypologien auf das ausgewählte Länderbeispiel. Hier soll es möglich sein, durch eine Gegenüberstellung der Kriegsforschungsinstitute und ihrer Typologien, Unterschiede in ihrer Herangehensweise herauszuarbeiten und anhand von bestimmten Analysekrilerien den vorliegenden Fall durchzuarbeiten.

1.4. Gliederung der Arbeit

Die Arbeit beginnt mit dem Einleitungskapitel, welches in vier weitere Unterkapitel geteilt ist. Diese umfassen eine Darstellung der Problemstellung sowie der Ziele der vorliegenden Arbeit, um so einen ersten Einblick in die Thematik und Problematik zu erhalten, weiters die nähere Erläuterung der Forschungsfrage sowie des theoretischen Rahmens und der Methodik und zuletzt die Auflistung der Gliederung.

Kapitel 2 widmet sich der Begriffsdefinitionen, um so die hier zentralen Begriffe Konflikt, Krieg und Kriegstyp vorab voneinander zu unterscheiden.

Anschließend wird in Kapitel 3 die Theorie der *Neuen Kriege* der britischen Wissenschaftlerin Mary Kaldor behandelt, welche der in dieser Arbeit behandelten Thematik einen Rahmen verleihen soll.

Ab dem vierten Kapitel wird auf die eigentliche Thematik, nämlich den Bougainville – Konflikt eingegangen, wobei zunächst geographische und historische Daten sowie kulturelle und ökonomische Gegebenheiten der Insel dargestellt werden.

Kapitel 5 beschäftigt sich mit einem der maßgeblichen Konfliktverursacher, nämlich dem Bau der Panguna – Kupfermine und den zahlreichen damit einhergehenden Auswirkungen, welche vor allem politischer, sozialer und ökologischer Natur sind.

Das sechste Kapitel beschäftigt sich anschließend mit dem Ausbruch der Krise, dessen weiteren Verlauf, einem maßgeblichen Ereignis innerhalb dieses Konflikts, nämlich der *Sandline – Affäre*, sowie mit den Schritten in Richtung Frieden auf Bougainville.

In Kapitel 7 werden die drei wichtigsten Konfliktparteien, nämlich die *Bougainville Revolutionary Army* (BRA), die *Papua New Guinea Defence Force* (PNGDF) und die *Resistance Forces* (RF) gegenübergestellt. Mit diesem Kapitel ist schließlich die Darstellung des Konfliktgebietes, der Konfliktursachen und der Konfliktparteien abgeschlossen und es wird mit der Analyse der Kriegsforschungsinstitute begonnen.

Kapitel 8 bezieht sich folglich auf die Forschungsfrage und umfasst vier Unterkapitel, in welchen die hier herangezogenen Datenbanken zur Kriegsursachenforschung untersucht und die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Informationen zu den Geschehnissen auf Bougainville zwischen 1989 und 1998 in die jeweilige Kriegstypologie eingebettet werden.

Das neunte Kapitel widmet sich dem Vergleich der hier untersuchten Kriegsforschungsinstitute und vergleicht diese in Hinblick auf ihre Arbeitsweise und Ergebnisse.

Nachdem sowohl die Behandlung des vorliegenden Falls als auch die Analyse der Kriegsforschungsinstitute abgeschlossen ist, folgt in Kapitel 10 eine ausführliche kritische

Betrachtung der untersuchten Kriegstypologien. Dabei wird vor allem auf die jeweiligen Vor- und Nachteile eingegangen, um so die geeignetste Typologie für diesen Fall zu finden.

Das vorletzte Kapitel, Kapitel 11, rundet die Arbeit noch einmal ab, indem die Geschehnisse auf Bougainville in die Theorie der *Neuen Kriege* von Mary Kaldor eingebettet werden und so gezeigt wird, inwiefern diese Theorie, welche in Kapitel 3 bereits näher erläutert wurde, auf den Konflikt zwischen dem Staat Papua – Neuguinea und der Sezessionsbewegung auf Bougainville zutreffend ist.

Das letzte Kapitel umfasst schließlich die Schlussbetrachtungen und fasst die Ergebnisse dieser Arbeit zusammen.

2. Begriffsdefinitionen

In folgendem Kapitel werden nun die im Rahmen dieser Arbeit behandelten Begrifflichkeiten einer näheren Definition unterzogen, um so mögliche Unklarheiten bereits vorab zu beseitigen und anschließend mit dieser Begriffsunterscheidung den vorliegenden Fall zu untersuchen.

Konflikt

Bei Konflikten stehen anders als vor 1989 nicht mehr bloß machtpolitische Intensionen und nationale Interessen an der Tagesordnung, sondern die Zusammensetzung politischer Gemeinschaften, wie etwa ethnische, rassische oder sprachliche Identitäten stellen zunehmend Herausforderungen dar. Es handelt sich vielmehr um gesellschaftliche Konflikte, welche zum Teil tief in dieser verwurzelt und besonders langwierig sind.

Bei Konflikten wird zwischen *bewaffneten* und *unbewaffneten* Konflikten unterschieden. *Unbewaffnete* Konflikte entstehen, „wenn zwei oder mehr Akteure Ziele verfolgen, die als *miteinander unvereinbar wahrgenommen werden*“ (Gärtner 2008: 124). Dabei kann es sich sowohl um internationale Akteure gegeneinander als auch um unterschiedlich positionierte Akteure innerhalb eines Staates, wie etwa Staatengruppen oder organisierte Gruppen, handeln (vgl. Pfetsch; Billing 1994: 15). Politische Interessensgegensätze, Uneinigkeiten bezüglich Ressourcenverteilung oder das Streben nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, können mögliche Verursacher von Konflikten sein, die entweder unbewaffnet oder bewaffnet ausgetragen werden.

Bewaffnete Konflikte sind nach einer Definition der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung Kampfhandlungen, welche über das Wortgefecht hinausgehen und in

tatsächlicher Gewaltausübung münden. Sie befinden sich jedoch unterhalb der Kriegsschwelle, da die Kriterien der Kriegsdefinition, welche anschließend näherer Definition unterzogen werden, nicht ganzheitlich erfüllt sind (vgl. AKUF 1998: 5).

Konfliktlösung geschieht folglich üblicherweise mit friedlichen Mitteln, unter der Ausschließung jeglicher Gewalt, um so eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern. Letztendlich sollen die Konfliktparteien versöhnt und angerichtete Schäden wieder gut gemacht werden (vgl. Gärtner 2008: 125f.).

Kriegstypen

Unter Kriegstypen werden besondere Ausprägungsformen der Kriegsarten verstanden. Hierbei unterscheiden Gantzel und Schwinghammer in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) die sogenannten *reinen* Kriegstypen, in welchen nur einer von vier eindeutigen Kriegstypen A, B, C und D auftritt und *Mischtypen*, welche vorliegen, wenn ein Krieg keinem eindeutigen Kriegstyp zugeordnet werden kann und daher zwei oder mehr Typen vorhanden sind oder phasenweise nacheinander auftreten (vgl. Gantzel; Schwinghammer 1995: 22).

Von den hier ausgewählten Datenbanken zur Kriegsursachenforschung werden jedoch unterschiedliche Definitionen und Kriterien bei ihrer Analyse angewandt, welche im entsprechenden Kapitel näher betrachtet werden.

Krieg

Auch der Begriff *Krieg* unterliegt keiner einheitlichen Definition, da es unterschiedliche Ausprägungen und Kriegsformen gibt. Einerseits gibt es die klassischen Großkriege beziehungsweise zwischenstaatlichen Kriege (inter – state wars), welche mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 in den Hintergrund getreten sind und stattdessen Platz für die sogenannten „neuen Kriege“ gemacht haben, bei welchen sich nicht mehr bloß Staaten gegenseitig bekämpfen und somit nicht mehr die Hauptakteure im Krieg sind, sondern ersetzt wurden durch kriegsführende Gruppen, welche sich in Bezug auf Religion, Ethnizität oder Stämme identifizieren (vgl. Schuurman 2010: 90).

Hier wird nun der Versuch einer Kriegsdefinition nach Carl von Clausewitz als Verfechter der klassischen Kriegstheorie unternommen sowie anschließend nach Mary Kaldor, welche eine Theorie über die sogenannten *Neuen Kriege* vertritt.

Krieg ist nach Clausewitz „eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz 1832: 22). Das bedeutet, dass Krieg nicht nur ein Akt zur Ausübung von Politik ist, sondern

durchaus auch ein politisches Instrument selbst. Clausewitz gliedert hier zwischen einer *Zweck – Mittel – Ziel* – Beziehung im Krieg, wobei die politische Absicht des Krieges der Zweck ist, die Kriegsführung selbst das Mittel und das Ziel ist die Beendigung des Krieges durch die Erfüllung des eigenen Willens einer Kriegspartei durch den Gegner (Clausewitz zit. nach Gärtner 2008: 128f.). Es geht also darum, den Gegner durch physische Gewalt „zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“ (Clausewitz 1832). Krieg ist dabei kein Selbstzweck, sondern dient vielmehr übergeordneten politischen Zielen. Aus diesem Grund ist es auch die Politik, welche die strategischen Kriegsziele festlegt, über die anzuwendende Militärstrategie entscheidet, die Kapazität der verfügbaren Kräfte vorgibt und das Kriegsgeschehen kontrolliert. Denn der Krieg ist im Machtstreben der Staaten begründet (vgl. Frank 2007: 25). Clausewitz bezieht sich in seiner Kriegstheorie somit beinahe ausschließlich auf den Staatenkrieg.

Nach 1945 ist die klassische Kriegstheorie nach Clausewitz jedoch weitestgehend überflüssig und veraltet geworden, da durch das Völkerrecht und die Existenz von Nuklearwaffen Konflikte nicht mehr durch die Vernichtung des Gegners gelöst werden sollten, sondern in erster Linie durch Verhandlungen und mit Hilfe der Vereinten Nationen. Zwischenstaatliche Kriege sind zwar nicht gänzlich verschwunden, sie sind allerdings nicht mehr die dominante Kriegsform, wie sie es bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren (vgl. Gärtner 2008: 129; 134).

An die Stelle der *inter - state wars* traten somit neue Formen von Krieg, meist als kleine oder asymmetrische Kriege bezeichnet. Zu diesen zählen unter anderem innerstaatliche Kriege (*intra – state wars*), welche von aufständischen Gruppen gegen die eigene Regierung geführt werden, *sub – state wars*, welche von substaatlichen Gruppierungen gegeneinander geführt werden und *extra – state wars*, welche gegen die Regierung eines anderen Staates gerichtet sind. Bekannte Beispiele für solche neuen Kriege sind allen voran Terrorismus, Guerilla- oder Partisanenkriege, wobei Terrorismus nicht auf die Unterstützung der Zivilbevölkerung angewiesen ist, sondern diese bewusst zum Opfer macht (vgl. ebd.: 134).

3. Mary Kaldors Theorie der Neuen Kriege (*small wars*)

Mary Kaldor argumentiert, dass diese neuen Kriege, die Kriege des Globalisierungszeitalters seien und somit im Kontext der Globalisierung betrachtet werden müssen. Oftmals wird jedoch argumentiert, dass neue Kriege eine Ursache neuer Technologien sind und aufgrund des Wandels im Bereich der Informationstechnologie zustandekommen würden. Doch Kaldor lehnt diese Theorie ab, da ihrer Auffassung zufolge die soziale Basis des Krieges für die radikalen

Veränderungen verantwortlich ist und diese sei auf Globalisierung zurückzuführen. Unter Globalisierung versteht sie dabei die Zunahme der weltweiten Verflechtungen im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Bereich. Die Fortschritte in der Informationstechnologie und der Datenverarbeitung sieht sie lediglich nur teilweise als Auslöser des Globalisierungsprozesses (vgl. Kaldor 1999: 10f.). Die Auswirkungen der Globalisierung spiegeln sich in vielen der neuen Kriege wider. Die Verflechtungen reichen soweit, dass immer mehr internationale Beteiligung stattfindet, auch wenn es sich bei den neuen Formen von Kriegen nicht mehr um Großkriege handelt. Diese Beteiligung findet in Form von internationalen Akteuren, wie etwa Nichtregierungsorganisationen (NROs), der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder Söldnertruppen statt. Diese spielen vor allem als unabhängige Vermittler bei Friedensprozessen und als BeraterInnen eine bedeutende Rolle (vgl. Kaldor 1999: 9-12). Die neuen Kommunikationstechnologien bilden allenfalls einen Vorteil dabei, dass heutzutage mehr Menschen politisch mobilisiert werden können, da über Fernsehen, Radio und Video die Verbreitung von Nachrichten schneller und effektiver vonstattengeht (vgl. ebd.: 137).

Von früheren Kriegen unterscheiden sich die neuen Kriege hinsichtlich ihrer Ziele, der Art der Kriegsführung, der Austragungsform und ihrer Finanzierung. Hier besteht ein grundlegender Unterschied zur klassischen Kriegstheorie nach Clausewitz. Während die klassischen Kriege bis in das 20. Jahrhundert überwiegend aufgrund von unterschiedlichen Ideologien oder geopolitischen Interessen geführt wurden, geht es heutzutage in erster Linie um Identitätspolitik. Es findet politische Mobilisierung rund um Identität statt und ist hier nun Ziel und nicht mehr bloß Instrument des Krieges, wie Clausewitz es thematisiert hatte (vgl. Kaldor 2013: 2f). Die neuen Kriege haben demnach „*eine Politik der Identität zum Ziel*“ (Kaldor 1999: 15), womit gemeint ist, dass ein Machtanspruch auf der Grundlage einer bestimmten Identität erhoben wird, sei es die Identität rund um eine bestimmte religiöse oder ethnische Gruppe, einer Sprachgemeinschaft, eines Clans oder die einer Nation.

Kennzeichnend für neue Kriege ist auch, dass sie im Gegensatz zur klassischen Kriegsführung durch Guerillakriege gekennzeichnet sind. Während in konventionellen Kriegen das Ziel die Eroberung des Territoriums durch militärische Erfolge ist und Schlachten die maßgeblichen kriegerischen Auseinandersetzungen bilden, geht es in Guerillakriegen um die bewusste Kontrolle der Bevölkerung. Es wird durch politische Mittel versucht, ein Territorium zu behaupten und an Stelle von Konfrontation auf dem Schlachtfeld tritt gewaltsames Vorgehen gegen die ZivilistInnen, Massenmord, Zwangsumsiedlungen oder Massenvertreibung auf. Die typischen Kämpfer der neuen Kriege setzen sich demnach aus verschiedenen lokalen Gruppen

zusammen, wie etwa paramilitärische Einheiten, kriminelle Banden, Polizeikräfte, reguläre Streitkräfte oder Söldnertruppen. Diese Gruppen sind dezentral organisiert und umfassen im Vergleich zu klassischen Kriegen weitaus weniger Menschen, die an Kampfhandlungen teilnehmen (vgl. ebd.: 18f.). Die Kriegsmethode hat sich demnach maßgeblich gewandelt, da Territorien nicht länger durch militärische Mittel übernommen werden, sondern durch politische, allen voran durch die Übernahme der Kontrolle über die Bevölkerung (vgl. Kaldor 2013: 2). Die Fähigkeit zu klassischen zwischenstaatlichen Kriegen, so wie es sie bis zum Ende des Kalten Krieges gegeben hat, wäre laut Kaldor im heutigen Zeitalter bedeutend eingeschränkt, da aufgrund von neuer Militärtechnologie das Zerstörungspotential erheblich gestiegen ist. Zudem gibt es heute eine große Anzahl an Bündnissen und Verflechtungen zwischen Staaten, wie etwa im Rahmen der Europäischen Union oder der North Atlantic Treaty Organization (NATO), sodass das Ausmaß der Kriege weitaus größer wäre als noch in den ersten beiden Weltkriegen (vgl. Kaldor 1999: 13).

Typischerweise finden neue Kriege in Regionen statt, in welchen autoritäre Staaten als Konsequenz ihrer Öffnung für den Rest der Welt geschwächt worden sind. In diesem Zusammenhang fällt eine Unterscheidung zwischen staatlichem und nicht – staatlichem, öffentlichem und privatem, externen und internen, ökonomischem oder politischem sowie auch die Unterscheidung zwischen Kriegsphase und Frieden schwer, da hier keine Eindeutigkeit mehr vorhanden ist (vgl. Kaldor 2013: 2). Das bedeutet, dass die klassischen Begriffe „Frieden“ und „Krieg“ nicht mehr klar voneinander unterscheidbare Zustände sind, sondern die Grenzen hier immer mehr verschwimmen. Es ist eine Verschmelzung von Krieg, organisiertem Verbrechen und massiven Menschenrechtsverletzungen erfolgt (vgl. Kaldor 1999: 8). Neue Kriege haben somit keinen formellen Anfang in Form einer Kriegserklärung sowie auch keinen formellen Friedensschluss. Die Grenzen zwischen diesen beiden Phasen sind schwammig und bloß durch kurze Phasen des Waffenstillstandes gekennzeichnet. Stattdessen sind Kampfgefechte im herkömmlichen Sinne selten geworden, denn die Kriegsparteien sind nicht länger nur uniformierte Soldaten, welche ihre Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfeld austragen, sondern vielmehr willkürlich zusammengesetzte Gegner innerhalb eines Staates. Während die Akteure in den klassischen alten Kriegen noch vorwiegend offizielle Streitkräfte des Staates waren, werden neue Kriege meist von unterschiedlichen Netzwerken staatlicher und nicht – staatlicher Akteure geführt, allen voran Söldnertruppen, Paramilitärs, private Sicherheitsdienstleister, Rebellen, Dschihadisten, aber auch weiterhin von regulären Streitkräften (vgl. Kaldor 2013: 2).

Meistens werden diese neuen oder „kleinen“ Kriege in Form von inneren Auseinandersetzungen, Bürgerkriegen oder Konflikten geringer Intensität ausgetragen. Obwohl es sich hier meist um lokal begrenzte Auseinandersetzungen handelt, sind diese jedoch keineswegs überschaubar, da sie in ein Geflecht transnationaler Verbindungen eingebunden sind und somit nicht eindeutig zwischen innen und außen oder lokal und global unterschieden werden kann (vgl. Kaldor 1999: 8).

Auch die Finanzierungsform von Kriegen hat sich mit dem vermehrten Auftreten kleiner Kriege laut Kaldor geändert. Während die klassischen Kriege hauptsächlich eine Angelegenheit des Staates waren und mit Hilfe von Steuern, Krediten und Anleihen finanziert wurden, sind neue Kriege durch private Finanzierung gekennzeichnet, allen voran durch Raub und Plünderung, Erpressung und Geiselnahme, Unterstützung durch Diasporagemeinden, Öl – Schmuggel sowie Drogen- oder Menschenhandel (vgl. Kaldor 2013: 2f.). Hinzu kommen Belagerungen und Blockaden, mittels derer versucht wird, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern zu steuern. Auch ausländische Finanzierungshilfe in Form von Munitionen, Waffen und Nahrungsmitteln macht einen großen Teil aus (vgl. Kaldor 1999: 164). Neue Kriege sind somit stark durch ökonomischen Gewinn motiviert, welcher maßgeblich durch Gewalt erzielt wird. Es geht nicht mehr vorwiegend um Staatenbildung, sondern viel eher um den Abbau von diesen (vgl. Kaldor 2013: 2f.).

Neue Kriege werden demnach als *post – clausewitzianisch* bezeichnet, da sie zwar auf Clausewitz aufbauen, allerdings nach dem Kalten Krieg neue Formen angenommen haben und Krieg nun nicht länger als ein Instrument der Politik gilt, sondern getrennt von Politik betrachtet werden muss (vgl. ebd.: 10f.). Denn die Auffassung Clausewitz', dass es sich bei Krieg um ein Duell handelt, bei welchem durch physische Gewalt versucht wird, den Gegner dazu zu zwingen, sich dem Willen des anderen zu unterwerfen, gilt laut Kaldor als weit überholt und veraltet (vgl. ebd.: 12). Denn ihrer Theorie zu Folge, ist Krieg ein „*act of violence involving two or more organised groups framed in political terms*“ (Kaldor 2013: 13), bei welchem es den Kriegsparteien nicht darum geht, zu gewinnen oder zu verlieren, sondern vielmehr darum, einen Krieg so lang als möglich weiterzuführen, um so politische als auch wirtschaftliche Vorteile daraus zu ziehen. Neue Kriege kennen somit kein Ende und haben das Ziel, in Form eines gegenseitigen Unternehmens, ökonomische Interessen zu fördern (vgl. Kaldor 2013: 13).

4. Bougainville im Überblick

In diesem Kapitel soll zunächst ein Überblick über die Konfliktregion Bougainville gegeben werden. Dabei werden vor allem die geographischen Daten, die historischen Ursprünge der Region sowie die weitere Entwicklung durch den Einfluss der Kolonialmächte Deutschland, Großbritannien und Australien näher betrachtet. Auch auf die kulturellen Eigenheiten und ökonomischen Vorteile der Insel soll hier eingegangen werden.

4.1. Geographische und historische Daten

Die Insel Bougainville gehört geographisch gesehen zu den Salomonen – Inseln und ist mit einer Flächengröße von 8.800 Quadratkilometern die größte und nördlichste Insel der Salomonen. Sie ist eine der 19 Provinzen Papua - Neuguineas, bildet jedoch zusammen mit der Nachbarinsel Buka und einigen weiteren Inselgruppen die einzig autonome Provinz. Bougainville befindet sich etwa 1000 Kilometer nordöstlich von Port Moresby, der Hauptstadt Papua - Neuguineas. Die Einwohnerzahl beläuft sich auf rund 175. 000 Einwohner (Stand: 2000) (vgl. Böge 1998: 2).

Benannt wurde die Insel nach ihrem Entdecker, dem Franzosen Louis – Antoine de Bougainville, welcher Bougainville 1768 das erste Mal bereiste und sowohl Namensgeber der Insel Bougainville als auch der 500 Quadratkilometer großen Insel Buka war (vgl. Oliver 1991: 18).

1884 wurde der östliche Teil Neu – Guineas zwischen Großbritannien und Deutschland aufgeteilt. Während Großbritannien bereits den südlichen Teil beanspruchte, gehörte der Norden der Region Deutschland. Die westliche Hälfte wurde bereits seit 1829 von den Niederlanden als Teil ihres ostindischen Reiches beansprucht. Ab 1893 wurden die Karten neu gemischt, sodass die nördlichen Solomonen – Inseln nicht mehr nur allein Deutschland gehörten, sondern auch zum Teil von Großbritannien beansprucht wurden. Bougainville verblieb zunächst in den Händen Deutschlands. Es gab somit zwei große Hälften, der zu Großbritannien gehörende Teil Papua und der zu Deutschland gehörige Teil Neu – Guinea.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, verloren im Jahr 1914 sowohl Großbritannien als auch Deutschland den Besitz über die Solomonen – Insel an Australien, wodurch auch die Kontrolle über Bougainville automatisch an Australien übergeben wurde.

Es folgte der Zweite Weltkrieg und ein weiterer Akteur betrat das Feld: Japan. Die Japaner versuchten, sowohl die Kontrolle über das Gebiet Neu – Guinea als auch über das Territorium

Papua zu übernehmen, scheiterten jedoch an dieser Mission und wurden Ende 1942 aus der Region erfolgreich vertrieben. Man einigte sich darauf, dass der östliche Teil Neu – Guineas von nun an ein eigenes Territorium werden sollte, nämlich Papua – Neuguinea, allerdings als Teil des internationalen Treuhandsystems der Vereinten Nationen, mit einer gemeinsamen australischen Verwaltung, welche unter anderem aus ökonomischen Gründen von Nöten war (Parliament of Australia 1999: 14). Erst am 16. September 1975 wurde Papua - Neuguinea von Australien in die Unabhängigkeit entlassen und Bougainville formte zusammen mit den Inseln Buka, Kilinailau, Tauu, Nukumanu, Nuguria und Nissan, die nördlichen Solomonen – Inseln (vgl. Britannica 2006).

4.2. Kulturelle und ökonomische Gegebenheiten

Bevor Papua – Neuguinea 1975 von Australien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, gab es bereits Bemühungen von Seiten Bougainvilles, nicht Teil des Inselstaates Papua – Neuguineas zu werden. Es wurden etliche Sezessionsbestrebungen vorgenommen, welche jedoch nicht genügend Unterstützung erhielten. Vor allem das internationale Rückgrat fehlte in dieser Angelegenheit zur Gänze. Nur wenige Tage vor der Entlassung in die Unabhängigkeit hatte Bougainville sich daher selbst als Republik ausgerufen. Doch nach monatelangen Verhandlungen mit dem papua neu-guineischen Premierminister Michael Somare, einigte man sich schließlich darauf, Bougainville weiter politisch an den Inselstaat gebunden zu lassen, ihnen jedoch eine gewisse Autonomie in Form eines provinziellen Regierungssystems zu gewährleisten (vgl. Dorney 1998: 39).

Grund für die Unabhängigkeitsbestrebungen Bougainvilles war unter anderem, dass sich die meisten BewohnerInnen Bougainvilles viel eher den Solomonen Inseln zugehörig fühlten, da diese sich kulturell, historisch, linguistisch und auch äußerlich ähnlicher waren als den BewohnerInnen Papua - Neuguineas. Ein grundlegender Unterschied war vor allem die Hautfarbe. Während die EinwohnerInnen Bougainvilles aufgrund ihrer äußerst dunklen Hautfarbe als die *blackskins* bekannt sind und diese mit den Solomon – Insel BewohnerInnen gemeinsam haben, sind die BewohnerInnen des Inselstaates Papua - Neuguinea aufgrund ihrer helleren Haut als *redskins* bekannt (vgl. Parliament of Australia 1999: 15f.).

Eine einheitliche Identität gibt es auf der Insel Bougainville nicht. Es besteht hier eine große Vielfalt, vor allem was kulturelle Identitäten, Traditionen sowie Sprachen betrifft. Allein in Bougainville werden etwa 25 unterschiedliche Sprachen und Dialekte gesprochen (vgl. Hammond 2012: 1). Kennzeichnend sind allerdings zwei große Sprachgruppen, die

austronesische Sprachfamilie und die Sprachfamilie der Papua, beziehungsweise die nicht – austronesischen Sprachen. Erstere werden überwiegend im Norden Bougainvilles gesprochen, die nicht-austronesischen Sprachen hingegen vermehrt im Süden der Insel (vgl. Tryon 2015: 31). Auch eine religiöse Spaltung zwischen christlichem Glauben und indigener Spiritualität ist gegeben, welche auf die christliche Missionierung von 1902 zurückzuführen ist und auf Teile der Bevölkerung erheblichen Einfluss hatte (vgl. Hammond 2012: 1).

Bis zu Beginn der 1960er Jahre galt Bougainville als ein von der Außenwelt als auch von der australischen Verwaltung unbeachtet gelassene Region, da es sich hier vor allem aufgrund der tropischen Regenwälder, um eine nur schwer zugängliche Insel handelte. Die indigene Bevölkerung Bougainvilles war bekannt für den Betrieb von Subsistenzwirtschaft, welche in erster Linie auf Gartenbau, Jagd und Fischfang beruhte. Charakteristisch für die Bevölkerung Bougainvilles sind sogenannte Clan – Beziehungen, welche das Zusammenleben der BewohnerInnen in den kleinen Dörfern strukturieren sowie matrilineare Abstammungsprinzipien, in welcher die gesellschaftliche Positionierung der Frau aufgrund der Matrilinearität von besonderer Bedeutung ist (vgl. Böge 1998: 2). Hier sind es demnach in erster Linie Frauen und nicht Männer, welche über den Grundbesitz verfügen und diesen verwalten (vgl. Jubilee Australia 2014 :7).

In einigen Regionen an der Ostküste gab es seit den 30er Jahren zum Teil auch größere Plantagen, die auch Exportware produzierten. Hierbei handelt es sich vor allem um den Anbau von Nahrungsmitteln, insbesondere Kokosnüsse beziehungsweise Kopra und später auch Kakao. Die meisten ländlichen Bewohner Bougainvilles waren somit zwischen 1960 und 1980 finanziell vor allem von diesem Anbau abhängig (vgl. ebd.). Diese Kopra – Plantagen waren zur Zeit der deutschen Kolonie auch eines der Hauptziele Deutschlands in Bougainville, da sie danach strebten, die Kopra – Produktion auszubauen und den Kokosnussexport voranzutreiben (vgl. Hosp 1999: 73).

Eine weitere große Einnahmequelle bildeten Bodenschätze, insbesondere Kupfer- und Goldvorkommen und später auch Erdöl und Erdgas. Die Entdeckung dieser Ressourcen bildete eine neue Beschäftigungsmöglichkeit für die InselbewohnerInnen und auch der Export dieser Ressourcen war von grundlegender Bedeutung für die Wirtschaft Bougainvilles (vgl. Böge 1998: 5).

Im Rahmen der Entdeckung des Kupfervorkommens auf der Insel, wurde im Jahr 1960 folglich eine der größten Tagebauminen auf dem Festland Bougainvilles erbaut, auf welche im anschließenden Kapitel ausführlicher eingegangen wird.

5. Die Bedeutung der Panguna - Mine für Bougainville

Dieses Kapitel widmet sich nun der Kupfermine, bevor im anschließenden Kapitel der Verlauf des Konflikts näher erläutert wird. Es wird hier zunächst auf den Bau der Mine selbst eingegangen sowie auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Mine einerseits und die politischen Auswirkungen andererseits.

5.1. Der Bau der Mine

Anfang der 1960er Jahre wurden in der Nähe des Zentrums Bougainvilles, genauer gesagt in der Crown Prince Range am Panguna Hill, enorme Kupfer- und Goldablagerungen entdeckt, sodass hier ab 1972, basierend auf dem *Bougainville Copper Agreement*, die Arbeit der größten offenen Kupfermine der Welt, der Panguna – Mine, aufgenommen wurde. Dieses Abkommen wurde 1967 zwischen der Zentralregierung Papua – Neuguineas und der Firma Bougainville Copper Limited (BCL) geschlossen und wirkte gegen den Willen der lokalen Bevölkerung. Bougainville Copper Limited galt als Tochtergesellschaft des australisch – britischen Bergbaukonzerns Rio Tinto, ehemals bekannt unter den Namen Conzinc Riotinto of Australia (CRA) und Rio Tinto Zinc (vgl. Böge 1998: 2f.).

Aufgebaut wurde die Mine in erster Line durch ausländische Baufirmen und auch die dafür benötigten Produktionsmittel wurden aus dem Ausland beschaffen. Die Arbeitskräfte wurden größtenteils aus anderen Teilen Papua – Guineas bestellt, meist junge zugewanderte Arbeiter, sodass dies zu erhöhter Arbeitsmigration auf der Insel Bougainville führte. Von den insgesamt rund 4000 Arbeitern auf der Mine, waren lediglich ein Drittel Einwohner Bougainvilles selbst. Führungspositionen standen jedoch nur den zugewanderten, „weißen“ Arbeitern zur Verfügung (vgl. Regan 1998: 275).

Die Mine trug einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaft Papua - Neuguineas bei und dominierte insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren die papua – neuguineische Volkswirtschaft erheblich. Für die Zentralregierung war die Eröffnung der Mine von grundlegender Bedeutung, da vor allem durch den Export dieser Rohstoffe wirtschaftliche Einnahmen stark anstiegen. Die größten Abnehmer waren dabei Japan, Spanien, Deutschland und die südostasiatischen Staaten. Allein seit 1972 erwirtschaftete die Mine den Großteil des Bruttosozialproduktes PNGs, obwohl der Staat nur zu 19.1 Prozent daran beteiligt war. Die Mine trug damit 44 Prozent zu den gesamten Exporten Papua – Neuguineas bei und 16 Prozent der Staatseinnahmen wurden allein durch die Kupfermine eingebracht (Böge 2008: 5). Der Regierung PNGs wurden dabei

61.5 Prozent der erwirtschafteten Einnahmen durch Steuern und Dividenden gesichert, während der Rest mit rund vier Prozent an die Provinzregierung, 33 Prozent an ausländische Anteilseigner und nur mit 1.4 Prozent an die Landbesitzer Bougainvilles ging (vgl. Mückler 2012: 227f.)

Aufgrund des steigenden Bedarfs am Weltmarkt folgte die Produktion von 80.000 Tonnen Kupfer pro Tag, wodurch die langfristige Nutzung der Mine bei einem geschätzten Erzvorkommen von etwa 900 Millionen Tonnen gesichert war. Damit wurde Bougainville Copper Ltd. zum größten Industrieunternehmen in Papua – Neuguinea.

Wenn man daher diese Zahlen und Entwicklungen betrachtet, wundert es nicht, weshalb die Zentralregierung von Papua – Neuguinea das Minenbauprojekt derart begrüßte. Man hatte sich von Anfang an positive Entwicklungen sowie enorme Profite durch die Ausbeutung und den Export von mineralischen Rohstoffen erwartet. Dass von diesen Entwicklungen jedoch bloß die politische Klasse rund um die Hauptstadt PNGs, Port Moresby, sowie die Aktionäre des Konzerns profitierten, spielte dabei für die Regierung keine Rolle (vgl. Böge 2001: 2).

5.2. Die Auswirkungen der Kupfermine

Trotz all der wirtschaftlichen Erfolge für die Zentralregierung Papua – Neuguineas und den Minenbaukonzern, brachte der Bau der Panguna - Mine jedoch negative Auswirkungen für die Insel Bougainville und ihre EinwohnerInnen mit sich. Diese umfassen vor allem Auswirkungen im sozialen, ökologischen sowie im politischen Bereich.

5.2.1. Soziale Auswirkungen auf Bougainville

Ein grundlegender Faktor, welcher auf Bougainville zur Konflikteskalation führte, waren die sozialen Auswirkungen im Zuge des Baus der Panguna – Kupfermine. Diese umfassten etwa soziale Probleme, allen voran verursacht durch die vermehrte Zuwanderung in Form von Arbeitsmigration. Denn die Vielzahl der Arbeitskräfte, welche in der Mine beschäftigt waren, wurden in erster Linie aus anderen Teilen Papua – Neuguineas beschaffen, was die Anzahl der „Fremden“ auf der Insel erhöhte. Die Mine beschäftigte insgesamt etwa 4000 Menschen, von welchen nur ein Drittel Einwohner Bougainvilles waren. Hinzu kam, dass Managementpositionen ausschließlich von *redskins* besetzt wurden, was zu massiven Ungleichheiten zwischen Bougainvilleas und den Arbeitern aus PNG führte. Dies hatte zur

Folge, dass die Inselbewohner einerseits keine Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen hatten und andererseits für sie auch keine Möglichkeit bestand, befördert zu werden. Diese Veränderungen und wirtschaftlichen Ungleichheiten hatten vor allem Auswirkungen auf die männlichen Jugendlichen in Bougainville. Es gab nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten und ein begrenztes Schulangebot, sodass ein Pool an frustrierten unterbeschäftigten und ungebildeten Jugendlichen entstand, welche nicht sozial kontrollierbar waren (vgl. Parliament of Australia 1999: 20f.). Diese Entwicklungen brachten nicht zuletzt auch soziale Probleme wie einen Anstieg von Prostitution, Vergewaltigungen, Vandalismus und Rassismus mit sich. Denn die Zugewanderten waren in erster Linie junge, ledige Männer aus der Hauptstadt Papua – Neuguineas, welche sich aufgrund ihrer helleren Hautfarbe den *blackskin* – Bougainvilleans gegenüber überlegen fühlten und dies mit rassistischer Überheblichkeit zum Ausdruck brachten. Hinzu kam, dass aufgrund der vermehrten Zuwanderung fremder Arbeitskräfte zwei völlig neue Städte mit 15.000 und 3.500 BewohnerInnen geschaffen wurden, nämlich die sogenannten Minenstädte Arawa und Panguna. Diese Städte wurden mehrheitlich von den jungen zugewanderten Arbeitern bewohnt. Durch den immensen Zustrom junger Männer aus anderen Provinzen und der daraus folgenden Urbanisierung kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalität auf Bougainville (vgl. Böge 2008: 5f.).

Auch stieg im Zuge dieser neuen Gegebenheiten das Bevölkerungswachstum auf der Insel enorm an. Während die Einwohnerzahl im Jahr 1970 noch auf 80.000 BewohnerInnen lag, waren es um etwa 1994 herum bereits 160.000 BewohnerInnen auf der Insel. In rund 25 Jahren stieg das Bevölkerungswachstum diesen Zahlen zufolge somit um das doppelte an (vgl. Böge 1994: 8).

Eine weitere Folge dieser Abwanderung junger Männer zur Mine war, dass diese sich nun nicht mehr der traditionellen Stammesgesellschaft zugehörig fühlten, sondern vielmehr am modernen Leben teilhaben wollten. Geldwirtschaft spielte in dieser modernen Lebensweise immer mehr eine Rolle, wohingegen zuvor noch auf Clanstrukturen und Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln gesetzt wurde. Es kam zu einem Wandel weg von reiner Subsistenzwirtschaft hin zu einer Geld- und Dienstleistungswirtschaft sowie von einer traditionellen hin zu einer modernen Lebensweise. Es wurde somit ein Modernisierungsprozess auf Bougainville in Gang gesetzt, welcher vor Inbetriebnahme der Kupfermine nicht gegeben war (vgl. Seib 1994: 154).

Neben den sozialen Ungleichheiten, welche zwischen *blackskin* und *redskin* – Männern hervorgebracht wurden, wurden allerdings auch soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern produziert. Denn während Männer die Möglichkeit bekamen, auf der Mine zu

arbeiten und Geld zu verdienen, wurde Frauen diese Chance verwehrt und ihnen somit nicht nur die Möglichkeit genommen, selbst Geld zu verdienen, sondern gleichzeitig auch die Möglichkeit auf Entschädigungszahlungen durch die Minengesellschaft und das Recht auf das ihnen zugesprochene Land verweigert. Zudem wurden sie von Seiten der Minengesellschaft auch in Verhandlungen rund um die Mine ausgeschlossen und auch nach zahlreichen Protesten nicht als Gesprächspartner wahrgenommen. Vor Beginn der Minenarbeit war das Leben auf Bougainville innerhalb von Clans organisiert, in welchen egalitäre, traditionale Strukturen vorherrschten und Frauen als rechtmäßige Besitzerinnen von Land und Ressourcen galten. Doch mit Inkrafttreten der Mine und der dadurch entstandenen Veränderungen, hatte die lokale Bevölkerung mit sozialer Verwerfung in Form von Nicht – Anerkennung ihrer sozialen und traditionellen Gegebenheiten zu kämpfen (vgl. ebd.: 5f.). Denn Land ist in der melanesischen Gesellschaft kein individueller Besitz, nichts das man kaufen und verkaufen kann, sondern gehört stattdessen einem gesamten Clan. Dieses Land gehört melanesischer Tradition und Kultur zufolge nicht nur der lebendigen Generation, sondern auch verstorbenen Clan – Mitgliedern sowie der ungeborenen, nachfolgenden Generation. Mit dem Landverlust im Zuge der Minenarbeiten ging somit nicht nur ein wirtschaftlicher Nachteil für die lokale Bevölkerung einher, sondern auch Bedrohungen für das soziale Miteinander auf Bougainville. Diese Auswirkungen wurden von Seiten der Minengesellschaft jedoch vollkommen ignoriert (vgl. Böge 1994: 7).

5.2.2. Ökologische Auswirkungen auf Bougainville

Dass der Bau der Panguna – Mine auch ökologische Auswirkungen mit sich bringen würde, war offensichtlich. Dies hinderte die Zentralregierung jedoch nicht daran, dieses Projekt zu befürworten und tatsächlich durchzuführen. Die Kupfermine war insgesamt über 17 Jahre in Betrieb und führte in dieser Zeit zu gewaltigen Umweltzerstörungen auf Bougainville (vgl. Vernon 2015: 269). Denn durch das Minenprojekt *„entstand ein sieben Quadratkilometer großer und 500 Meter tiefer Krater, der als „das zweitgrößte Loch der Erde“ bezeichnet wurde“* (Böge 1998: 3). Hier entstanden etwa 150.000 Tonnen Gesteinsabfall und – ablagerungen pro Tag aus dem Bergwerksgebiet, welche von den im Minenbauprojekt involvierten hydrologischen Experten massiv unterschätzt wurden. Dieser Abraum bedeckte große Flächen Land, sodass dadurch nach und nach Wohnraum in großem Ausmaß verloren ging. Außerdem ging Land auch durch den Bau von Straßen, städtischen Wohnquartieren oder Hafenanlagen verloren. Bereits Jahre vor der offiziellen Inbetriebnahme der Panguna – Mine

wurden ein neuer Tiefseehafen errichtet und anschließend eine 26 Kilometer lange Verbindungsstraße zwischen der Mine und dem Hafen sowie zwei gänzlich neue Städte geschaffen (vgl. Böge 1998: 3).

Die durch das Kupferbauprojekt bewirkten ökologischen Zerstörungen gingen daher soweit, dass dadurch die materielle Existenzgrundlage und die traditionale Lebensweise der im Minengebiet lebenden Bevölkerung gefährdet wurden (vgl. Böge 2008: 5). Die Zerstörungen betrafen vor allem die großflächige Vernichtung von Dörfern, welche im Umfeld der Mine lagen sowie die dauerhafte Vernichtung der tropischen Regenwälder. Ebenso umfassten die ökologischen Auswirkungen die Verminderung vieler Tierarten sowie die Zerstörung von Wäldern, welche zusätzlich die Jagd beeinträchtigten. Aber auch nahe gelegene Flüsse waren in großem Ausmaß von den Abtragungen der Mine und der dadurch entstandenen Verseuchung der Gewässer betroffen. Denn die Ablagerungen führten zu großflächigen Verschlammungen von Flussufern, welche vor dem Bau der Mine jedoch besonders fruchtbar waren und landwirtschaftlich intensiv genutzt wurden. Während der Zeit des Mienenbetriebes wurden diese Gewässer über Jahre hinweg mit Schwermetallen und chemischen Substanzen stark vergiftet, sodass das Wasser der Flüsse sowohl für Menschen als auch für Fische bis heute unbrauchbar wurde (vgl. Böge 1998: 3f.).

Die Folgen all dieser Auswirkungen umfassten unter anderem Massenumsiedlungen aufgrund der Vernichtung von Wohnraum und Umwelt; LandwirtInnen, die ihre Existenzgrundlage aufgrund der Landverluste verloren hatten oder die Zerstörung ganzer Fluss – Systeme durch die Verschmutzung des Wassers (vgl. Hammond 2012: 4). Für eine Bevölkerung, welche bekannt dafür war, in erster Linie von Subsistenzlandwirtschaft und dem Anbau von cash crops zu leben, handelt es sich hier um entscheidende Verluste, welche die gesamte Lebensweise der Bougainvilleas betreffen.

Passend zum Verhältnis zwischen Bevölkerung und Land, ist dieses Zitat von Böge, welches die Beziehung zu Land und Landwirtschaft in Bougainville gut veranschaulicht:

„Land ist nicht bloß ausbeutbare Ressource, keine beliebige Ware, die man kaufen und verkaufen kann, kein Privateigentum wie in der westlich-kapitalistischen Vorstellung, vielmehr „gehört“ es der gesamten Abstammungsgruppe, der Familie, dem Clan, als Gemeinschaft, und es gibt ein komplexes Geflecht von primären, sekundären und weiteren Zugangs- und Nutzungsberechtigungen. In dieses Geflecht sind auch die verstorbenen Ahnen und die noch nicht geborenen kommenden Generationen einbezogen“ (Böge 2001: 3).

All diese kulturellen Gegebenheiten wurden allerdings von dem Bergbaukonzern missachtet und auch später, als es um Entschädigungszahlungen ging, nicht berücksichtigt. Hinzu kam im Falle der Panguna – Mine, dass vor Inbetriebnahme keine Umweltverträglichkeitsstudien durchgeführt wurden und das Unternehmen Bougainville Copper Limited daher keine Umweltschutzaufgaben beachten musste. Jegliche Umweltschutzbelange wurden sowohl von Seiten der australischen Verwaltung als auch von der Zentralregierung PNGs vollkommen ignoriert. Auch die betroffene Bevölkerung selbst hatte diesbezüglich keine Kenntnis und konnte daher die Gefahr der Mine nicht im Vorhinein abschätzen (vgl. Böge 1998: 4).

Das Ökosystem rund um die Mine ist daher für die nächsten Jahrzehnte so stark geschädigt, dass das Land über Generationen unfruchtbar gemacht wurde. Betroffen sind davon rund 50.000 Menschen.

Mitte der 80er Jahre begann die Bevölkerung Bougainvilles schließlich den durch die Zentralregierung PNG und den Bergbaukonzern BCL verursachten Umweltschäden ein Ende zu setzen und Reparationszahlungen für die angerichteten Schäden zu fordern. Diese umfassten unter anderem Entschädigungszahlungen für die Umweltzerstörungen, wirksame Umweltschutzmaßnahmen sowie gerechtere Anteile an den Einkünften aus der Panguna – Mine (vgl. Böge 2001: 3). Nach mehrmaligen Beschwerden von Seiten der Bevölkerung einigte man sich darauf, die betroffenen BewohnerInnen in Nachbarortschaften umzusiedeln und finanziell zu entschädigen.

Von der Minengesellschaft wurden als Reaktion auf diese Umweltverschmutzungen drei Maßnahmen getroffen, um die Situation vor einer Eskalation zu bewahren. Zunächst wurde ein Verfahren aufgenommen, welches die Umweltveränderungen überprüfen sollte. Als Zweites wurde ein Programm von und mit Landwirten entwickelt, welches untersuchen sollte, wie man das Gebiet, das von Stein- und Erdaabfällen verschmutzt worden war, wieder nützlich bepflanzen konnte. Als dritte und letzte Maßnahme sollte eine 31 Kilometer lange Pipeline konstruiert werden, welche Erzaabfälle direkt von der Mine zur Bucht befördern sollte (vgl. Oliver 1991: 137). Zudem wurden Entschädigungszahlungen für Verluste durch den Minenbetrieb geleistet. Dabei wurden den Landbesitzern selbst zunächst nur Schäden an Bäumen, Pflanzen und Häusern entschädigt, eine jährliche Pacht wurde dabei bloß der Regierung zugesprochen. Diese Regelung wurde jedoch auf Druck der betroffenen Bevölkerung geändert, sodass das Land von indigenem zu privatem umgewidmet wurde, damit nicht nur die Regierung, sondern auch Einzelpersonen von nun an eine Pachtgebühr erhielten. Im Rahmen dessen wurden 2,47 US – Dollar pro Hektar und 2 US – Dollar jährlich für die Dauer der Minenpacht bezahlt (vgl. ebd.: 131f.).

Was hier jedoch nicht berücksichtigt wurde war, dass in Bougainville Grund und Boden unter Kontrolle der Frauen stand und Land somit matrilinear, von der Mutter an die jeweils älteste Tochter, vererbt wurde. Die Beamten verhandelten jedoch stattdessen ausschließlich mit den Männern, was wiederum zu internen Konflikten führte. Sowohl bei der Vergabe der Entschädigungszahlungen als auch bei den Verhandlungen zwischen Minengesellschaft und Landbesitzern, wurden Frauen daher fälschlicherweise ausgeschlossen und in erster Linie Männer in die Verhandlungen einbezogen (vgl. Mückler 2012: 228f.).

Hinzu kam, dass diese finanziellen Kompensationen einerseits von der betroffenen Bevölkerung als zu gering empfunden wurden und diese gleichzeitig von Seiten der Minengesellschaft meist mit enormer Verzögerung oder gar nicht beglichen wurden. Des Weiteren wurden die Entschädigungszahlungen, wenn überhaupt, nur an die betroffene, nicht jedoch an die nachfolgende Generation ausbezahlt, welche nach wie vor unter den Auswirkungen der Panguna – Mine litt. Die jüngere Bevölkerung Bougainvilles ging daher von Anfang an leer aus. Forderungen diese Bestimmungen zu ändern und zugunsten der lokalen Bevölkerung zu handeln, wurden von Seiten des Baukonzerns und der Zentralregierung abgelehnt, sodass ab diesem Zeitpunkt vermehrt auf eine Schließung des Minenbetriebes gepocht wurde.

5.2.3. Politische Auswirkungen und der Beginn der Krise

Die Nachteile, welche der Bau und Betrieb der Kupfermine für die indigene Bevölkerung über die Jahre mit sich brachte, führte nach und nach zum Unmut der Bougainvilleans. Sie fühlten sich von der Zentralregierung und der Bougainville Copper Limited regelrecht ausgebetet und ungerecht behandelt, sodass Forderungen nach gerechter Entschädigung immer häufiger an der Tagesordnung standen. Doch der Ruf nach Kompensationen ging nicht wie gewünscht von statten, zumal die ihnen zugesprochenen Entschädigungen von der Bevölkerung als völlig unzureichend wahrgenommen wurden. Dieser Unmut führte in den 80er Jahren zu immer weiter zuspitzenden Streits zwischen der lokalen Bevölkerung Bougainvilles einerseits und der Zentralregierung und der BCL andererseits. Es wurden Verhandlungen zwischen den Clans und den Minenbetreibern geführt, wobei sich die Zentralregierung offensichtlich auf die Seite der Minengesellschaft stellte. Diese eindeutige Positionierung PNGs ging somit gegen die Interessen der InselbewohnerInnen, welche sich von „ihrer“ Regierung nicht vertreten fühlten und sich weiter von dieser entfremdeten (vgl. Böge 1994: 9).

Entfacht wurde der Konflikt anfangs durch Unstimmigkeiten zwischen den Minenbetreibern und den landbesitzenden Clans rund um das Minengebiet. Als Folge wurde im Jahr 1979 die PLA, die Panguna Landowners' Association, gegründet, welche sich aus rund 850 festgeschriebenen LandbesitzerInnen und TitelhälterInnen zusammensetzte und zum Ziel hatte, gemeinsam als organisierte Gruppe von LandbesitzerInnen, mit der Minengesellschaft gerechtere Entschädigungszahlungen auszuhandeln (vgl. Mückler 2012: 230). Einer der Gründer der PLA war Michael Pariu, ein ehemaliger Schullehrer, mit dessen Hilfe die PLA innerhalb eines Jahres starke Positionen beziehen konnte und die betroffene Bevölkerung zu Demonstrationen gegen die vorherrschenden Ungerechtigkeiten anführte. Ab 1980 wurde jedoch immer mehr Kritik an seinen Führungsqualitäten und seinem Vorgehen gegen die BCL geäußert, zumal seine aggressive Einstellung gegenüber dem Minenunternehmen nachgelassen hatte und seine AnhängerInnen aufgrund bestehender Zweifel nach und nach das Vertrauen in Pariu verloren hatten (vgl. Tanis 2015: 463). Grund dafür war nicht zuletzt auch, dass die PLA immer mehr Partei für den Feind BCL ergriff und ihr ursprüngliches Ziel, die Vertretung der gesamten Bevölkerung Bougainvilles und die Interessen der Minenarbeiter zu wahren, immer mehr in den Hintergrund stellte.

„It was as if the PLA had come to duplicate the role of BCL's own Village Relation Office, thus undermining the group's original function as a watchdog” (Okole 1990: 19).

Was folgte, war die Gründung der New Panguna Landowners' Association am 21. August 1987 durch Francis Ona, einem ehemaligen Minenarbeiter, und Pepetua Serero, Onas Cousine. Diesen gelang es folglich durch ihre radikale Vorgehensweise, die AnhängerInnen der alten PLA auf ihre Seite zu ziehen und vor allem die jüngere Generation der LandbesitzerInnen zu mobilisieren, welche von der älteren Generation im Rahmen der alten PLA im Stich gelassen wurde (vgl. ebd.). Von den Minenbetreibern wurde die neue Gruppierung trotz steigender AnhängerInnen jedoch nicht anerkannt, sodass auch nach dessen Gründung weiterhin mit der 1979 gegründeten PLA verhandelt wurde.

Die Forderungen der neuen PLA an das Minenunternehmen umfassten unter anderem 50 Prozent der Profite an die Landbesitzer und Landbesitzerinnen und die Provinzregierung sowie zusätzlich 10 Millionen Papua – Neuguinea - Kina für die Zerstörung des Landes selbst zu zahlen. Auch sollten die LandbesitzerInnen von nun an in Verhandlungen und zukünftigen Planungen als gleichwertige Partner miteinbezogen werden (vgl. Oliver 1991: 206).

Nachdem diese Forderungen nicht anerkannt wurden, trat Ona von seiner Arbeit als Minenarbeiter zurück und begann mit seinen AnhängerInnen Sabotageaktionen gegen das

Minenunternehmen vorzunehmen. Die Reaktion auf diesen Widerstand gegen die Regierung Papua - Neuguineas und die Bougainville Copper Ltd. führte zur einer Umweltprüfung des neuseeländischen geologischen Instituts, welche die tatsächlichen Auswirkungen der Mine auf die Insel prüfen sollte. Die Resultate dieser Studie zeigten eine eindeutige Umweltverschmutzung durch die Mine sowie einen Rückgang bestimmter Tierarten. Obwohl die Untersuchung sich kritisch gegenüber dem Minenunternehmen äußerte, wurde der Bericht von Seiten Onas und der PLA dennoch in Frage gestellt und es wurde behauptet, dass in diesem Fall Dokumente gefälscht worden seien und die Ergebnisse dieser Untersuchung „white washed“ Belege, also von der Regierung selbst beeinflusste Resultate, wären (vgl. Oliver 1991: 208).

Ab diesem Zeitpunkt verbreiteten sich die Drohungen nach einer gänzlichen Schließung der Mine mit Hilfe von Gewalt und Boykottmaßnahmen von Seiten Onas und seinen AnhängerInnen und die Geburtsstunde der BRA, der *Bougainville Revolutionary Army*, war 1989 gekommen (vgl. Parliament of Australia 1999: 21f.). Hierbei handelt es sich um eine Widerstandsbewegung, welche in erster Linie von jungen, frustrierten Männern aus Bougainville unterstützt wurde, welchen nur geringe ökonomische Möglichkeiten auf der Insel offenstanden.

6. Die Schließung der Mine und der Verlauf der Krise

Mit der Gründung der BRA begannen nach und nach Boykottaktionen von Seiten der MinengegnerInnen, sodass ab 1989 ab Einbruch der Dunkelheit eine Ausgangssperre verhängt werden musste. Die Mine selbst wurde ab diesem Zeitpunkt Tag und Nacht von rund 400 Polizisten bewacht. Von Seiten der Regierung wurde zwar ein Friedensangebot in Form des *Bougainville Peace Package* an die BRA gestellt, dieses wurde jedoch von der Widerstandsbewegung abgelehnt. Die Sicherheit der Minenarbeiter konnte im Laufe der Sabotageaktionen nicht mehr gewährleistet werden, sodass die Mine ab 15. Mai 1989 schrittweise zum Stillstand gebracht wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Mine seit ihrer Inbetriebnahme beinahe 3 Millionen Tonnen Kupfer, 306 Tonnen Gold und 484 Tonnen Silber in konzentrierter Form produziert. Mit Februar 1990 wurde folglich das gesamte Personal aus dem Minenbetrieb abgezogen und die Mine endgültig geschlossen (vgl. Mückler 2012: 232f.). Mit diesem Erfolg gewann Francis Ona immer mehr Popularität, was sich auch in den Aktivitäten seiner Widerstandsgruppe widerspiegelte. Die Aktionen gegen die

Minengesellschaft wurden immer fataler, indem etwa auch Minenarbeiter Opfer ihrer Angriffe wurden. Es wurden Häuser niedergebrannt und mehrere Minenarbeiter niedergeschossen (vgl. Parliament of Australia 1999: 22).

Die Eskalation führte zur Unterstützung der Polizei durch die *PNGDF*, der *Papua New Guinea Defence Force*, welche das ausdrückliche Ziel hatte, die Anhänger der Rebellentruppe BRA aus dem Umfeld der Mine zu vertreiben und eine weitere Konflikteskalation zu verhindern. Hierbei handelte es sich um die Streitkräfte der Zentralregierung Papua – Neuguineas, welche jedoch nicht ausreichend für diesen Konflikt vorbereitet waren und somit keinen Erfolg bei der Beilegung des Konflikts hatten. Stattdessen wurde von Seiten der Sicherheitskräfte der Regierung der Konflikt weiter verstärkt, indem alle InselbewohnerInnen als GegnerInnen behandelt wurden und auf brutale Weise gegen die gesamte Zivilbevölkerung vorgegangen wurde. Etliche ZivilistInnen mussten in Folge von Vertreibungen ihren Wohnort verlassen und flüchten, meist in den Dschungel oder in so genannte „care centres“, welche von den Regierungstruppen kontrolliert wurden. Der Krieg kostete insgesamt etwa 20.000 Menschen das Leben, von diesen waren jedoch nur etwa eintausend tatsächlich bei Kampfhandlungen gefallen (vgl. Böge 2008: 7f.).

Unterstützt wurde die PNGDF durch Australien, welche sie, insbesondere aufgrund der guten Beziehungen zwischen Australien und Papua - Neuguinea, finanziell und durch die Belieferung von Waffen ausstatteten. Neuseeland blieb während der Krise bis zum Schluss unparteiisch und genoss aus diesem Grund höchstes Vertrauen von beiden Seiten (vgl. Mückler 2012: 257).

Nach einem ersten Erfolg durch die Schließung der Mine kamen erneut Forderungen nach Sezession durch die BRA auf, welche bereits in den 1960er und 70er Jahren von den Bougainvilleans vergeblich angestrebt wurden. Mit der Forderung nach politischer Unabhängigkeit für Bougainville wurden durch die Rebellentruppe nun nicht mehr nur die betroffenen Clans rund um das Minengebiet angesprochen, sondern die gesamten InselbewohnerInnen in die Sache einbezogen (vgl. Böge 2008: 6).

Aus dem Konflikt um die Kupfermine brach etappenweise ein Krieg aus, in welchem es der BRA trotz personeller und materieller Unterlegenheit gegenüber der PNGDF gelang, militärische Erfolge zu erzielen. Einer dieser Erfolge war der Rückzug der Regierungstruppen im März 1990 samt den inselfremden Staatsbeamten und einigen BewohnerInnen der Insel, welche für den Zentralstaat oder die Mine gearbeitet hatten. Es kam zu einem kurzzeitigen Waffenstillstand, welcher jedoch nach weiteren erfolglosen Verhandlungen wieder aufgehoben wurde. Es folgte ein Rückschlag von Seiten der Regierung mit der Verhängung einer Blockade über Bougainville, was vor allem den Abbruch des Zugangs zu Medikamenten und

medizinischer Versorgung betraf und tausende InselbewohnerInnen das Leben kostete. Die Blockade zwang die Bevölkerung Bougainvilles, wieder zu ihrer traditionellen Lebensweise zurückzukehren, was ebenso mit einem Wirtschaftskollaps einherging. Man war nun auf sich alleine gestellt und musste erneut sein eigenes Überleben sichern, wie etwa durch den Bau von kleinen Wasserkraftwerken, um Elektrizität zu gewinnen oder durch den Aufschwung der Heilkräuter – Medizin (vgl. Böge 2008: 7f.).

Als Reaktion auf die Blockade rief die BRA am 17. Mai 1990 die Unabhängigkeit der *Republik Bougainville* aus und etablierte eine eigene Regierung, das *Bougainville Interim Government* (BIG), mit Francis Ona als ihr Präsident. An die Macht kamen mit Ona noch zwei weitere Personen, der ehemalige PNGDF – Leutnant Sam Kauona sowie der ehemalige Premier der Provinzregierung und neue Vize-Präsident des BIG, Joseph Kabui, welche von nun an zusammen mit Ona die Kontrolle über die gesamte Insel hatten (vgl. Regan 1998: 278).

Begründet wurde diese Unabhängigkeitserklärung nach wie vor durch kulturelle und geographische Unterschiede zu Papua – Neuguinea.

„Bougainville has reached the point of no return. There is no turning back. Bougainvilleans feel – and it is a feeling deep down in our hearts – that Bougainville is totally different from Papua New Guinea. Geographically, culturally, it’s been a separate place since time immemorial. Ever since God created the universe, Bougainville has been separate, has been different.“ (Glasl zit. nach. Alley 2003: 236).

Die Sezession vom Zentralstaat wäre aus Sicht Bougainvilles im Möglichen gewesen, da die Insel auch ohne die Abhängigkeit von Papua – Neuguinea ökonomisch durchaus lebensfähig war und ihre Ressourcen von Seiten PNGs bloß ausgebeutet wurden. Hinzu kamen die Menschenrechtsverletzungen durch die Aktionen der Streitkräfte der PNGDF, welche Bougainville zusätzlich zum Streben nach Selbstbestimmung und Sezession führten (vgl. Alley 2003: 236).

Die Unabhängigkeitserklärung wurde von der Zentralregierung in Port Morsby allerdings als verfassungswidrig und illegal betrachtet und somit nicht offiziell anerkannt. Es wurde argumentiert, dass Bougainville nicht anders als Papua – Neuguinea sei, da es sich weder um einen eigenen Stamm handle noch um eine einzelne sprachliche oder kulturelle Entität. Außerdem bezog man sich auf eine Einigung von 1976, bei welcher Repräsentanten Bougainvilles sich laut Regierung PNGs darauf geeinigt hätten, Teil Papua – Neuguineas zu bleiben und provinzielle Autonomie zu erhalten (vgl. Alley 2003: 236). Unter Beschuss stand auch die BRA, da diese in den Augen der Zentralregierung keineswegs eine *„non - violent, peace – loving democratic organization“* sei, sondern vielmehr eine *„militant, insurgent, racist,*

illegal and violent organization, committed to and bent on the use of violence to achieve the destruction of a free, democratic and independent Papua New Guinea” (Fisher zit. nach Alley 2003: 237).

Dieser von der Regierung kritisierte Mangel an Disziplin und Kontrolle innerhalb der BRA zeigte sich vor allem daran, dass das BIG nur wenig Einfluss und Kontrolle über die Kämpfer der Rebellentruppe ausüben konnte, da diese jungen Männer mehrheitlich in unabhängigen, lokalen Kleingruppen aktiv waren, welche bloß eine lockere Bindung zu den Anführern der BRA hatten. Durch diesen Mangel an Kontrolle galt nicht mehr nur die Regierung Papua – Neuguineas als gemeinsamer Feind, sondern auch feindliche Auseinandersetzungen innerhalb Bougainville selbst standen an der Tagesordnung (vgl. Regan 1998: 278f.). Neben dem Hauptkonflikt zwischen Regierung und BRA, etablierten sich etliche gewaltsame Sub – Konflikte, wodurch sich die *Resistance Forces* herauskristallisieren konnten, welche aus unterschiedlichen Clans auf der Insel stammten und sich mit der PNGDF verbündeten. Diese waren es auch, welche den Streitkräften der Regierung erneut Zugang auf Bougainville gewährten. Dieser Umstand brachte nicht zuletzt auch Kämpfe zwischen BRA und Resistance Force – Kämpfern hervor (vgl. Böge 2008: 7).

Während die BRA größtenteils das Zentrum der Insel rund um die Panguna - Mine sowie den Süden für sich gewinnen konnte, kontrollierte die PNGDF zusammen mit der Resistance Force den Norden, die Nachbarinsel Buka und den östlichen Küstenstreifen. Von Bedeutung waren für die BRA vor allem auch die benachbarten Salomonen – Inseln, welche sich ideal als Rückzugsort für tausende ZivilistInnen eigneten und schon lange verwandtschaftliche Beziehungen mit dem Süden Bougainvilles pflegten (vgl. ebd.: 8).

Im Jänner 1994 wurde Sir Julius Chan Premierminister von Papua - Neuguinea und mit ihm wurden erneut Konfliktbeilegungsversuche gestartet. Er versuchte auf friedliche Weise Lösungen zu finden und setzte vor allem Verhandlungen mit allen beteiligten Parteien an oberster Stelle. Im September 1994 wurden Gespräche mit Sam Kauna von der BRA aufgenommen und ein Waffenstillstandsabkommen sowie Pläne für eine Friedenskonferenz ausgearbeitet. In Folge wurde von Seiten der Regierung PNGs mit Unterstützung Australiens im Februar 1995 das *Bougainville Transitional Government (BTG)* gegründet. Doch weder die neue Übergangsregierung, noch das Waffenstillstandsabkommen konnten eine weitere Eskalation des Konflikts verhindern, sodass bereits nach kurzer Zeit erneut Kämpfe zwischen den Konfliktparteien ausbrachen (vgl. Parliament of Australia 1999: 27f.).

„Was als örtlich begrenzter Konflikt um ökologische Zerstörungen und soziale Auswirkungen einer Kupfermine und insbesondere um die entsprechenden Kompensationen begann. Wurde zu einem Sezessionskrieg um die Unabhängigkeit Bougainvilles.“ (Böge 1998:11).

Unabhängigkeitsbestrebungen standen schon lange vor Ausbruch der Panguna – Krise an der Tagesordnung und wurden mit der Eskalation des Konflikts erneut aufgenommen. Die Idee dahinter war vor allem, dass ein unabhängiger Staat schonender mit der eigenen Umwelt umgehen würde und man folglich auch die eigenen Ressourcen nicht an *Fremde* abgeben müsste.

6.1. Die Sandline – Affäre

Bei der Sandline – Affäre, auch bekannt als die „Söldnerkrise“, handelte es sich um einen der letzten Versuche von Seiten der Zentralregierung, eine militärische Lösung für die bis dato bereits acht Jahre andauernde bewaffnete Auseinandersetzung auf Bougainville zu erzwingen. 1997 stellte die damalige Regierung unter Premierminister Julius Chan eine britisch – südafrikanische Söldnertruppe, die *Sandline International*, an, welche die Panguna – Mine aus den Händen der BRA zurückerobern und die PNGDF bei ihren militärischen Aktionen gegen die Rebellentruppe unterstützen sollte (vgl. Böge 2008: 8). Neben der Söldnerfirma, wäre Papua - Neuguineas wichtigster Handels- und Bündnispartner, Australien, die einzige Option gewesen, um dem Krieg militärisch ein Ende zu setzen, doch Australien hatte kein Interesse daran, militärisch an dem Krieg teilzunehmen und an der Seite einer Armee zu kämpfen, welche bereits für Menschenrechtsverletzungen und Undiszipliniertheit bekannt war (vgl. Ashworth 1997). Stattdessen wollte Australien durch Verhandlungen und Gespräche zusammen mit Neuseeland zu einer Lösung kommen.

Daher wandte sich Chan an den privaten Sektor und schloss am 31. Jänner 1997 einen Vertrag mit der privaten militärischen Beratungsfirma ab. Dieses Abkommen wurde im Geheimen beschlossen und kostete die Zentralregierung enorme Summen an Geld (vgl. Böge 2008: 8f.). Es handelte sich hier zunächst um 38 Millionen Kina, etwa 36 Millionen US – Dollar (vgl. Böge 1997: 15). Somit wurde das Kommando über die Papua New Guinea Defence Force ausländischen Söldnern übergeben, da diese modernere und erfolgversprechendere Waffen zur Verfügung hatten. Ziel war es, die BRA auszuschalten und die Führung der BRA zu töten, um so anschließend die Kupfermine freizukämpfen. Doch das Söldnergeschäft blieb nicht, wie ursprünglich von Chan vorgenommen, geheim, sondern wurde am 22. Februar 1997 von australischen Zeitungen enthüllt und somit der internationalen Öffentlichkeit offenbart. Man

gab der ehemaligen Kolonialmacht Australien die Schuld an der Enthüllung dieser geheimen Aktion, da diese schon lange mit dem Vorhaben des Premierministers unzufrieden waren. Australien wollte weiterhin auf Verhandlungen setzen und riet von einer militärischen Lösung des Konflikts ab, sodass Chan nun ohne Hilfe Australiens stattdessen mit einer Söldnertruppe agierte (vgl. ebd.: 16).

Nachdem das Söldnergeschäft aufgefliegen war, hagelte es sowohl innenpolitisch als auch international Kritik an der Regierung Chans. Neben Australien, waren nun auch Neuseeland und Großbritannien mit dem Vorhaben Chans unzufrieden. Die Bevölkerung Papua - Neuguineas kritisierte vor allem die massiven Ausgaben, welche für das Söldnerabkommen aufgebracht wurden, zumal dieses Geld während dieser sozialen Notlage dringend für zivile Zwecke in PNG und Bougainville benötigt wurde. Unmut herrschte auch in den Reihen des eigenen Militärs, welche unter Sparmaßnahmen in den Bereichen Ausrüstung und Versorgung leiden mussten, während große Summen an Geld für ausländische Söldnerfirmen ausgegeben werden konnten. Chan versuchte diesen Unmut damit zu rechtfertigen, indem er die Zusammenarbeit mit Sandline International als reine Beratungsstrategie angab und diese daher lediglich für die bessere Ausbildung der PNGDF zuständig sei. Doch spätestens nach der Veröffentlichung des Vertrags mit der Söldnerfirma, wurde auch Premierminister Chan als Lügner entlarvt und die Ziele des geplanten Söldner – Deals publik gemacht. Auch wurden im Rahmen dieses Skandals korrupte Handlungen von Seiten der Zentralregierung aufgedeckt, da sich die Regierungsmitglieder mit diesem Abkommen einerseits persönlich bereicherten und andererseits Anteile der Panguna - Mine an Sandline International versprochen wurden (vgl. Böge 1997: 16f.).

Was folgte waren Protestaktionen in der Hauptstadt Port Moresby, welche den Premierminister zum Rücktritt zwangen. Der schwerste innenpolitische Skandal in PNG war ausgebrochen. Vor allem das Parlamentsgebäude war während dieser Zeit unter dem Beschuss der Öffentlichkeit, sodass dieses vorübergehend geschlossen werden musste. Chan war sich jedoch keiner Schuld bewusst und ignorierte die Forderungen nach seinem Abtritt.

Im Juni 1997 fanden die fünften Nationalratswahlen Papua - Neuguineas statt, welche den bisherigen Premier Julius Chan schließlich durch Bill Skate ersetzten. Somit war Chan mit seinem Plan einer militärischen Lösung gegen die BRA endgültig gescheitert. Mit dem anschließenden Abzug der Söldner beruhigte sich die Situation in Papua - Neuguinea (vgl. May; Haley 2014: 60f.).

6.2. Der Weg zum Frieden auf Bougainville

Die Sandline – Affäre bildete einen wichtigen Meilenstein in Hinblick auf die Lösung des Konflikts. Denn der Skandal rund um Julius Chan und seine Regierung führte zu Unmut innerhalb der eigenen Bevölkerung und nach bereits acht Jahren gewaltsamer Konfliktführung, standen auch die Soldaten der PNGDF nicht mehr hinter der Zentralregierung. Grund dafür war nicht zuletzt auch die Tatsache, dass die Regierung bloß nach einer militärischen Lösung strebte und durch und durch korrupt war (vgl. Böge 1997: 19)

Was jedoch nach wie vor aufrecht stand, waren einerseits die Forderungen der BRA, Bougainville als offiziell anerkannten, unabhängigen Staat zu etablieren und die Panguna – Mine weiterhin geschlossen zu halten, sowie andererseits die ablehnende Haltung der Zentralregierung gegenüber der Unabhängigkeit Bougainvilles und die Wiedereröffnung der Mine.

Was folgte, waren eine Reihe von Gesprächen zwischen den Konfliktparteien. Bei diesen Friedensverhandlungen spielte vor allem der Nachbarstaat Neuseeland eine bedeutende Rolle, da dieser ein Treffen der beiden Konfliktparteien veranstaltete, welches zur Beilegung der Streitigkeiten führen sollte. Das Ergebnis dieses Treffens war die *Burnham Declaration* vom 18. Juli (Mückler 2012: 241), welche jedoch ohne Beteiligung der Zentralregierung PNG von der Rebellentruppe und Vertretern des BTG unterzeichnet wurde. Mit dem Abschluss dieses Abkommens hatte der Friedensprozess begonnen.

Anschließend kam es zu einer weiteren Gesprächsrunde mit den Beteiligten und eine weitere Erklärung, bekannt als *Burnham II*, wurde festgelegt, welche neben einem 90 – tägigen Waffenstillstand vor allem die Notwendigkeit der Versöhnung betonte und den Einsatz einer regionalen Friedenstruppe vereinbarte. Hier waren nun alle beteiligten Parteien sowie Vertreter der benachbarten Salomonen – Inseln, welche eine Vermittlungsrolle übernahmen, beteiligt (vgl. Mückler 2012: 241).

Vom 19. bis 23. Jänner 1998 fand ein weiteres Treffen in der Lincoln University in Neuseeland statt, bei welchem Vertreter der Zentralregierung PNG, des Bougainville Transitional Government, der Bougainville Resistance Force, des Bougainville Interim Government, der Bougainville Revolutionary Army sowie diesmal auch, Vertreterinnen von Frauenorganisationen, zusammentrafen (vgl. USIP 2002). Darunter befanden sich unter anderem der neu gewählte Premierminister Papua - Neuguineas, Bill Skate, der Oberbefehlshaber der BRA, Sam Kauona und Vize des BIG, Joseph Kabui. Francis Ona selbst nahm bei dieser Friedensverhandlung jedoch nicht teil, da er diesem Friedensprozess eher

skeptisch gegenüberstand und sich aus dem Friedensprozess ausgegrenzt fühlte (vgl. Böge 1998: 3).

Auch bei diesem Treffen spielte Neuseeland eine bedeutende Rolle als Vermittler und Beobachter und genoss das Vertrauen aller beteiligten Konfliktparteien. Australien stieß jedoch bei den Vertretern der BRA und des BIG auf großes Misstrauen, da sie sich während des Konflikts auf die Seite Papua - Neuguineas gestellt hatten und den Streitkräften der Zentralregierung Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe gaben. Sie hatten somit erheblich zum Erfolg der PNGDF beigetragen (vgl. ebd.: 4f.).

Bei diesem Treffen einigten sich die anwesenden Parteien auf das *Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville*, in welchem sich alle Beteiligten auf eine friedliche Lösung des Konflikts einigten (vgl. Parliament of Australia 1999: 197). Trotz der unterschiedlichen Positionen der Streitkräfte, konnte man sich auf einen „*permanenten und unwiderruflichen Waffenstillstand*“ (Mückler 2012: 242) einigen, welcher um Mitternacht am 30. April 1998 in Kraft treten sollte. Des Weiteren sollten die Streitkräfte der PNGDF phasenweise abgezogen werden und die BRA sowie die Resistance Forces ihre Waffen niederlegen. Stattdessen sollte eine neue bougainvilleanische Polizei unter ziviler Kontrolle ins Leben gerufen werden, welche zum Teil Anhänger der BRA und der Resistance Forces eingliedern sollte. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollte BeobachterInnen nach Bougainville entsenden und in Zusammenarbeit mit einer neutralen internationalen Beobachtergruppe, der *Peace Monitoring Group* (PMG), die Stabilität und Sicherheit auf Bougainville bewachen. Diese Beobachtergruppe nahm ihre Arbeit nach Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens am 30. April auf und bestand aus etwa 300 unbewaffneten Männern und Frauen aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu. Die Leitung der PMG übernahm dabei Australien. Damit waren die Regelungen des Lincoln Agreements am 23. Jänner 1998 vollkommen und der letzte große Schritt in Richtung Frieden auf Bougainville getan. Mit 30. April 1998 kann die Krise zwischen dem Zentralstaat PNG und der Rebellentruppe BRA somit als beigelegt gelten.

Was bei dieser Verhandlung jedoch nicht thematisiert wurde, war einerseits die Zukunft der Panguna – Kupfermine, welche nach wie vor geschlossen bleiben musste sowie die Frage nach der Unabhängigkeit Bougainvilles. Diese beiden Themen stehen weiterhin offen und stellen ein Hindernis für eine dauerhaft friedliche Beilegung des Konflikts dar (vgl. Böge 1998: 5f.).

Im August 2001 wurde folglich das *Bougainville Peace Agreement* (BPA) beschlossen, welches allen voran zwei politische Vereinbarungen enthielt: zum einen wurde im Rahmen dessen die *Autonomous Region of Bougainville* als eine besondere politische Einheit innerhalb des

Staatsverbandes Papua - Neuguineas eingerichtet und zum anderen umfasste diese Vereinbarung die Abhaltung eines Referendums über den künftigen politischen Status Bougainvilles. Dieses Referendum soll zehn bis fünfzehn Jahre nach der Gründung einer autonomen Regierung für Bougainville stattfinden und die Möglichkeit bieten, völlige Unabhängigkeit für Bougainville oder weitgehende Autonomie innerhalb von Papua – Neuguinea zu wählen. Dieses Referendum müsste daher bis 2020 durchgeführt werden, da bis dahin die fünfzehnjährige Frist enden würde (vgl. Böge 2009: 34). Allerdings wird die Abhaltung dieses Referendums immer wieder verschoben, da man von Seiten der Zentralregierung eine Mehrheit für die völlige Unabhängigkeit Bougainvilles befürchtet. In diesem Sinne besteht auch weiterhin die Gefahr einer erneuten gewaltsamen Eskalation, da einerseits von Seiten Papua – Neuguineas ein Referendum zu umgehen versucht wird und gleichzeitig der Wiederaufbau auf Bougainville nur langsam vorangeht. Die Zentralregierung ist weiterhin nicht gewillt, die Reparationszahlungen an die Betroffenen zu begleichen, sondern die Gelder aus der Staatskasse werden nur mit Verzögerung nach Bougainville übertragen. Ein Konfliktpunkt, welcher künftig eine Entscheidung benötigen wird, ist auch der Status der Kupfermine. Zurzeit ist die Mehrheit der bougainvilleanischen Bevölkerung für eine permanente Schließung der Mine und lehnt daher jegliche Wiedereröffnungsbestrebungen ab. Papua – Neuguinea pocht jedoch weiterhin auf die erneute Inbetriebnahme der Mine, da enorme wirtschaftliche Einnahmen davon abhängen (vgl. Böge 2001: 3f.). Dadurch wären weiterhin die finanziellen Vorteile für die Zentralregierung wichtiger als die ökologischen Folgen für die Insel und ihre Bevölkerung. Denn bereits die bis dato verursachten Schäden werden noch Jahre bis Jahrzehnte benötigen, um wieder behoben zu sein.

7. Gegenüberstellung der Konfliktparteien

Im folgenden Kapitel wird nun ein Überblick über die Streitkräfte gegeben, welche maßgeblich an dem Konflikt auf Bougainville beteiligt waren. Dabei wird ein Fokus auf ihren Einfluss, ihre Zusammensetzung sowie ihre Bedeutung während der Krise gelegt sowie der Grad ihrer Unterstützung von außerhalb untersucht werden.

7.1. Bougainville Revolutionary Army (BRA)

Die BRA bildete sich im Jänner 1989, nachdem die Verhandlungen der Zentralregierung mit der Panguna Landowners' Association nicht zielführend waren und keine Fortschritte in Richtung einer friedlichen Lösung zugunsten der bougainvillianischen Bevölkerung gemacht werden konnten. Hierbei handelte es sich um eine Widerstandsbewegung auf Bougainville, welche unter der Leitung Francis Onas, einem ehemaligen Minenarbeiter, gegen die Streitkräfte der Zentralregierung ankämpfte. Die Organisation und militärische Struktur der BRA wurde von Sam Kauona, ehemals Anhänger der PNGDF, übernommen. Die BRA setzte sich aus etwa 1500 Mann, vorwiegend junge, auf der Insel lebende Männer, zusammen, welche perspektivenlos waren und meist kriminellen Jugendbanden angehörten. Doch diese wurden von Kauona diszipliniert und zu einer ernstzunehmenden Armee umfunktioniert. Ona selbst galt auf Bougainville als „*local folk hero*“ (Mückler 2012:233) und hatte großen Bekanntheitsgrad und Zuspruch auch außerhalb der BRA. Vor allem mit der Ausrufung der *Republic of Bougainville* steigerte sich seine Popularität. Der zunehmende Bekanntheitsgrad für ihn und die BRA war es auch, welcher die BRA zu radikaleren Aktionen bestärkte und aus einer „harmlosen“ Widerstandsbewegung eine radikale Guerillabewegung machte (vgl. Mückler 2012: 233f.).

Die Forderungen der BRA umfassten in ihrer Anfangsphase die Schließung der Panguna – Kupfermine sowie die gerechte Entschädigung für die durch die Mine verursachten Schäden an Umwelt und Bevölkerung. Doch im Laufe der Zeit kamen Sezessionsforderungen, welche bereits in den 1960er und 70er Jahren erhoben worden waren, erneut auf und bildeten einen der wichtigsten Streitpunkte zwischen BRA und Regierung. Denn die BRA vertrat die Position, dass Bougainville zu den Solomonen – Inseln gehöre und forderte daher die politische Unabhängigkeit von Papua - Neuguinea (vgl. Böge 2008: 6).

Einer der größten Erfolge der BRA bildete die Schließung der Mine ab 15. Mai 1989 und die Kontrolle Bougainvilles durch Francis Ona. Sie hatten es geschafft, aus einer lokal begrenzten

Sache rund um das Minengebiet eine Sache der ganzen Bevölkerung Bougainvilles zu machen. Auch die Gründung einer eigenen Regierung, dem *Bougainville Interim Government*, mit Francis Ona als Präsident, bildete einen wichtigen Schritt der BRA, auch wenn diese Regierung nicht offiziell anerkannt wurde.

Die BRA selbst war ihrem Gegner sowohl personell als auch materiell weit unterlegen und konnte dennoch bedeutende Erfolge erzielen. Auch aktive ausländische Unterstützung gab es für sie nicht. Hinzu kam, dass sie anfangs keine modernen Schusswaffen zur Verfügung hatten und bloß mit hausgemachten Waffen wie Pfeil und Bogen, Schrotflinten und aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgelassenen Minen gegen die Streitkräfte der Zentralregierung kämpften. Erst im Laufe des Konflikts gelang es ihnen, sich nach und nach die modernen Waffen ihrer Gegner anzueignen (vgl. Böge 2008: 6f.).

7.2. Papua New Guinea Defence Force (PNGDF)

Bei der PNGDF handelte es sich um die militärischen Streitkräfte der papua neu – guineischen Zentralregierung. Diese wurden von der Regierung entsandt, als die Situation auf Bougainville zu eskalieren begann und Francis Ona mit seiner BRA mehrere Minenarbeiter niedergeschossen hatte. Sie umfasste etwa 2500 militärisch ausgebildete Soldaten aus Papua - Neuguinea, welche mit modernen Waffen und militärischen Geräten ausgerüstet waren (vgl. Mückler 2012: 233f.). Diese wurden zu einem großen Teil vom Nachbarstaat Australien geliefert, welche den Staat PNG finanziell und militärisch unterstützten. Somit war das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Konfliktparteien höchst ungleich. Ohne australische Militärhilfe wäre die PNGDF nicht in der Lage gewesen, den Konflikt gegen die BRA über so lange Zeit zu führen. Denn dieser konnte bloß aufgrund des Waffenreichtums und der guten Organisation innerhalb der PNGDF, welche ebenfalls zum Teil australischen Militärberatern zu verdanken war, fast zehn Jahre geführt werden (vgl. Böge 2008: 8). Insbesondere statteten sie die PNG mit Iroquois – Hubschraubern aus, welche besonders für die Bekämpfung von Guerillas geeignet sind. Die australische Militärhilfe an PNG umfasste im Jahr 1990/91 79 Millionen australische Dollar. Grund für diese Unterstützung war ein Verteidigungskooperationsabkommen, welches Australien unter anderem zu Militärhilfe verpflichtete. Hinzu kam, dass ein großer Teil der australischen Entwicklungshilfe für die Unterstützung der papuanischen Polizei entfiel (vgl. Böge 1994: 16f.).

Während die BRA gerechtere Kompensationszahlungen, die Schließung der Mine sowie Unabhängigkeit für Bougainville forderte, kam für das Militär der Zentralregierung eine

Schließung der Mine und der Zuspruch von Autonomie nicht in Frage. Sie vertraten die Position, dass Bougainville eine Provinzregion Papua - Neuguineas sei und daher auch Teil des Zentralstaates. Auch die Schließung der Panguna - Mine wurde vehement abgelehnt, da dies einen massiven Verlust wirtschaftlicher Einnahmen bedeuten würde.

Die Konfliktführung der PNGDF zeichnete sich vor allem durch gewaltsames Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung Bougainvilles aus. Es wurden Dörfer und Kirchen niedergebrannt, ZivilistInnen gefoltert und erschossen und nicht selten auch Vergewaltigung als bewusstes Kriegsmittel eingesetzt. Nur wenige ihrer Opfer waren tatsächlich Kombattanten. Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Regierungstreitkräfte standen an der Tagesordnung. Eines ihrer bedeutendsten Schritte gegen die Rebellentruppe bildete die Verhängung einer Seeblockade über Bougainville, welche viele unschuldige Menschen aufgrund von Versorgungsmangel das Leben kostete (vgl. Böge 2008: 2;7). Diese brutale Vorgehensweise der PNGDF gegen die Zivilbevölkerung war es auch, welche wesentlich zum Erfolg der BRA beitrug. Denn die Armee unter Francis Ona gewann dadurch bald mehr Anhänger aus ganz Bougainville, sodass es sich hier nicht länger nur um einen lokal begrenzten Konflikt handelte (vgl. Böge 2001: 3).

7.3. Resistance Forces (RF)

Die Resistance Forces bildeten die staatlich unterstützten paramilitärischen Streitkräfte auf Bougainville, die das Vorgehen und die Positionen der BRA ablehnten und stattdessen auf der Seite der PNG kämpften. Die Soldaten der Resistance Forces stammten selbst aus bougainvilleanischen Dörfern, meist ehemalige Anhänger der BRA oder aber auch Opfer von BRA -Übergriffen, welche sich zu Dorfschutzgruppen zusammenschlossen und als Resistance Forces auf der Seite der PNGDF gegen die BRA kämpften (vgl. Böge 2008: 7). Die Kämpfer der RF trugen keine Uniform, waren daher nur durch das Tragen von Waffen erkennbar. Die Führung hatte Sam Akoitai, selbst ehemaliger Mitarbeiter der Panguna - Mine, inne, doch ein Großteil ihrer Aktionen wird in Zusammenarbeit mit der PNGDF ausgeübt (vgl. Amnesty International 1997: 10). So erleichterten sie den Soldaten der Zentralregierung den Zugang auf die Insel, nachdem diese bereits zuvor von der BRA aus ihrem Territorium vertrieben worden waren. Im Gegenzug wurden sie von Papua - Neuguinea mit Waffen ausgerüstet, um gegen die BRA in den Kampf zu ziehen.

Im Rahmen dieses Kampfes waren die Resistance Forces für mehrfache Menschenrechtsverletzungen auf Bougainville verantwortlich, unter anderem rechtswidrige

und absichtliche Tötungen von ZivilistInnen und BRA – Kombattanten (vgl. Amnesty International 1997: 11).

Mit dem Aufkommen dieser paramilitärischen Gruppe entstanden eine Reihe von Sub – Konflikten auf der Insel, welche zwischen Bougainvilleans untereinander geführt wurden. Es war nun üblich, dass sich eine Seite, vorwiegend das Zentrum rund um die Panguna - Mine und der Süden der Insel, zur BRA erklärte und die andere, welche vor allem den Norden der Insel und den östlichen Küstenstreifen umfasste, zu den Resistance Forces (vgl. Böge 2008: 8). Der Konflikt zwischen BRA und PNGDF stellte zwar nach wie vor das Hauptgeschehen auf der Insel dar, wurde jedoch durch Streitigkeiten aufgrund unterschiedlicher Haltungen unter den InselbewohnerInnen erweitert, was den Regierungstruppen zu Gute kam (vgl. Böge 1998: 11). Diese Sub – Konflikte hatten keine offizielle Führung und Kontrolle, sondern wurden von unabhängigen Einheiten mit geringem Einfluss von oben geführt. Sie umfassten vor allem innergesellschaftliche Konflikte, insbesondere traditionale Konflikte zwischen den unterschiedlichen Clans auf der Insel und Konflikte um Landbesitz, welche unter dem Dach des „großen Krieges“ gewaltsam ausgetragen wurden (vgl. Böge 2006).

8. Analyse der Kriegsforschungsinstitute

In diesem Kapitel wird nun mit der Analyse der ausgewählten Kriegsforschungsinstitute begonnen. Dabei wird untersucht werden, wie die jeweiligen Datenbanken Krieg / Konflikt definieren und inwiefern die Kriterien eines Krieges im Falle der Krise auf Bougainville erfüllt werden. Es wird auf die unterschiedliche Typologisierung eingegangen, welche anschließend einem Vergleich unterzogen werden.

8.1. Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurde 1978 gegründet und ist institutionell in der 1986 eingerichteten *Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung* im Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg angesiedelt (vgl. Gantzel; Schwinghammer 1995: 15f.). Sie ist eine Datenbank, welche sich mit den weltweiten Kriegsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg befasst. Dabei werden nicht nur laufende Kriege behandelt, sondern auch umfassende Informationen zu bereits vergangenen Kriegen in Form eines Kriegsarchivs gegeben. Seit 1993 erfasst die Projektgruppe neben Kriegen auch

bewaffnete Konflikte. Im Rahmen ihrer Arbeit, werden alle aktuellen Kriege und bewaffneten Konflikte typologisiert und statistische Trends zum Kriegsgeschehen analysiert, wodurch sie maßgeblich zur Theoriebildung über Kriegsursachen beiträgt. Anders als die meisten anderen Datenbanken zur Kriegsforschung, ist die Arbeitsweise der AKUF vorwiegend qualitativ. Die hier ermittelten Daten gehören zu den meistverwendeten empirischen Grundlagen einschlägiger Publikationen und werden von unterschiedlichsten staatlichen und nicht - staatlichen Organisationen und Institutionen verwendet (vgl. AKUF 2016).

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung zählt in der Zeit von 1945 bis 2007 insgesamt 238 Kriege. Über 90 Prozent dieser Kriege fanden in Regionen der Dritten und ehemaligen Zweiten Welt statt, wobei die Zentren der bürgerlich – kapitalistischen Welt nach 1945 weitgehend frei von Kriegen blieben. Allerdings besteht ein relativ hohes Maß an kriegerischen Eingriffen von Seiten der Industriestaaten in die Dritte Welt. Hier liegen vor allem Großbritannien mit 22 Beteiligungen, die USA mit 16 Beteiligungen und Frankreich mit 14 Beteiligungen weit vorne. Die meisten Kriege lassen sich auf die 1990er Jahre im Rahmen der Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens zurückführen. Seit 1992 ist die Tendenz jedoch stark rückläufig.

Bei zwei Drittel aller Kriege seit 1945 handelt es sich um innerstaatliche Kriege, welche das Kriegsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten. Bemerkenswert ist auch, dass etwa ein Drittel aller seither geführten Kriege durch die Vermittlung externer, dritter Akteure beigelegt wurde. Hier spielten allen voran die Vereinten Nationen als Vermittler eine bedeutende Rolle, zumal sie in 40 Prozent der Fälle zur erfolgreichen Beilegung beigetragen haben (vgl. AKUF; Schreiber 2009). Kriege gelten laut AKUF dann als beendet, wenn die Kampfhandlungen für mindestens ein Jahr ausbleiben oder nicht mehr kontinuierlich erfolgen (vgl. Schreiber 2011: 235).

8.1.1. Kriegsdefinition der AKUF

Die **Kriegsdefinition** der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung wurde in Anlehnung an den ungarischen Friedensforscher István Kende (geboren 1917, verstorben 1988) übernommen und wird seither als ein gewaltsamer Massenkrieg definiert, der folgende Merkmale aufweist:

- (a) *„an den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt;*

- (b) auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.);
- (c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d.h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet einer oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern“ (AKUF 2016).

Diese Kriegsdefinition der AKUF richtet sich stark nach der klassischen Kriegstheorie, so wie sie von Clausewitz vertreten wurde. Bewaffnete Konflikte hingegen werden von der AKUF erst seit dem Jahr 1993 erfasst, um den Wandel der Kriegstypen gerecht zu werden und auch die neuen Kriege bzw. „small wars“ miteinzubeziehen. Bei den bewaffneten Konflikten handelt es sich laut AKUF daher um Kampfhandlungen, welche die Kriterien der oben genannten Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang erfüllen. Meist handelt es sich hier um Fälle, „in denen eine hinreichende Kontinuität der Kampfhandlungen nicht mehr oder auch noch nicht gegeben ist“ (AKUF 2016).

8.1.2. Kriegstypologie der AKUF

Folgende fünf **Kriegstypen** werden von der Datenbank unterschieden:

Zum **Kriegstyp A** zählen *Antiregime – Kriege*. Dabei handelt es sich um Kriege, in welchen es um den Sturz von Regierenden oder um die Veränderung oder den Erhalt eines politischen Systems oder einer Gesellschaftsordnung geht.

Zum **Kriegstyp B** zählen andererseits die sogenannten *Autonomie- und Sezessionskriege*. Hier wird anders als bei Antiregime – Kriegen um regionale Autonomie innerhalb eines Staates oder um Sezession von einem Staat gekämpft.

Kriegstyp C bilden die *zwischenstaatlichen Kriege*. Diese umfassen Kriege, „in denen sich Streitkräfte der etablierten Regierungen mindestens zweier staatlich verfaßter Territorien gegenüberstehen, und zwar ohne Rücksicht auf ihren völkerrechtlichen Status“ (AKUF 2016).

Hinzu kommen **Kriegstyp D**, die *Dekolonisationskriege*, in welchen die Kriegsursache die Befreiung von Kolonialherrschaft ist, sowie **Kriegstyp E**, zu welchen *sonstige Kriege* zählen, welche sich nicht einem eindeutigen Kriegstyp zuordnen lassen, da sich verschiedene Typen

überschneiden oder der Charakter des Krieges sich im Laufe des Geschehens verändert (vgl. AKUF 2016).

Neben diesen Unterscheidungen nach Kriegstypen, bildet auch externe bzw. Fremdenbeteiligung ein Kriterium für die Typologisierung von Kriegen. Dabei wird zwischen Kriegen **mit** unmittelbarer Fremdenbeteiligung (1) und Kriegen **ohne** unmittelbare Fremdenbeteiligung (2) unterschieden. Als externe Intervention berücksichtigt AKUF allerdings nur jene Fälle, in denen die Streitkräfte eines dritten Staates unmittelbar an den kriegerischen Handlungen teilnehmen. Staaten, welche bloß Waffenlieferungen, finanzielle oder logistische Unterstützung vornehmen, gelten in diesem Sinne daher nicht als unmittelbar beteiligte (vgl. AKUF 2016).

8.1.3. Anwendung der Kriegstypenforschung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung am Fall Papua – Neuguinea

- Untersuchung der Kriegskriterien

Laut AKUF wird der Konflikt auf Bougainville, welcher im Zeitraum von März 1989 bis 30. April 1998 aktiv geführt wurde, als Kriegstyp B – 2 eingestuft.

Laut der oben genannten Kriegsdefinition, kann im Falle der Kampfhandlungen auf Bougainville daher eindeutig von einem Krieg gesprochen werden.

Denn dieser Definition zu Folge handelt es sich dann um einen Krieg, wenn *„an den Kämpfen zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt sind, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt“* (AKUF 2016). Diese Definition lässt eine eindeutige Staatszentriertheit erkennen, da Krieg nur dann Krieg sein kann, wenn Regierungskräfte aktiv in die Kampfhandlungen eingebunden sind.

Im Fall von Bougainville trifft dieses Kriterium der Kriegsdefinition zu. Denn die zentralen Akteure, welche hier am Kriegsgeschehen beteiligt waren, waren einerseits die Papua New Guinea Defence Force, welche von der Regierung Papua - Neuguineas mit Sitz in Port Moresby nach Bougainville entsandt wurde und andererseits die Guerillabewegung Bougainville Revolutionary Army. Dabei handelt es sich bei der PNGDF um das offizielle Militär der papuanischen Regierung, welche das Ziel hatte, die MinengegnerInnen und SezessionistInnen auszuschalten und eine Wiedereröffnung der Mine voranzutreiben. Unterstützt wurden diese von Polizeieinheiten aus PNG, seit 1992 von den Resistance Forces, welche sich vorwiegend

aus sozial schwachen Männern aus Bougainville zusammensetzten und von der PNGDF mit Waffen ausgerüstet wurden und seit 1997 von der britischen Söldnerfirma Sandline International, welche weitestgehend das Kommando über militärische Aktionen von Seiten der Zentralregierung übernahm (vgl. Reddy 2008: 119).

Ein zweites Kriterium, um laut AKUF eindeutig von einem Krieg sprechen zu können, ist, „*dass auf beiden Seiten [...] ein Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation der Kriegsführenden und des Kampfes gegeben sein [muss], selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.)*“ (AKUF 2016).

Auch dieses Kriterium wird im Falle der Geschehnisse auf Bougainville erfüllt. Denn bei der BRA handelte es sich um eine aus etwa 1000 Mann bestehende Guerillabewegung, welche einen offiziellen Anführer, nämlich Francis Ona, hatte, welcher die Kampfhandlungen planmäßig lenkte, organisierte bewaffnete Überfälle auf die Befürworter der Panguna – Mine ausübte und die traditionale Lebensweise auf Bougainville, samt dem individuellen Landbesitz zu schützen versuchte. Dadurch wollten sie erreichen, sich gegen die Angriffe des weitaus überlegeneren und besser ausgerüsteten Militärs der Zentralregierung zu verteidigen und die politische Unabhängigkeit Bougainvilles von Papua - Neuguinea zu erzielen, vor allem nachdem von Seiten der Zentralregierung mit dem Bau der Kupfermine nicht auf das Wohl der bougainvilleanischen Bevölkerung geachtet und Landbesitz willkürlich zum eigenen Nutzen enteignet wurde. Obwohl die BRA der PNGDF personell und materiell unterlegen war, konnte sie dennoch militärische Erfolge gegen die Truppen unter Premierminister Chan erzielen (vgl. Böge 2008: 6f.).

Auch die PNGDF war organisatorisch gut strukturiert, weitaus besser noch als es die BRA mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln je hätte sein können. Etwa 5000 Kämpfer standen der PNGDF zur Verfügung sowie moderne Waffen, an welchen es der BRA weitestgehend fehlte. Hinzu kam, dass die PNGDF finanziell und materiell von dem Nachbarland Australien unterstützt wurde, da diese aufgrund eines Verteidigungskooperationsabkommens zur militärischen Hilfe verpflichtet waren (vgl. Böge 1994: 16).

Auch die Angriffe von Seiten der PNGDF wurden von der Zentralregierung planmäßig vorgegeben und umfassten vor allem gezieltes Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung. Vor allem Seeblockaden, Vergewaltigungen, Raub und Plünderung sowie Folterungen standen an der Tagesordnung. Hinzu kamen tausende Bougainvilleans, welche in Folge der Übergriffe gezwungen waren, ihr zu Hause zu verlassen und umzusiedeln (vgl. ebd.: 18f.).

Auch das letzte Kriterium, welches von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung festgelegt wird, um eine Auseinandersetzung als Krieg definieren zu können, nämlich: *„die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d.h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet einer oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern“* (AKUF 2016), wird in diesem Fall erfüllt.

Der Krieg begann offiziell im Jahr 1989 in Folge der Stilllegung des Minenbetriebs durch die einheimische Bevölkerung Bougainvilles. Die Jahre vor 1989 bildeten lediglich einen Auslöser für die Eskalation des Konflikts, vor allem durch die Inbetriebnahme der Panguna – Mine durch den Minenbetreiber Bougainville Copper Ltd. (BCL) und die Zentralregierung PNG im April Jahr 1972 (vgl. Mückler 2012: 227). Auch die bereits in den 1960er und 70er Jahren vermehrt stattfindenden Sezessionsforderungen von Seiten Bougainvilles können als Auslöser für die große Eskalation ab 1989 gesehen werden. Denn diese Faktoren trugen dazu bei, dass Bougainville nicht länger abhängig vom Zentralstaat sein wollte und nicht weiter das unsensible Eindringen Papua - Neuguineas in die bougainvilleanische Lebensweise duldete.

Die Kampfhandlungen begannen allerdings erst ab 1989 als die Soldaten der PNGDF auf Bougainville eintrafen. Ab diesem Zeitpunkt fanden die bewaffneten Operationen kontinuierlich statt und wurden von beiden Seiten strategisch geführt, auch wenn die BRA ihrem Gegner personell und materiell weit unterlegen war. Neben dem aktiven Kampfgefecht wurde von Seiten der Zentralregierung zusätzlich eine Seeblockade über Bougainville verhängt, welche tausende InselbewohnerInnen aufgrund fehlender medizinischer Versorgung das Leben kostete (vgl. Böge 2008: 7f.).

Die Kampfhandlungen waren bloß durch kurze Phasen des Waffenstillstandes gekennzeichnet. Im März 1990 trat der erste Waffenstillstand in Kraft, da man konkrete Lösungen für den Konflikt suchen wollte und in Folge dessen ein Großteil der nach Bougainville entsandten Truppen abgezogen wurde. Dieses Vorgehen brachte der BRA kurzfristig die gesamte Kontrolle über die Insel. Der Waffenstillstand hielt jedoch nicht lange, da aufgrund der verfassungswidrigen Ausrufung des Bougainville Interim Government erneut Verhandlungen unter den Konfliktparteien mit Neuseeland als neutralen Vermittler stattfanden, diese jedoch nicht zu der gewünschten friedlichen Lösung führten (vgl. Mückler 2012: 234ff.).

Taktik der PNGDF war es dabei vor allem, gegen die ZivilistInnen vorzugehen und diese zum Opfer ihrer Gewaltaktionen zu machen. BRA hingegen übernahm die Taktik der Guerillakriegsführung, mit welcher sie trotz Unterlegenheit militärische Erfolge gegen die

PNGDF erzielen konnte (vgl. Böge 2008: 6f.). Unterstützt wurde die PNGDF zusätzlich von BRA – Gegnern aus Bougainville selbst, den Resistance Forces, welche die Sezessionswünsche der Rebellen unter Francis Ona nicht unterstützten und sich weigerten, sich den Operationen der BRA anzuschließen. Hier handelte es sich um bestimmte Clans, welche unter Verdacht standen, mit der Zentralregierung zusammenzuarbeiten und selbst Opfer von undisziplinierten Übergriffen von Seiten der BRA – Soldaten wurden. Sie ermöglichten der PNGDF den erneuten Zugang auf die Insel, nachdem diese im Rahmen von Verhandlungen gezwungen waren, ihre Truppen abzuziehen (vgl. ebd.: 7).

Erst mit 30. April 1998 waren die Kampfhandlungen offiziell beendet und der Krieg somit beendet.

- Untersuchung der Kriegstypenbestimmung

Nachdem nun untersucht wurde, inwiefern es sich im Fall von Papua - Neuguinea um einen Krieg, statt bloß um einen Konflikt handelt, wird nun der vorliegende Kriegstyp näher erläutert.

Mit Kriegstyp **B** meint die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, dass es sich um einen Autonomie- oder Sezessionskrieg handelt. In diesen kann um größere regionale Autonomie innerhalb des Staatsverbandes oder um Sezession vom Staatsverband gekämpft werden.

Der Kampf um Sezession vom Staatsverband liegt im Fall von Bougainville eindeutig vor.

Denn bereits lange bevor Papua – Neuguinea 1975 von australischer Herrschaft in die Unabhängigkeit entlassen wurde, nachdem diese bereits unter deutscher und anschließend britischer Kolonie standen, wurden Unabhängigkeitsbestrebungen von Seiten Bougainvilles bekannt. Denn von Seiten der bougainvilleanischen Bevölkerung fehlte seit jeher jegliches Dazugehörigkeitsgefühl gegenüber Papua – Neuguinea, zumal es sich hier um unterschiedliche Kulturen, Traditionen und Erscheinungen handelte. Die bougainvilleanischen *blackskins* fühlten sich daher gegenüber den papua – neuguineischen *redskins*, fremd. Vielmehr fühlten sich Bougainvilleans den benachbarten Salomon – Insel dazugehörig, da sie mit diesen kulturelle Eigenheiten teilten und durch geographische Nähe verbunden waren (vgl. ebd.: 7). Diese Unterschiede führten daher bereits in den 1960er Jahren dazu, dass die politischen Führer Bougainvilles von der damaligen australischen Verwaltung die Abhaltung eines Referendums forderten, bei welchem folgende Optionen zur Abstimmung stehen hätten sollen:

- a) Unabhängigkeit Bougainvilles als eigenständiger Staat;
- b) Vereinigung Bougainvilles mit den – damals noch unter britischer Herrschaft stehenden - Salomonen;
- c) Verbleib bei Papua – Neuguinea (vgl. Böge 1994: 12).

Doch dieses Referendum wurde von Seiten Australiens abgelehnt, da man bereits eine Mehrheit für die Sezession ahnte. 1975 folgte schließlich die Entlassung in die Unabhängigkeit PNGs von australischer Herrschaft und Bougainville wurde zusammen mit einigen kleineren Inseln Teil des neuen Staatenverbandes als Ergebnis einer 1899 unterzeichneten Vereinbarung zwischen den ehemaligen Kolonialmächten Großbritannien und Deutschland (vgl. Böge 1994: 12). Die EinwohnerInnen Bougainvilles wurden jedoch nie zu dieser Causa befragt. Stattdessen wurde im Sinne Großbritanniens, Deutschlands und der Vereinigten Staaten gehandelt und die Interessen der betroffenen Bevölkerung als unbedeutend erachtet (vgl. Kabutaulaka 1994: 67). Seither gab es secessionistische Strömungen auf der Insel, welche jedoch erst mit dem Ausbruch des Konflikts um die Panguna – Mine an Popularität gewannen. Die Eskalation dieser Auseinandersetzung wurde zwar im Laufe der ökologischen Zerstörungen und der sozialen Veränderungen, wie etwa in Form von vermehrter Zuwanderung aus Papua – Neuguinea nach Bougainville, verursacht, doch dies allein kann nicht als Kriegsursache angesehen werden. Vielmehr muss der Konflikt im Kontext der unterschiedlichen Ethnien auf der Insel betrachtet werden, welche gegen den Willen der Bougainvilleans in einen gemeinsamen Staat integriert wurden und anschließend Sezessionsforderungen in den 1960er Jahren aufkommen ließen.

„... nation – building in Melanesia at the time of independence involved bringing together different ,nations’ under the rule of a single state. This was difficult given the diverse nature of Melanesian societies” (Kabutaulaka 1994: 65).

Dieses Fehlen einer allgemeinen Akzeptanz gegenüber dem gemeinsamen Staat Papua – Neuguinea führte dazu, dass die Bougainville Revolutionary Army unter Francis Ona so viel Zuspruch von Seiten der Bevölkerung erhielt und somit genügend Macht hatte, um gegen die Streitkräfte der Regierung erfolgreich anzukämpfen. Der Krieg, welcher aufgrund des Bergbauprojektes ausgelöst wurde, wurde bald zu einem Krieg um die politische Unabhängigkeit von Papua – Neuguinea. Schuld daran waren nicht zuletzt die repressiven Reaktionen von Seiten der Zentralregierung und das gewaltsame und willkürliche Vorgehen der PNGDF gegen die EinwohnerInnen Bougainvilles, sodass aus dem örtlich begrenzten Konflikt um das Minengebiet ein Sezessionskrieg entstand, welcher die gesamte Inselbevölkerung betraf (vgl. Böge 2008: 1). Hinzu kam, dass die Zentralregierung enorme

Gewinne aus der in Bougainville stehenden Panguna – Mine erzielte und die Bevölkerung Bougainvilles jedoch mit den ökologischen Zerstörungen und sozialen Problemen, welche der Minenbetrieb verursachte, alleine ließ. Aus diesem Grund fühlten sich die EinwohnerInnen Bougainvilles nicht von „ihrer“ Regierung vertreten und hatten den Eindruck, dass die Zentralregierung bloß wirtschaftliche Interessen im Sinn hätte. Die Abspaltung von PNG war für die BRA somit die einzige Möglichkeit, die ökologischen und sozialen Probleme auf Bougainville zu lösen und dies musste selbst in die Hand genommen werden, da weder die Zentralregierung noch das Minenunternehmen BCL bereit waren, auf die Forderungen der InselbewohnerInnen einzugehen (vgl. Böge 1994: 12f.)

Die BRA pochte daher seit ihrer Entstehungsphase im Jahr 1989 auf Sezession von PNG und nutzte somit nach der Seeblockade, welche von der Zentralregierung über die Insel verhängt wurde und tausende Bougainvilleans aufgrund mangelnder Versorgung das Leben kostete, die Möglichkeit, um im Mai 1990 die Unabhängigkeit der Republik Bougainville auszurufen und eine eigene Übergangsregierung, das Bougainville Interim Gouvernement, mit Francis Ona als Präsident, zu etablieren (vgl. Böge 2008: 7). Diese Übergangsregierung wurde jedoch weder von Seiten der Zentralregierung noch von Seiten der vermittelnden Nachbarländer offiziell anerkannt und war somit nur innerhalb Francis Onas Kreisen gültig.

- Untersuchung der Fremdenbeteiligung

Nachdem nun der Kriegstyp B analysiert wurde, wird nun das Kriterium für unmittelbare oder nicht unmittelbare Fremdbeteiligung am vorliegenden Fall behandelt.

Im Fall von Papua – Neuguinea liegt Kriegstyp **B – 2** vor. Diese zusätzliche Zahl bedeutet nach der Kriegstypenforschung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, dass der Krieg ohne unmittelbare Fremdbeteiligung stattgefunden hat. Es handelt sich daher nach einer Definition der AKUF um einen internen Konflikt, da keine direkte Intervention von außen vorliegt (vgl. AKUF 2013). Australien spielte zwar eine zentrale Rolle in diesem Krieg, doch diese beschränkte sich einerseits auf die Rolle als militärischer Berater und Konfliktlöser und andererseits als bloßer Waffenlieferant der PNGDF. Denn Papua – Neuguinea wurde gemäß eines Verteidigungskooperationsabkommens von Australien militärisch unterstützt. Diese Unterstützung umfasste die Belieferung der PNGDF mit modernsten Waffen, finanzielle und logistische Beihilfe sowie Unterstützung der papuanischen Polizei. Auch die Ausstattung des Militärs mit Kampfhubschraubern, um die BRA zu bekämpfen, zählte dazu (vgl. Böge 1994: 16). Jedoch war Australien nicht direkt in die Kampfhandlungen gegen die Rebellen

eingebunden, sodass laut Definition der AKUF nicht von externer Intervention gesprochen werden kann.

Auch Neuseeland war als Vermittler an diesem Krieg beteiligt, aber auch sie waren nicht direkt in den Kampfhandlungen eingebunden, sondern spielten lediglich als neutraler Akteur und Beobachter eine bedeutende Rolle bei der Konfliktlösung. Neuseeland war Gastgeber zahlreicher Verhandlungsrunden und arbeitete zusammen mit den Kriegsparteien Konfliktlösungsstrategien aus, um eine friedliche Beilegung zu erzielen. Nur durch die Hilfe der neuseeländischen Regierung konnte der Krieg am 30. April 1998 nach einer Reihe von Gesprächen und Verhandlungen beigelegt werden und auch der weitere Aufenthalt von neuseeländischem Zivil- und Militärpersonal im Rahmen der internationalen *Peace Monitoring Group* sorgt dafür, dass die Situation auf der Insel nicht erneut eskaliert (vgl. Böge 2008: 12). Somit liegt auch im Fall von Neuseeland keine Fremdenbeteiligung nach den Kriterien der AKUF vor.

Neben Australien und Neuseeland waren auch die benachbarten Salomonen aufgrund der Nähe zu Bougainville in die Geschehnisse auf der Insel involviert. Sie unterstützten Bougainville und die BRA bei ihren Sezessionswünschen und bildeten bereits während der Kolonialzeit einen wichtigen Handelspartner für Bougainville. Als von Seiten der Zentralregierung im Jahr 1990 eine Seeblockade über Bougainville erlassen wurde, war die Bevölkerung Bougainvilles erneut auf die Hilfe der Salomonen angewiesen. Bougainville wurde mit Lebensmitteln ausgeholfen, Flucht auf die Salomonen gewährt und auch eine politische Beziehung zwischen den Inseln war vorhanden. Denn die Regierung Bougainvilles, das Bougainville Interim Government, erhielt auf den Salomonen ein Informationsbüro in der Hauptstadt Honoria, von welchem aus Planungen stattgefunden haben (vgl. Kabutaulaka 1994: 74).

Diese enge Beziehung zu Bougainville und der BRA führte hingegen zu einer angespannten Beziehung zwischen den Salomonen und der PNG, da das Informationsbüro auf Honoria von der PNG als militärische Unterstützung für die Rebellen betrachtet wurde und das Gerücht verbreitet wurde, dass die BRA von den Salomonen mit Waffen ausgerüstet werden würde. Diese Annahme konnte jedoch nicht bewiesen werden. Denn die Salomonen hatten großes Interesse an einer friedlichen Lösung für den Bougainville – Konflikt und beteiligten sich daher auch als zentraler Vermittler in den Burnham I und II Verhandlungen (vgl. Böge 1998: 5).

Somit ist auch die Beteiligung der Salomonen Inseln auf eine Rolle als Vermittler und Handelspartner beschränkt und es kam zu keiner direkten Beteiligung in den Kampfhandlungen auf Bougainville.

Vor allem nach dem gescheiterten Söldner – Deal der Zentralregierung unter Julius Chan mit der britischen – südafrikanischen Söldnerfirma Sandline International, erhielt der sonst international weitgehend unbeachtete Krieg auf Bougainville enorme internationale Aufmerksamkeit, sodass immer mehr Akteure darin involviert waren. Neben den Nachbarstaaten Neuseeland, Australien und den Salomonen, spielte somit auch Großbritannien eine Rolle als involvierter Akteur, zumal diese, ebenso wie Australien, gegen das Vorhaben Chans und der Sandline International waren und den Söldner – Deal kritisierten (vgl. Böge 1997: 16).

Das Engagement internationaler Organisationen wie etwa der Vereinten Nationen wurde vergleichsweise geringgehalten. Grund dafür war, dass die Regierung von PNG der Einmischung internationaler Organisationen skeptisch gegenüberstand, da man der Ansicht war, der Konflikt könne und müsse intern gelöst werden. Daher wurde eine Internationalisierung des Konflikts von Seiten der PNG zu verhindern versucht (vgl. Mückler 2012: 257f.). Eine ganz andere Meinung vertrat in dieser Sache jedoch Bougainville und die BRA. Denn diese pochte auf eine verstärkte Einbindung der Vereinten Nationen, um das Geschehen international zu überwachen und die Einhaltung des Waffenstillstandes zu sichern. Man einigte sich darauf, den Waffenstillstand durch ein internationales Überwachungsteam, welches aus Vertretern aus London sowie aus Mitgliedern diplomatischer Vertretungen in Port Moresby und Canberra zusammengesetzt war, überwachen zu lassen (vgl. Böge 1994: 21).

Nennenswert ist hier im Bereich der Fremdenbeteiligung auch das Engagement von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), allen voran Amnesty International. Diese waren auf Bougainville aktiv, seit Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Kampfhandlungen bekannt wurden und kaum externer Druck auf die Regierung PNGs ausgeübt wurde, um die Grausamkeiten auf Bougainville zu beenden. Die NGO erhielt Zugang auf die benachbarte Insel Buka, um von Dort aus ihre Beobachtungen und Aufzeichnungen zu führen und sich um die Anliegen der Bevölkerung zu kümmern. Die Reise auf Bougainville wurde ihnen jedoch von den papuanischen Autoritäten untersagt und auch der Aufenthalt auf Buka wurde von der PNGDF kritisiert (vgl. Amnesty International 1997: 3f.).

Es wird ersichtlich, dass in keinem dieser Fälle direkte Beteiligung an den Kampfhandlungen stattgefunden hat und auch nur im Fall von Australien militärische Hilfe in Form von Waffenlieferung gegeben war. Obwohl Papua – Neuguinea versucht hat, den Krieg ohne große öffentliche Beteiligung zu führen und den Grad der Internationalisierung gering zu halten, waren dennoch eine Reihe von Akteuren in den Konflikt eingebunden. Doch laut AKUF zählt

die Unterstützung in Form von Waffenlieferung, Beratung und ähnlichen Hilfestellungen nicht als Faktor für Fremdenbeteiligung. Der gesamte Konflikt wurde somit weitgehend von lokalen und regionalen Akteuren geführt und kontrolliert. Bei den involvierten internationalen Akteuren handelte es sich lediglich um Friedensvermittler, welche bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Krieges Unterstützung leisteten, was zwischen der Zentralregierung und der BRA allein nicht möglich gewesen wäre. Denn im Weg stünden weiterhin der Status der Panguna – Mine sowie die Frage nach der Unabhängigkeit Bougainvilles. Denn die selbst ausgerufene Unabhängigkeit der Republik Bougainville mit ihrer eigenen Regierung, dem BIG, ist auch bis heute weder von der Zentralregierung noch von den Nachbarstaaten anerkannt.

8.2. Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK)

Beim Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung handelt es sich um einen unabhängigen und interdisziplinären Verein, der an der Universität Heidelberg angesiedelt ist. Der Verein ging aus dem Forschungsprojekt *KOSIMO* (Konflikt – Simulations - Modell) am Institut für Politische Wissenschaft hervor. Die Arbeit des HIIK wurde 1991 aufgenommen und widmet sich seither „*der Förderung und Verbreitung des Wissens um Entstehung, Verlauf und Beilegung inner- und zwischenstaatlicher politischer Konflikte*“ (HIIK 2016). Seit 1992 erscheint jährlich ein *Konfliktbarometer*, welches von über 200 jungen KonfliktforscherInnen ausgearbeitet wird und das weltweite Kriegsgeschehen analysiert. Es stellt die zentrale Publikation des HIIK dar und veröffentlicht die jeweils aktuellsten Forschungsergebnisse.

Das HIIK basiert ausschließlich auf gemeinnütziger Arbeit und wird daher zur Gänze aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert. Die Forschung wird überwiegend quantitativ durchgeführt, schließt allerdings qualitative Ansätze nicht aus.

Bei der Analyse des HIIK stehen gewaltlose und gewaltsame Krisen, Kriege, Staatsstriche und Friedensverhandlungen im Mittelpunkt. Die Untersuchungen werden sowohl grafisch als auch in Form von Texten erläutert. Mit Hilfe des *Global Conflict Panoramas* werden allgemeine Entwicklungen und Trends beschrieben, hinzu kommen einzelne regionale Kapitel, welche einen genaueren Einblick in das Konfliktgeschehen in Nord- und Südamerika, Asien und Ozeanien, Europa, im subsaharischen Afrika sowie im Vorderen und Mittleren Orient und Maghreb ermöglichen (vgl. HIIK 2017).

8.2.1. Methodischer Ansatz

Seit 1991 analysiert die quantitative Konfliktforschung am HIIK politische Konflikte, indem sie sich vorwiegend auf Konfliktprozesse spezialisiert, anstatt sich bloß auf rein quantitative Messungen von Kriegsoptionen zu stützen. Dabei spielen vor allem die Analyse von konkreten Konfliktaktionen sowie die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien eine zentrale Rolle. Es liegt hier ein prozessorientierter Ansatz vor, welcher der Datenbank bei der Analyse politischer Konflikte eine detailliertere empirische Grundlage bietet. Vor allem die Intensität von Konflikten kann durch diese Vorgehensweise breiter untersucht werden.

Das HIIK untersucht drei wesentliche Kriterien für seine Kriegs- und Konfliktanalyse: das Konzept des politischen Konflikts mitsamt der beteiligten Konfliktparteien, der Konfliktmaßnahmen und der Konfliktgegenstände; die Konfliktintensität und die Konflikttypen. Im Folgenden werden diese Kriterien näherer Betrachtung unterzogen.

- Das Konzept des politischen Konflikts

Ein politischer Konflikt wird laut HIIK als eine wahrgenommene Unvereinbarkeit zwischen den Interessen von Individuen oder sozialen Gruppen definiert. Dabei müssen mindestens zwei *Akteure* direkt an den Konfliktaktionen beteiligt sein. Die im Rahmen eines politischen Konflikts ausgeführten Aktionen und Kommunikationen sind als die *Konfliktmaßnahmen* bekannt. Die Differenzen hinsichtlich ihrer Positionen bilden andererseits den *Konfliktgegenstand*. Bei diesem kann es sich um materielle oder immaterielle Güter handeln, die von Konfliktparteien über Konfliktmaßnahmen verfolgt werden.

Konfliktgegenstände werden in der Analyse des HIIK auf der Grundlage von zehn Punkten klassifiziert, welche gemeinsame Ziele von Konfliktparteien darstellen:

Konfliktgegenstand können *Systeme oder Ideologien* sein, wenn ein Konfliktpartei die Veränderung einer ideologischen, religiösen, gerichtlichen oder sozioökonomischen Orientierung des politischen Systems oder die Änderung eines Regimes anstrebt. Hinzu kommen die Klassifizierungen *nationale Macht*, nämlich die Macht, einen Staat zu regieren; *Autonomie*, welche sich auf die Erreichung oder Ausweitung politischer Selbstregierung einer Bevölkerung richtet, ohne eine Unabhängigkeit anzustreben; *Sezession*, welche sich im Gegensatz dazu um die Gründung eines neuen Staates oder die Verschmelzung in einen anderen Staat bemüht; *Dekolonisierung*, wobei auf die Unabhängigkeit eines abhängigen Territoriums

gezielt wird; *subnationale Vorherrschaft*, wobei eine Regierung, eine nicht – staatliche Organisation oder eine Bevölkerung versuchen, die Kontrolle über ein Territorium oder eine Bevölkerung zu erreichen; der Streit um *Ressourcen*, wenn der Besitz von natürlichen Ressourcen oder Rohstoffen und die damit verbundenen Gewinne verfolgt werden; *Territorien*, wenn etwa internationale Grenzverschiebungen betroffen sind; *internationale Macht*, welche als Konfliktgegenstand die Veränderung von Machtkonstellationen im internationalen oder regionalen System beschreibt, allen voran durch die Veränderung militärischer Fähigkeiten oder des politischen oder wirtschaftlichen Einflusses eines Staates; und als letzte Klassifizierung die Kategorie „*Sonstiges*“.

Diese drei Elemente, *Konfliktakteure*, *Konfliktgegenstand* und *Konfliktmaßnahmen* bilden folglich die konstitutiven Attribute eines politischen Konflikts.

- Das Konzept der Konfliktintensität

Neben den drei konstituierenden Elementen eines politischen Konflikts, ist der Faktor Konfliktintensität ein wesentliches Merkmal solcher Konflikte.

Abbildung 1: The concept of conflict intensity

intensity level	terminology	level of violence	intensity class
1	dispute	non-violent conflicts	low intensity
2	non-violent crisis		
3	violent crisis	violent conflicts	medium intensity
4	limited war		high intensity
5	war		

(Quelle: Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (2017, S.6))

Nach diesem Modell misst das Heidelberger Institut für Konfliktforschung die Konfliktintensität. Konfliktintensität ist dabei “*an attribute of the sum of conflict measures in a specific political conflict in a geographical area and a given space of time*” (HIIK 2017: 7). Die primären Einheiten der Analyse sind der Kalendermonat und die betroffene Region. Seit 2003 hat das HIIK seine Methodik der Kriegsanalyse geändert und verwendet seither ein *Fünf - Stufen – Modell* der Konfliktintensität:

- Intensitätslevel 1: Disput
- Intensitätslevel 2: gewaltfreie Krise
- Intensitätslevel 3: gewaltsame Krise
- Intensitätslevel 4: begrenzter Krieg
- Intensitätslevel 5: Krieg

Bei den ersten zwei Intensitätsstufen handelt es sich um gewaltfreie Konflikte geringer Intensität. Bei diesen kann jedoch mit Gewalt gedroht werden oder Gewalt in einer Form eingesetzt werden, ohne Personen physischen Schaden zuzufügen.

Konflikte der Intensitätsstufe 3 werden als gewaltsame Konflikte mittlerer Intensität eingestuft. Die letzten beiden Intensitätslevel messen gewaltsame Kriege hoher Intensität.

Bei der Messung der drei gewaltsamen Konfliktintensitätslevel werden des Weiteren die *Mittel* und *Konsequenzen* eines politischen Konflikts betrachtet.

Die Dimension der *Mittel* umfasst die Verwendung von Waffen und die Anzahl des eingesetzten Personals. Bei der Messung von Waffennutzung wird bestimmt, ob die Nutzung leichter oder schwerer Waffen vorliegt und in welchem Ausmaß, *restriktive* oder *umfangreiche* Nutzung, diese eingesetzt werden. Als leichte Waffen werden hier Handfeuerwaffen und Handgranaten verstanden, als schwere Waffen Artillerie und schwere Bomben.

Der Indikator „Personal“ misst hingegen die höchste Teilnehmerzahl in einer individuellen Konfliktmaßnahme, basierend auf niedriger (≤ 50), mittlerer ($> 50 \leq 400$) und hoher (> 400) Anzahl der Beteiligten. Dabei werden alle Personen gezählt, die einen Konfliktakteur im Rahmen eines gewalttätigen Gefechts darstellen.

Die Dimension der *Konsequenzen* schließt andererseits die Anzahl der Opfer, das Ausmaß der angerichteten Zerstörungen sowie die Anzahl der Flüchtlinge beziehungsweise Binnenvertriebenen mit ein.

Bei der Anzahl der Opfer werden lediglich jene Todesfälle erfasst, welche in Folge gewalttätiger Maßnahmen oder deren unmittelbarer Konsequenzen stattgefunden haben. Dabei bewegt sich die Skala zwischen ≤ 20 (geringe Opfer) und > 60 (hohe Anzahl von Opfern). Personen, die in Folge indirekter Konsequenzen, wie etwa aufgrund von Hungersnot oder Krankheit, sterben, werden hier nicht erfasst.

Die Anzahl der aus dem Konflikt resultierenden Zerstörungen wird an vier Dimensionen festgelegt, welche für die Zivilbevölkerung als wichtig erachtet werden: Infrastruktur, Unterkunft, Wirtschaft und Kultur. Ein Konfliktgebiet wird dabei als *“the sum of all subnational units affected by the violent conflict in question”* definiert (HIIK 2017: 8).

Bei der Anzahl der Flüchtlinge und internen Vertriebenen werden jene Menschen erfasst, welche in Folge von Konfliktmaßnahmen, wie etwa inhumane Lebensbedingungen, migrieren mussten. Die Schwelle beläuft sich hier zwischen ≤ 1000 (wenig Vertriebene) und > 20.000 (hohe Anzahl von Vertriebenen).

Neben diesen Messungen führt das HIIK weitere Präzisierungen in Hinblick auf die Gesamtzahl der Opfer und Geflüchteten in einem Jahr. So können gewaltsame Krisen und begrenzte Kriege um jeweils eine Intensitätsstufe erhöht werden, wenn die Anzahl der Kriegsoffer und Geflüchteten besonders hoch ist. Ebenso können begrenzte Kriege und als Krieg eingestufte Vorfälle um ein Intensitätslevel herabgestuft werden, wenn die Anzahl der Todesopfer und Geflüchteten vergleichsweise niedrig ist.

- Konflikttypen

Das Heidelberger Institut für Internationale Kriegsforschung unterscheidet zwischen zwischenstaatlichen (*interstate*), innerstaatlichen (*intrastate*) und substaatlichen (*substate*) Konflikten. Zwischenstaatliche Konflikte beinhalten nur international anerkannte staatliche Akteure, innerstaatliche Konflikte zeichnen sich jedoch durch das Ineinandergreifen sowohl staatlicher als auch nicht – staatlicher Akteure aus. Substaatliche Konflikte werden nur unter nicht - staatlichen Akteuren geführt (vgl. HIIK 2017: 8).

8.2.2. Anwendung der Kriegstypenforschung des HIIK am Fall Papua - Neuguinea

- Konfliktintensität

Laut dem HIIK wird der Konflikt zwischen der papuanischen Zentralregierung und der Rebellengruppe BRA der Intensitätsstufe 3 zugeordnet. Es handelt sich somit um eine *gewaltsame Krise* mittlerer Intensität, bei welcher ein Spannungszustand zwischen Konfliktparteien gegeben ist, „*der mit der öffentlichen Drohung verbunden ist, Gewalt einzusetzen oder in dem für kurze Zeit tatsächlich Gewalt eingesetzt wird*“ (HIIK 2000: 2).

Im Fall von Bougainville wurde eindeutig über einen bestimmten Zeitraum Gewalt angewandt. Zu einem ersten Höhepunkt der Gewalt kam es bereits im Mai 1988 als Drohungen der neuen PLA bekannt wurden, die Mine zu schließen und erste Boykottaktionen unter der Führung des Sprechers der neuen PLA, Francis Ona, stattfanden. Zu den Gewaltaktionen gehörten vor allem gesprengte Masten, gelegte Brände sowie Polizeigewalt von Seiten der Zentralregierung.

Ab Jänner 1989 gründete sich schließlich die Bougainville Revolutionary Army und die Gewaltausübungen auf Bougainville nahmen von nun an ihre Regelmäßigkeit an (vgl. Mückler 2012: 232f.). Diese Kampfhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien dauerten bis zum Ende des Krieges 1998 an und wurden bloß durch kurze Waffenstillstände für die Dauer weniger Monate beigelegt.

Die hier erläuterte Konfliktintensität ergibt sich nach einer Analyse des Heidelberger Instituts aus den fünf Indikatoren Waffen, Personal, Opfer, Vertriebene und Zerstörungen, welche ich im Folgenden analysieren werden.

In den Kampfhandlungen zwischen der PNGDF und der BRA kamen hauptsächlich leichte *Waffen* zum Einsatz. Vor allem die Soldaten der BRA hatten zu Anfang im Gegensatz zu den Streitkräften der Zentralregierung bloß leichte Geschosse wie selbstgemachte Schrotflinten, Pfeil und Bogen und Handgranaten zur Verfügung. Erst einige Jahre später konnten sich die Kämpfer der BRA auch moderne Schusswaffen aneignen.

Die PNGDF hatte jedoch von Anfang an moderne Schusswaffen zur Verfügung, welche zu einem Großteil von Australien geliefert wurden.

Beim Indikator *Personal* wird die höchste Teilnehmerzahl in einer Kampfhandlung gemessen. Im Fall von Bougainville liegt eine hohe Anzahl des beteiligten Personals vor.

Von einer hohen Anzahl ist laut Methodik des HIIK dann die Rede, wenn die Anzahl der Teilnehmer in einem Kriegsgeschehen bei höher als 400 Teilnehmer liegt.

Im Fall von Bougainville wird diese Zahl deutlich überstiegen. Auf Seiten der Bougainville Revolutionary Army kämpften rund 1500 Soldaten, auf Seiten der PNGDF waren es hingegen 2500 militärisch ausgebildete Kämpfer, welche zusätzlich von tausenden Soldaten der Resistance Forces unterstützt wurden.

Der dritte hier herangezogene Indikator ist die Anzahl der *Opfer*.

Im Fall von Bougainville liegt eine hohe Anzahl der Opfer vor, da die Vorgabe von > 60 mit rund 20. 000 Kriegsoptionen weit überschritten wird. Dabei handelte es sich jedoch nur im geringem Ausmaß um tatsächliche Kombattanten, welche im direkten Kampfgefecht gefallen waren. Bei der Mehrheit der Opfer handelte es sich überwiegend um ZivilistInnen, allen voran Frauen und Kinder, welche willkürlich der Gewalt der Streitkräfte ausgesetzt waren. Eine große Anzahl an InselbewohnerInnen starb außerdem an indirekten Kriegsfolgen, insbesondere aufgrund der von der Zentralregierung Papua – Neuguineas verhängten Seeblockade über Bougainville, welcher tausende Menschen aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung und folgenden Krankheiten zum Opfer fielen (vgl. Böge 2008: 2). Die von diesen Folgen betroffenen Opfer werden jedoch nach der Methodik des Heidelberger Instituts nicht erfasst, da es sich hier um indirekte und nicht direkte Kriegstote handelt.

Auch die Anzahl der *Vertriebenen* ist im Fall der Geschehnisse auf Bougainville hoch. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Bougainvilles, welche sich auf 200.000 InselbewohnerInnen belief, musste im Verlauf des Krieges ihren Wohnort verlassen. Rund 67.000 InselbewohnerInnen aus unmittelbar betroffenen Kriegsgebieten mussten in Auffanglager flüchten, welche von den Regierungstruppen bewacht wurden. Bei den hier untergebrachten Geflüchteten handelte es sich vor allem um Frauen und Kinder, welche sich nicht mehr verstecken und in die Normalität zurückkehren wollten. Doch auch in diesen „care centres“ waren Vergewaltigungen, Misshandlungen und Folterungen gegen die hier lebenden Frauen durch Soldaten der PNGDF und der Resistance Forces sowie durch die BRA, welche diese Zentren im Zuge ihrer Kampfhandlungen attackierte, keine Seltenheit (vgl. United Nations Economic and Social Council 1996). Weitere tausend Menschen flüchteten stattdessen in den Dschungel oder zogen auf die benachbarten Salomonen – Inseln, auf welchen sie aufgrund der

kulturellen und sprachlichen Ähnlichkeiten und guten nachbarschaftlichen Beziehungen willkommen wurden (vgl. Böge 2001: 7).

Der letzte Indikator, welcher die Konflikintensität bestimmt, ist das Ausmaß der *Zerstörungen*. Im Fall von Bougainville liegt ein hohes Ausmaß an Zerstörungen vor, da alle vier Dimensionen, *Infrastruktur*, *Unterkunft*, *Wirtschaft* sowie *Kultur* von den Schäden betroffen sind. Dabei werden allerdings nicht die zahlreichen ökologischen Zerstörungen erfasst, welche aufgrund der Auswirkungen der Panguna - Mine verursacht wurden, sondern lediglich jene, welche in Folge Kriegshandlungen auf Bougainville entstanden sind.

Vor Ausbruch des Krieges, war Bougainville die am besten entwickelte Provinz Papua – Neuguineas. Die Bevölkerung lebte vom Anbau und dem Verkauf von cash crops, allen voran Kokosnüsse/Kopra und Kakao – Plantagen verschafften ein hohes Geldeinkommen. Die Kombination von Subsistenzwirtschaft und cash crop – Produktion ermöglichte der Insel eine solide wirtschaftliche Basis, sodass ausreichende Ernährung und materielle Güter vorhanden waren. Auch das Schulwesen auf Bougainville war gut ausgebaut.

Im Laufe des Krieges brach jedoch die Infrastruktur, die öffentliche Verwaltung und vor allem das Erziehungs- und Gesundheitswesen auf der Insel völlig zusammen. Die Kleinbauern, welche Kokospalmen und Kakaopflanzen angebaut hatten, konnten ihre Güter nicht mehr exportieren, sodass es hier zu massiven Einschnitten bei den Einnahmen kam. Einige Plantagen verfielen, da viele nicht – bougainvilleanische Plantagenbesitzer und Arbeiter nach Ausbruch der Eskalation von der Insel flohen. Schulen mussten geschlossen werden oder wurden durch die Angriffe zerstört, sodass die Schulbildung der Kinder auf Bougainville darunter litt. Zusätzlich wurden in den Städten und größeren Ortschaften ein Großteil der Gebäude zerstört, darunter auch Unterkünfte der BewohnerInnen und Krankenhäuser. Hinzu kamen Zerstörungen der Straßen, Brücken, Hafenanlagen und Landepisten. Einige Dörfer wurden sogar zur Gänze vernichtet. Insbesondere die von Papua – Neuguinea verhängte Seeblockade über Bougainville schwächte die Infrastruktur und Wirtschaft Bougainvilles und verhinderte medizinische Versorgung. Im Zuge dieser Blockade brachen das Post- und Bankwesen zusammen, sodass alle öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere Banken und nationale Regierungsstellen, eingestellt wurden (vgl. Böge 2001: 7f.; 16).

Ab 1997 wird das Konflikintensitätslevel des Konflikts vom Heidelberger Institut um ein Level herabgestuft und als *meist gewaltlose Krise* der Stufe 2 definiert. Das bedeutet, dass in den letzten beiden Jahren des Konflikts 1997 und 1998 die Gewalthandlungen auf Bougainville

zunehmend abgenommen haben und die Phase der Friedensverhandlungen begonnen hatte (vgl. HIIK 1997: 7).

- Konflikttyp

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung stuft den Konflikt auf Bougainville als einen *intrastate war*, einen innerstaatlichen Krieg, ein (vgl. Konfliktbarometer 2015). Das bedeutet, dass der Konflikt ohne direkte externe Beteiligung stattgefunden hat und sowohl staatliche als auch nicht – staatliche Akteure einschließt. Diese Kriterien werden im Fall des Konflikts zwischen Papua – Neuguinea und der Sezessionsbewegung auf Bougainville erfüllt, zumal es sich auf der einen Seite um die Zentralregierung und das staatliche Militär handelt und auf der anderen Seite um eine nicht – staatliche Rebellengruppe, die BRA.

- Konfliktgegenstand

Im Fall von Papua - Neuguinea liegen mehrere Konfliktgegenstände vor.

Einer der vorliegenden Konfliktgegenstände ist die *Sezession*, welche das Heidelberger Institut wie folgt definiert: „*secession refers to the aspired separation of a part of a territory of a state aiming to establish a new state or to merge with another state*” (HIIK 2017: 6).

Im Fall von Bougainville trifft dies zu. Bereits 1962 gab es die erste Forderung nach Unabhängigkeit von Papua – Neuguinea, wobei Repräsentanten Bougainvilles sich mit einer Petition an die Vereinten Nationen wandten und die Übertragung ihrer Administration auf die USA forderten. Diese Forderung blieb jedoch auch damals erfolglos.

1975 kamen erneut Sezessionswünsche auf, nachdem Schäden durch die Panguna – Kupfermine auf der Insel bereits angerichtet wurden und Unzufriedenheit bezüglich der Minenarbeiten aufkam. 15 Tage bevor Papua – Neuguinea selbst von Australien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, rief Bougainville seine Unabhängigkeit als „Republik der Nord – Salomonen“ aus. Man wollte damit die Anerkennung als eigener, unabhängiger Staat erzielen und gleichzeitig das Zugehörigkeitsgefühl zu den nördlichen Salomonen – Inseln zum Ausdruck bringen. Doch auch in diesem Fall wurden diese Bestrebungen nicht wahrgenommen und Bougainville blieb weiterhin an den Zentralstaat gebunden und bekam lediglich individuelle Autonomierechte zugesprochen (vgl. Parliament of Australia 1999: 15).

Mit der Eskalation der Krise rund um die Kupfermine ab 1989 kamen erneut Forderungen nach Unabhängigkeit, diesmal von Seiten der BRA und ihren Führungskräften Francis Ona, Joseph Kabui und Sam Kauona, auf. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die Kriegsführung der PNGDF, welche besonders brutal gegen die Bevölkerung Bougainvilles vorging sowie weiterhin das Beharren auf der kulturellen und sprachlichen Abweichung von der Bevölkerung Papua – Neuguineas. 1990 wurde in Folge dessen daher das Bougainville Interim Government (BIG) ausgerufen, welches allerdings vom Zentralstaat sowie von den Nachbarländern als ungünstig gewertet wurde.

Sezessionsforderungen sind auf der Insel weiterhin intakt, doch der Status des Verbleibs bleibt weiterhin aus.

Ein weiterer Konfliktgegenstand sind *Ressourcen*. Hierbei handelt es sich um eine der wesentlichen Konfliktgegenstände, welche zur Eskalation des Konflikts 1989 geführt haben. Denn die Ausbeutung von Ressourcen von Seiten Papua – Neuguineas sowie die Zerstörung von Land durch die Inbetriebnahme der Panguna – Mine, fügten der traditionellen Lebensweise auf der Insel enormen Schaden zu. Bougainville war besonders reich an Bodenschätzen, vor allem die Entdeckung des Kupfervorkommens in den 1960er Jahren machte Papua – Neuguinea zu einem der kupferreichsten Länder der Welt. Dies wurde von Seiten der Zentralregierung bald als Gewinnquelle angesehen und mit Hilfe des Bergbauunternehmens Bougainville Copper Limited wurde eine der größten Tagebau – Kupferminen der Welt erbaut, welche für die Regierung massive wirtschaftliche Bedeutung hatte (vgl. Böge 1994: 2). Doch von den Gewinnen, welche die Mine erbrachte, wurden bloß 1.4 Prozent an die Landbesitzer verteilt, rund 60 Prozent gingen stattdessen an die Zentralregierung. Wenn man dabei bedenkt, dass dieses Kupfervorkommen auf bougainvilleanischen Boden entdeckt wurde und viele Landbesitzer zur Umsiedlung zwang, gefolgt von weiteren Landbesitzern, welche in Folge der durch die Mine verursachten Zerstörungen ihren Besitz verloren, handelt es sich bei 1.4 Prozent um eine sehr geringe Zahl. Das Bergbauprojekt war daher auf exzessiver Ressourcenausbeutung ausgerichtet und vorwiegend exportorientiert (vgl. Mückler 2012: 227f.). Nicht nur, dass von Seiten Papua – Neuguineas Ressourcen ausgebeutet wurden, zusätzlich zerstörten die Auswirkungen der Panguna – Mine einen großen Anteil weiterer auf der Insel vorhandener Ressourcen, wie Plantagen, Wasser, den tropischen Regenwald und den Fischfang.

Als dritter Konfliktgegenstand wird hier die Kategorie „*Sonstige*“ genannt. Diese wird jedoch nicht genauer erläutert.

8.3. Correlates of War Project (CoW)

Das Correlates of War Project wurde 1963 von dem Politikwissenschaftler J. David Singer an der University of Michigan gegründet. Das Projekt zielt auf die Erleichterung der Sammlung, Verbreitung und der Nutzung von genauen und zuverlässigen quantitativen Daten in den internationalen Beziehungen. Mit Hilfe quantitativer Forschung erfasst das CoW das weltweite Kriegsgeschehen seit 1816.

Zu den Grundprinzipien gehören hier die Verpflichtung gegenüber den wissenschaftlichen Prinzipien der Replikation, Datenzuverlässigkeit, Dokumentation, Überprüfung und Transparenz der Datenerhebungsverfahren.

Zusammen mit dem Historiker Melvin Small veröffentlichte Singer 1972 das Werk „*The Wages of War*“, in welchem ihr Schwerpunkt auf der Definition von *Krieg* lag. Hier geht es nicht nur darum, die zeitliche und räumliche Variation von Krieg zu messen, sondern vielmehr auch darum, Faktoren zu identifizieren, die diese Variationen systematisch erklären. Ihr primäres Interesse lag daher auf der Entwicklung einer Kriegstypologie, welche die verschiedenen Arten von Krieg differenziert. Zunächst wurden in diesem Handbuch die zwei Typen internationaler Kriege, *inter-state* und *extra-systemic*, beschrieben. 1982 erweiterten Small und Singer diese Daten und erfassten in ihrem Werk „*Resort to Arms*“ neben internationalen Kriegen nun auch Bürgerkriege (vgl. COW o.J.: 1ff.).

8.3.1. Kriegsdefinition des CoW

Kennzeichnend für die quantitative Kriegsursachenforschung des CoW ist, dass es eine gewisse Anzahl von Toten geben muss, um von Krieg sprechen zu können:

“We must define war in terms of violence. Not only is war impossible without violence (except of course in the metaphorical sense), but we consider the taking of human life the primary and dominant characteristic of war.” (Small; Singer 1982: 205f.)

Das bedeutet, dass im Falle des CoW neben der Anwendung von Gewalt, die Anzahl der kampfbedingten Todesopfer der Soldaten sowie der Status der Kriegsteilnehmer kennzeichnend für die Kriegstypologisierung sind. Als Schwelle wurden hier mindestens 1,000 Kampftote festgelegt, um einen Krieg von anderen Arten von Konflikten zu unterscheiden. Was das zweite Kriterium, den Status der Kriegsteilnehmer, betrifft, müssen auf beiden Seiten Streitkräfte vorhanden sein, die in der Lage sind, einen Kampf zu führen und effektiven Widerstand zu leisten.

Demnach lautet die Kriegsdefinition des CoW:

Krieg ist ein “*sustained combat, involving organized armed forces, resulting in a minimum of 1,000 battle – related fatalities*” (COW o.J.: 1).

Diese Definition wurde jedoch einige Jahre später genauer spezialisiert und auf 1,000 Kampftote innerhalb einer Periode von zwölf Monaten festgelegt (vgl. COW o.J.: 1).

Im Ranking der quantitativen Analyse des CoW, werden Kriege nach den drei Faktoren Ausmaß, Schweregrad und Intensität eingestuft.

8.3.2. Kriegstypologie des CoW

Bei der Kriegstypologie des CoW wird zwischen der traditionellen und der erweiterten Typologie unterschieden.

Die traditionelle Typologie erfasst einerseits internationale Kriege, unter welche zwischenstaatliche und extra – systemische Kriege fallen und andererseits Bürgerkriege, welche innerhalb eines Staatsgebiets stattfinden.

Die erweiterte Typologie kennzeichnet die aktuelle Kriegstypologie des CoW und unterscheidet vier verschiedene Kategorien von Kriegen:

- Inter – state wars

Zwischenstaatliche Kriege werden laut dem CoW als Kriege definiert, in welchen ein territorialer Staat, der als Mitglied des zwischenstaatlichen Systems qualifiziert ist, in einem Krieg mit einem anderen Systemmitglied engagiert ist. Dabei muss es sich um einen andauernden Kampf mit regelmäßigen Streitkräften auf beiden Seiten handeln, welcher mindestens 1000 kampfbedingte Todesopfer mit sich bringt. Bei den partizipierenden Kriegsteilnehmern muss entweder ein Minimum von 100 Todesopfern oder ein Minimum von 1000 bewaffneten Soldaten gegeben sein (vgl. Small; Singer 1982: 55f.).

- Extra – state wars

Außerstaatliche Kriege sind Kriege, in denen ein staatliches Systemmitglied außerhalb seiner staatlichen Grenzen eine politische Einheit bekämpft, welche nicht Mitglied des zwischenstaatlichen Systems ist. Es werden zwei Typen von außerstaatlichen Kriegen unterschieden: koloniale und imperiale. Ein *kolonialer* außerstaatlicher Krieg liegt vor, wenn

es sich bei dem Gegner um eine Kolonie, eine Abhängigkeit oder ein Protektorat aus ethnisch verschiedenen Menschen handelt, welche sich in geographischer Distanz von dem gegebenen Systemmitglied befinden. Solche „Kolonialkriege“ treten etwa dann auf, wenn eine Kolonie rebelliert und versucht, unabhängig zu werden. Beispiele hierfür sind etwa der Griechische Krieg der Unabhängigkeit zwischen 1821 und 1828 oder der Französisch – Indochinesische Krieg zwischen 1945 und 1954 (vgl. Small; Singer 1982: 52). Koloniale Kriege werden vom CoW als Kriegstyp 2 eingestuft.

Ein *imperial* Krieg liegt hingegen dann vor, wenn ein Systemmitglied einen Gegner bekämpft, bei dem es sich um eine unabhängige politische Einheit handelt, welche sich aufgrund von ernsthaften Beschränkungen ihrer Unabhängigkeit, unzureichender Bevölkerung, um die Mitgliedschaftskriterien des zwischenstaatlichen Systems zu erfüllen oder wegen des Versagens anderer Staaten, sie als legitime Systemmitglieder anzuerkennen, nicht für die Systemmitgliedschaft qualifiziert hat. Ein Beispiel dafür wäre der Anglo – Zulu Krieg 1879 (vgl.ebd.). Sie werden vom CoW als Kriegstyp 3 eingestuft.

Auch hier gelten dieselben Anforderungen der Kriegstypologie des CoW, nämlich das Vorhandensein eines anhaltenden Kampfes mit organisierten Streitkräften auf beiden Seiten und einem Minimum von 1000 Kampftoten innerhalb von zwölf Monaten.

- Intra – state wars

Hierbei handelt es sich um Kriege, welche vorwiegend innerhalb des Territoriums eines Staates stattfinden. Seit der erweiterten Kriegstypologie des CoW werden innerstaatliche Kriege in drei Kategorien unterteilt, welche auf dem Status der Kombattanten basieren.

Die erste Kategorie betrifft *Bürgerkriege*. Diese bildeten in der traditionellen Kriegstypologie des CoW einen eigenen Kriegstyp neben den internationalen Kriegen, werden in der erneuerten Typologie jedoch in die Kategorie der innerstaatlichen Kriege gegliedert.

Bürgerkriege liegen vor, wenn sich auf der einen Seite die Regierung eines Staates und andererseits ein nicht – staatlicher Akteur bekämpfen. Sie weisen Merkmale auf, welche laut Small und Singer außerstaatlichen Kriegen zwischen einer Metropole und einer Peripherie ähneln, vor allem wenn es Gebiete innerhalb eines Staates gibt, welche sich nicht in die Zentralregierung integriert haben oder von der Hauptstadt des Staates abweichen (vgl. COW o.J.: 2). Drei Kriterien werden von Small und Singer definiert, um einen Bürgerkrieg von

anderen Arten von internen, gewaltsamen Konflikten zu unterscheiden: Internalität, die Art der Kriegsteilnehmer und das Ausmaß des effektiven Widerstands (vgl. Small; Singer 1982: 210). Internalität bezieht sich darauf, dass militärische Handlungen bloß zwischen Akteuren innerhalb der staatlichen Grenzen stattfinden.

Bei den Kriegsteilnehmern muss es sich bei einer der beiden Kriegsparteien um eine nationale Regierung an der Macht handeln, welche sich zusammen mit nationalen Streitkräften, der Polizei sowie mit BürgerInnen, welche sich auf die Seite der Zentralregierung stellen, in den Konflikt begibt.

Das dritte Kriterium ist darauf ausgelegt, Bürgerkriege von Massakern, Pogromen und ähnlichen von der Regierung ausgeübten Schlachten zu unterscheiden. Es handelt sich dann um einen Bürgerkrieg, wenn beide Kriegsparteien sich zum Zwecke der kollektiven Gewaltanwendung organisiert haben und die Möglichkeit besitzen, Widerstand gegen die Angriffe des anderen zu leisten oder wenn die zahlenmäßig unterlegene Kriegspartei im Laufe des Kampfgeschehens in der Lage ist, dem stärkeren Gegner mindestens fünf Prozent der eigenen Verluste zuzufügen (vgl. ebd.: 210-215).

Bürgerkriege schließen außerstaatliche Akteure ausdrücklich aus und werden daher nur intern zwischen der Regierung eines Staates und einem nicht – staatlichen Akteur innerhalb dieses Staates geführt. Allerdings kann es im Laufe des Krieges zu einer Transformation des Kriegstyps kommen, sodass etwa auch andere Staaten involviert werden. In diesem Fall werden Kriege als „internationalisiert“ eingestuft, jedoch bloß solange, solange die externen Akteure nicht den Großteil der Kampfhandlungen von einer der beiden innerstaatlichen Akteure übernehmen. Sollte dies allerdings doch der Fall sein, dann handelt es sich nicht länger um einen innerstaatlichen Konflikt.

Bürgerkriege werden des Weiteren in zwei weitere Kategorien unterteilt, nämlich Bürgerkriege, in welchen für die Erlangung der Kontrolle über die Zentralregierung gekämpft wird und jene, in welchen wegen lokalen Problemen gekämpft wird. Erstere Kategorie bildet in der Kriegsforschung des CoW den Kriegstyp 4, letztere den Kriegstyp 5.

Die zweite Subkategorie neben dem Bürgerkrieg bilden die sogenannten *regionalen internen Kriege*, welche den Kriegstyp 6 darstellen. Hier muss es sich bei einer der Konfliktparteien um eine lokale oder regionale Regierung handeln, welche nicht die nationale Regierung miteinschließt.

Die dritte Subkategorie bilden die *interkommunalen Kriege*, welche als Kriegstyp 7 eingestuft werden. Diese beinhalten den Kampf zwischen zwei oder mehreren nicht – staatlichen Akteuren innerhalb eines Staatsgebietes, ohne die Beteiligung einer Regierung.

Die letzten zwei Subkategorien wurden zwar von Small und Singer als Elemente innerstaatlicher Kriege definiert, wurden jedoch bislang nie in ihre Datenbanken zur Kriegstypenforschung aufgenommen (vgl. COW o.J.: 5-8).

Auch bei innerstaatlichen Kriegen gelten dieselben zwei Kriterien, die einen Krieg im Sinne des CoW - Projects charakterisieren. Selbst im Falle eines Bürgerkrieges wird die Anzahl der im Krieg gefallenen ZivilistInnen nicht miteinkalkuliert. Es werden lediglich die im Kampfgefecht oder dessen direkten Folgen gefallenen Soldaten in einem Jahr erfasst.

- Non – State Wars

Darunter versteht das CoW Kriege, welche zwischen oder unter nicht – staatlichen Akteuren geführt werden. Darunter fallen etwa Regierungen anderer Arten von geopolitischen Einheiten, wie etwa Abhängigkeiten oder nicht - staatliche autonome Einheiten, die nicht den Kriterien der Systemmitgliedschaft entsprechen. Sie können aber auch *non – territorial entities (NTEs)* oder nicht – staatliche bewaffnete Gruppen (NSAs) umfassen, welche keine definierte territoriale Basis besitzen.

Hier werden zwei Kategorien von nicht – staatlichen Kriegen unterschieden:

Einerseits nicht – staatliche Kriege in nicht – staatlichen Territorien, in welchen der Kampf in einem Gebiet stattfindet, welches nicht Teil des Territoriums eines Mitglieds des zwischenstaatlichen Systems ist (Kriegstyp 8). Solche Territorien können eine Abhängigkeit, eine nicht – staatliche autonome Einheit oder ein theoretisch unbewohntes Gebiet sein.

Andererseits nicht – staatliche Kriege, welche über Staatsgrenzen hinweg geführt werden und dabei nicht die staatlichen oder regionalen Regierungen in den Konflikt miteinbeziehen. Sie bilden Kriegstyp 9 (vgl. Sarkees; Wayman 2010.: 1).

In der Datenbank des CoW werden diese Kriege auch in der Kategorie der *intra – state wars* als *regionale interne Kriege* und als *interkommunale Kriege* angegeben.

8.3.3. Kriegstypenforschung des CoW Projects am Fall Papua - Neuguinea

- Untersuchung der Kriegskriterien

Das Correlates of War Project stuft den Sezessionskrieg zwischen der papuanischen Zentralregierung und der Rebellengruppe BRA als *intra – state war* ein. Das bedeutet, dass es

sich um einen innerstaatlichen Krieg handelt, welcher ohne externe Beteiligung stattgefunden hat.

Um laut der Kriterien des CoW - Projects als Krieg eingestuft werden zu können, muss eine Anzahl von mindestens 1,000 im aktiven Krieg gefallenen Kombattanten vorliegen.

Im Krieg zwischen der Zentralregierung Papua – Neuguineas und der Bougainville Revolutionary Army wird dieses Kriterium erfüllt.

Genaue Zahlen zu den Kampftoten liegen zwar nicht vor, allerdings sind Schätzungen zu Folge auf Seiten der BRA zwischen 1,000 und 2,000 Soldaten im Kampfgefecht oder aufgrund direkter Kriegsfolgen gestorben und auf Seiten der Papua New Guinea Defence Force beläuft sich die Anzahl der Kriegstoten auf über 300 Soldaten (vgl. Regan 2013: 123).

Im Vergleich zu den über 10,000 ZivilistInnen, welche dem Krieg zum Opfer fielen, handelt es sich bei der Zahl der im Kampf gefallenen Soldaten um eine vergleichsweise geringe.

Das zweite Kriterium, nämlich das Vorhandensein von mindestens zwei organisierten, bewaffneten Streitkräften, welche in der Lage sind, effektiven Widerstand zu leisten, wird ebenfalls erfüllt.

Sowohl bei der PNGDF als auch bei der Guerillagruppe BRA handelte es sich um zwei Streitkräfte, welche gut organisiert und ausgebildet waren. Bei den Streitkräften der Zentralregierung handelte es sich zwar um die stärkere der beiden Kriegsparteien, da sie militärisch besser trainiert und mit einem moderneren Waffenarsenal ausgerüstet waren, allerdings stellte die BRA unter Francis Ona einen durchaus annehmbaren Gegner dar. Mit ihrer Guerillakriegsführung konnten sie durchaus nennenswerte Erfolge gegen die Angriffe der PNGDF erzielen und effektiven Widerstand leisten. Dieser aktive Widerstand gegen die Zentralregierung und der erfolgreiche Kampf gegen die PNGDF und die Resistance Forces waren es auch, welche eine fast zehn Jahre lange Kriegsführung ermöglichten.

- Untersuchung des Konflikttyps

Nach weiterer Klassifizierung des CoW handelt es sich bei dem innerstaatlichen Krieg zwischen der Zentralregierung und der BRA um *Kriegstyp 5*, nämlich einen Bürgerkrieg, in dem über lokale Probleme gekämpft wird.

Der Bürgerkrieg bildet eine der drei Subkategorien innerstaatlicher Kriege und liegt dann vor, wenn es sich bei einer der beiden Kriegsparteien um die Regierung eines Staates und bei der

anderen um einen nicht – staatlichen Akteur handelt. Außerstaatliche Akteure werden ausdrücklich ausgeschlossen.

Auch das CoW – Project betrachtet die Eingriffe Australiens, Neuseelands, der benachbarten Salomonen - Inseln sowie des britischen Söldnerunternehmens Sandline International nicht als direkte Eingriffe in das Kriegsgeschehen und stuft den Krieg auf Bougainville daher als internen Krieg ein. Externe Beteiligung in Form von Vermittlung, Belieferung von Waffen und Beratung sind somit keine Faktoren für Fremdenbeteiligung.

Das lokale Problem, über welches zwischen der Zentralregierung und den Rebellen gekämpft wurde, waren vor allem die Auswirkungen der Panguna – Kupfermine auf die Bevölkerung und die Umwelt Bougainvilles. Diese umfassten vor allem die Zerstörung der Wälder, individuellen Landverlust, die Verschmutzung des Wassers oder die zunehmende Arbeitsmigration von Arbeitern aus PNG auf die Insel und die damit verbundenen sozialen Probleme auf Bougainville. All diese Probleme können als Auslöser für den Krieg betrachtet werden, bilden allerdings nicht die alleinige Hauptursache für dessen gewaltsame Fortsetzung. Denn zunächst handelte es sich um einen lokal begrenzten Konflikt, welcher vornehmlich die Gegend rund um die Tagbaumine betraf. Im Vordergrund standen die Unzufriedenheit der betroffenen Bauern über ihren Landverlust sowie die Umsiedlung der in unmittelbarer Nähe der Mine lebenden Menschen ohne entsprechende Entschädigung von Seiten der Minenbetreiber. Doch je verheerender die Schäden durch die Kupfermine wurden und je länger die Minenbetreiber auf Lösungen und angemessene Entschädigungen warten ließen, desto problematischer wurde die Angelegenheit. Vor allem mit dem Auftreten Francis Onas und seiner Gründung der New Panguna Landowners' Association wurde aus dem lokal begrenzten Konflikt rund um das Minengebiet eine Angelegenheit der ganzen Bevölkerung.

Hinzu kam die brutale Vorgehensweise der Soldaten der PNGDF gegen die Zivilbevölkerung Bougainvilles im Laufe des Krieges, welche Sezessionsforderungen erneut aufkommen ließ. Somit waren nicht mehr bloß die ökologischen Auswirkungen in Folge des Minenbetriebs Schuld an der Eskalation des Krieges, sondern auch die Nichtanerkennung der Unabhängigkeit Bougainvilles.

- Untersuchung der Kriegsdauer

Das Correlates of War Project begrenzt die Kriegsdauer des behandelten Krieges von 1989 bis 1992. Somit wird der Bürgerkrieg auf Bougainville nur bis in das Jahr 1992 als Krieg eingestuft, die Jahre danach bis zu dem offiziellen Abzug der Streitkräfte der PNGDF 1998 und dem

Einsatz der Peace Monitoring Group zur Sicherstellung des Friedens auf der Insel werden laut Kriegsdefinition des CoW nicht mehr als Krieg definiert.

Das kann an den Kriterien der Kriegsdefinition der Datenbank, welche ein Minimum von 1,000 Kampftoten innerhalb eines Jahres vorgibt, um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien als Krieg definieren zu können, liegen. Demzufolge hat der Konflikt zwischen der Regierung und der BRA zwischen 1989 und 1992 die Kriterien für einen Krieg laut des CoW – Project erfüllt, ab 1992 jedoch nicht mehr die vorgegebene Anzahl an Kriegstoten pro Jahr erreicht, um weiterhin als Krieg eingestuft zu werden. Die Kämpfe haben jedoch auch nach 1992 weiterhin auf der Insel stattgefunden, allerdings wohl nicht mehr eine solch hohe Anzahl an Schlachtopfern mit sich gebracht.

Vor allem die Jahre 1990 bis 1992 waren stark von Gewalt geprägt. Die PNGDF übernahm in diesen Jahren die Kontrolle über die Insel Buka sowie über große Teile des Nordens und des Südwestens der Hauptinsel. Hinzu kam der Zusammenschluss der BRA – Gegner zu den Resistance Forces, welche auf brutale Weise gegen die Zivilbevölkerung sowie gegen die Soldaten der BRA vorgingen. Mitte 1992 fanden Parlamentswahlen statt und es wurde eine neue Regierung unter Premierminister Wingti gewählt, der die militärischen Aktionen auf der Insel verstärkte, um die Mine aus der Kontrolle der BRA zu befreien und zurückzuerobern. Außerdem sollten immer mehr Gebiete Bougainvilles unter staatliche Kontrolle gelangen. Diese Verstärkung der Gewalt mündete auf beiden Seiten in erheblichen Todesopfern, sodass allein im Jahr 1992 erhebliche Verluste verzeichnet wurden (vgl. Regan 1998: 278ff.)

Die in diesen Jahren erheblich angewandte Gewalt und die hohe Anzahl der Todesopfer, welche daraus resultierte, führte ab 1993 zu einer Reihe von erneuten Verhandlungen und Konfliktlösungsprozessen. Es wurden vermehrt Gespräche über einen möglichen Frieden geführt und 1994 ein Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien vereinbart. Dieser galt informell zwar bis in das Jahr 1997, wurde jedoch weder von Seiten der BRA noch von der PNGDF oder den Resistance Forces eingehalten. Somit hat in den Jahren nach 1992 die Intensität der Kriegsführung abgenommen und nur noch vereinzelt stattgefunden.

Dies würde die Begrenzung der Kriegsdauer bis 1992 erklären, da ab diesem Zeitpunkt vermehrt Friedensverhandlungen stattgefunden hatten und die Kampfhandlungen für einige Zeit im Rahmen von mehreren Waffenstillständen beendet wurden.

8.4. UPPSALA Conflict Data Program (UCDP)

Die Abteilung für Frieden und Konfliktforschung wurde 1971 gegründet und gehört zu einer der dreizehn Abteilungen an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Uppsala in Schweden. Primäres Ziel der Forschung Uppsalas ist es, die Ursachen und die Dynamiken von Frieden und Konflikt zu verstehen. Die durchgeführte Forschung ist vorwiegend theoriebezogene, empirische Recherche mit einigen politikorientierten Projekten. Dabei werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet.

Die Abteilung beherbergt auch das *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP), welches freie und weltweit zugängliche Daten zu bewaffneten Konflikten anbietet, welche weltweit für Friedens- und Kriegsforschung weiterverwendet werden. Das Programm sammelt Informationen zu bewaffneten Konflikten seit 1946 und macht sie in Form seines Jahresberichts „*States in Armed Conflict*“ öffentlich zugänglich. Seit 2004 sind die Daten auch in Form einer online Datenbank verfügbar.

Zunächst sammelte das Programm bloß Daten über bewaffnete Konflikte, erweiterte die Datenerhebung allerdings und erfasst nun auch sogenannte *nicht - staatliche* Konflikte, bei welchen keine der beiden Konfliktparteien ein Staat ist sowie Konflikte, in welchen *einseitige Gewalt* angewandt wird. Letztere umfassen etwa Kämpfe, in denen eine organisierte Gruppe unbewaffnete ZivilistInnen angreift.

Die Forschung des UCDP fällt in drei thematische Bereiche, welche sich zum Teil überlappen:

1) Ursachen und Dynamiken des Konflikts; 2) Friedensprozesse und 3) nachhaltiger Frieden.

Die Forschung im Bereich der Ursachen und Dynamiken des Konflikts umfasst die Arbeit an den direkten und den zum Konflikt beitragenden Gründen und Motiven sowie die Möglichkeiten und Risiken für bewaffnete und unbewaffnete Konflikte. Die Forschung über Friedensprozesse konzentriert sich vorwiegend auf Verhandlungen und Vermittlungen, Umweltverhandlungen, Interventionen von Dritten in den Konflikt sowie auf Friedenssicherung und die Rolle der Zivilbevölkerung.

Im Bereich des nachhaltigen Friedens ist die Forschung des UCDP sehr weitreichend und umfasst unter anderem Konzepte zur Friedensbildung nach internen Konflikten, Faktoren, welche die Qualität und Dauerhaftigkeit des Friedens fördern oder untergraben sowie internationale und regionale Sicherheitsfragen und die Rolle der internationalen Organisationen (vgl. UPPSALA 2014).

Diese Daten werden jährlich erhoben, sodass die Ergebnisse mit Aktivitäten während eines Kalenderjahres zusammenhängen.

8.4.1. Kriegsdefinition des UCDP

Das Uppsala Konfliktdatenprogramm verwendet eine ähnliche Definition wie das Correlates of War Project, liefert allerdings eine nähere Differenzierung und entwickelt diese weiter.

Hier wird die Definition des *bewaffneten Konflikts* herangezogen und als „*a contested incompatibility that concerns government and / or territory over which the use of armed forces between two parties, of which at least one is the government of a state, has resulted in at least 25 battle – related deaths in one calendar year*“ (UCDP Codebook 2016: 5) definiert.

Auch hier ist das Hauptkriterium die Anzahl der kriegsbedingten Todesopfer innerhalb eines Kalenderjahres. Kriegsbedingte Todesfälle werden dabei als Fälle bezeichnet, die durch die kriegsführenden Parteien verursacht werden und in direkter Verbindung mit dem Kampf stehen können. Diese umfassen traditionelle Schlachtfeldkämpfe, Guerilla – Aktivitäten sowie alle weiteren Arten von Angriffen auf Militärbasen, Städte und Dörfer. Todesfälle in Folge von Bombardierungen oder Explosionen gehören zwar nicht direkt zu Fällen, die auf dem Schlachtfeld passieren, gelten aber dennoch als kampfbedingte Todesfälle (vgl. UCDP Codebook 2016: 6). Das UCDP beschränkt sich in seiner Analyse nicht bloß auf Verluste regulärer Streitkräfte, sondern umfasst auch zivile Todesopfer, die in Folge direkter physischer Gewalt im Krieg ums Leben gekommen sind. Indirekte Todesfälle werden in der Datenbank nicht berücksichtigt.

8.4.2. Methodischer Ansatz

Die Datenbank baut ihre Arbeit zur Kriegs- und Konfliktforschung auf vier Kriterien auf, mit Hilfe derer ein Krieg oder ein Konflikt unterhalb der Kriegsschwelle untersucht werden soll.

- Konfliktintensität

Die Konfliktintensität wird anhand kriegsbedingter Todesopfer gemessen. Dabei werden bei gewaltsamen Konflikten drei verschiedene Intensitätsstufen unterschieden. Diese Daten stellen den größten und wichtigsten Teil der Datensammlung des UCDPs dar. Mit Hilfe dieser

Differenzierung nach verschiedenen Intensitätsstufen ist es möglich, nicht nur Kriege, sondern auch gewaltsame Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle zu erfassen.

Ein *kleiner bewaffneter Konflikt* liegt dann vor, wenn eine Anzahl von mindestens 25 Todesopfern pro Jahr, aber weniger als 1,000 innerhalb des gesamten Konflikts, gegeben ist.

Ein *mittlerer bewaffneter Konflikt* liegt dann vor, wenn es mehr als 1,000 Todesopfer im gesamten Konflikt gegeben hat, aber weniger als 1,000 Tote in jedem einzelnen Kalenderjahr.

Von einem *großen bewaffneten Konflikt* ist folglich dann die Rede, wenn es mehr als 1,000 Todesfälle pro Jahr gegeben hat. Hier handelt es sich dann um Ereignisse, die als *Krieg* eingestuft werden.

- Inkompatibilitätsgrund

Der UCDP – Datensatz unterscheidet drei unterschiedliche Inkompatibilitätskategorien:

Territorium: Wenn der Grund der Unvereinbarkeit zwischen zwei Parteien ein Territorium betrifft, dann kann hier der Kampf um den Status eines Territoriums vorliegen. In diesem Fall kann es um Sezession oder Autonomie eines bestimmten Territoriums gehen (interner Konflikt) oder um „*the change of the state in control of a certain territory*“ (zwischenstaatlicher Konflikt) (Themnér 2016: 3).

Regierung: Wenn der Grund der Unvereinbarkeit zwischen zwei Konfliktparteien die Regierung betrifft, dann kann hier die Unvereinbarkeit über die Art des politischen Systems, die Ersetzung der Zentralregierung oder die Änderung der Zusammensetzung einer Regierung vorliegen.

Beides: Diese Kategorie umfasst Konflikte, in welchen die Inkompatibilität sowohl die Regierung eines Staates als auch ein Territorium innerhalb dieses Staates betrifft.

Diese Kategorien der Inkompatibilität beschreiben, worüber die Konfliktparteien streiten, sie sagen allerdings nichts darüber aus, weshalb der Konflikt geführt wird.

- Konflikttypen

Das UCDP unterscheidet bei bewaffneten Konflikten zwischen den drei Kategorien *state – based*, *non - state* und *one – sided conflicts*.

Staatliche (state – based) Konflikte werden vom Uppsala Conflict Data Program als eine umstrittene Unvereinbarkeit definiert, welche die Regierung eines Staates und / oder ein Territorium betreffen und wobei zumindest eine Konfliktpartei eine staatliche Regierung darstellen muss. Bei dem Herausforderer kann es sich entweder um einen weiteren Staat oder um einen nicht – staatlichen Akteur handeln. Dieser bewaffnete Konflikt muss mindestens 25 kampfbedingte Todesfälle innerhalb eines Kalenderjahres verursacht haben, um als solcher definiert zu werden.

In die Kategorie der staatlichen Konflikte, fallen folgende vier Typen von Konflikten:

- a.) *Extrasystemische bewaffnete Konflikte* finden zwischen einem Staat und einem nicht – staatlichen Akteur außerhalb seines eigenen Territoriums auf. Solche Konflikte werden als territorial definiert, da die Regierung um den Erhalt der Kontrolle eines Territoriums außerhalb des staatlichen Systems kämpft. Sie werden auch als *außerstaatliche Konflikte* bezeichnet.
- b.) *Zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte* sind Konflikte, welche zwischen zwei oder mehreren Staaten geführt werden. Sie gelten als die klassische Art der Kriegsführung.
- c.) *Innerstaatliche bewaffnete Konflikte* finden zwischen der Regierung eines Staates und einer oder mehreren internen Oppositionsgruppen ohne die Einmischung anderer Staaten statt.
- d.) *Internationalisierte innerstaatliche bewaffnete Konflikte* hingegen finden zwischen der Regierung eines Staates und einem oder mehreren nicht – staatlichen Akteuren innerhalb bestehender Grenzen statt, allerdings ist hier externe Unterstützung durch andere Staaten auf mindestens einer Seite gegeben (vgl. Themnér 2016: 9).

Nicht – staatliche (non - state) Konflikte werden als Konflikte definiert, in denen zwei organisierte, bewaffnete Gruppen sich gegenseitig bekämpfen, von welchen keiner der beiden Akteure die Regierung eines Staates ist. Auch hier muss der Kampf in mindestens 25 kampfbedingten Todesfällen innerhalb eines Jahres münden, um in diese Kategorie zu fallen.

Einseitige (one – sided) Konflikte liegen vor, wenn nur von einem im Kampf involvierten Akteur, sei es die Regierung eines Staates oder eine formal organisierte Gruppe, Gewalt gegen ZivilistInnen angewandt wird und ebenfalls mindestens 25 Todesfälle innerhalb eines Kalenderjahres verursacht werden (vgl. Uppsala 2014).

- Startdatum

In diese Kategorie fällt vor allem jenes Datum, an welchem das erste Mal ein kampfbedingter Todesfall im Konflikt aufgezeichnet wurde. Dieses Datum ist gesetzt, nachdem der Konflikt alle Kriterien eines nach dem UCDP definierten bewaffneten Konflikts erfüllt hat, mit Ausnahme der Zahl der Todesfälle. Auch das Datum, an dem der Konflikt 25 schlachtbedingte Todesopfer erzielt hat, wird herangezogen.

Hinzu kommt die Untersuchung des Datums, an welchem der Konflikt begonnen hat sowie das Datum, an welchem das erste Mal bewaffnete Übergriffe stattgefunden haben (vgl. Themnér 2016: 9).

8.4.3. Kriegstypenforschung des UCDP am Fall Papua – Neuguinea

Im Datensatz des UCDP findet sich der Krieg auf Bougainville in zwei unterschiedlichen Ausprägungen wieder. Auf der einen Seite wurde der Konflikt zwischen der Regierung Papua – Neuguineas und der Rebellengruppe BRA untersucht. Auf der anderen Seite befindet sich jedoch zusätzlich eine Analyse zu den Aktivitäten zwischen der Zentralregierung und der Zivilbevölkerung Bougainvilles. Im Folgenden werden beide näher erläutert.

- Papua – Neuguinea : Bougainville

Der Konflikt zwischen der Zentralregierung PNGs und der Rebellengruppe BRA wird vom Uppsala Conflict Data Program als *state – based conflict* eingestuft.

Ihm wird Konflikttyp 3, ein *innerstaatlicher bewaffneter Konflikt*, zugeordnet. Das bedeutet, dass es sich um einen Konflikt handelt, der zwischen einer staatlichen Regierung und einem nicht – staatlichen Akteur geführt wurde. Im vorliegenden Fall bildet die Zentralregierung mit samt ihren militärischen Streitkräften, der PNGDF und anschließend der Resistance Forces, den staatlichen Akteur sowie die Rebellengruppe BRA unter Francis Ona den nicht – staatlichen Akteur. Die Salomonen - Inseln werden zwar als naher Verbündeter der BRA angegeben, allerdings liegen keine Informationen darüber vor, dass die Regierung der Salomonen auf irgendeine Art und Weise an der Unterstützung der Rebellengruppe beteiligt war. Die Salomonen wurden lediglich als Versorgungsrouten von Seiten Bougainvilles herangezogen, nachdem die Strecke zwischen PNG und Bougainville blockiert wurde.

Australien wird als naher Verbündeter der Zentralregierung angegeben, doch auch hier liegt keine aktive Beteiligung vor. Australien war lediglich an der Ausrüstung des Militärs und der Polizei beteiligt und hatte zusätzlich dazu 100 Truppen in Papua – Neuguinea zur Beratung stationiert. Dies wurde im Rahmen des Verteidigungskooperationsabkommens zwischen Australien und PNG vereinbart.

Somit wird auch von Seiten des UCDPs im vorliegenden Konflikt keine direkte Fremdenbeteiligung verzeichnet.

Als Konfliktursache wird die *Inkompatibilität über ein Territorium* genannt.

Diese Inkompatibilität betrifft in diesem Fall den dringenden Wunsch nach Sezession von Seiten der bougainvilleanischen Bevölkerung. Zwar wurde Bougainville nach der Unabhängigkeit Papua – Neuguineas weiterhin als autonome Provinz an den Staat gebunden, allerdings handelte es sich bei dieser Entscheidung nicht um eine von Bougainville getroffene. Denn die InselbewohnerInnen fühlten sich keineswegs als Teil des Zentralstaates und forderten stattdessen die Anbindung an die benachbarten Solomonen – Inseln oder völlige Unabhängigkeit. Während des Konflikts um die Panguna – Kupfermine und ihre ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen, wurden Sezessionsforderungen von Seiten Bougainvilles wieder aufgenommen und die Uneinigkeit der beiden Konfliktparteien in dieser Angelegenheit noch einmal hervorgerufen. Bis heute ist die Frage nach dem zukünftigen Verbleib der autonomen Provinz offen und konnte bislang nicht geklärt werden.

Als *Datum* des ersten kampfbedingten Todes wird der 06. April 1989 verzeichnet. An diesem Tag wurden zwei Soldaten der PNGDF durch die BRA getötet, was die Regierung dazu veranlasste, die Anzahl der Soldaten auf der Insel zu erhöhen und ihnen den Auftrag zum Töten zu erteilen. Der 07. Februar 1990 wird folglich als das Datum genannt, an welchem der Konflikt zwischen Zentralregierung und Rebellen das erste Mal 25 kriegsbedingte Todesopfer mit sich brachte.

Dem Konflikt wird das *Intensitätslevel* 1 zugewiesen. Das bedeutet, dass es zwischen 25 und 999 kampfbedingte Todesfälle gegeben hat. Im Fall der Krise auf Bougainville werden in der Datenbank des UCDP im Zeitraum von 1989 - 1998 299 kriegsbedingte Todesfälle verzeichnet. Diese Zahl umfasst die direkten im aktiven Gefecht gefallenen Opfer, Kämpfer der beiden Kriegsparteien sowie ZivilistInnen, die kampfbedingt ums Leben gekommen sind.

Bezogen auf diese Zahl, liegt ein *kleiner bewaffneter Konflikt* vor. Der Konflikt liegt daher unterhalb der Kriegsschwelle und wird nicht als Krieg im Sinne des UCDP definiert.

In den Jahren 1993 und 1996 wird die höchste Anzahl der geschätzten Todesopfer gemessen.

1993, nach der Wahl des neuen Premierministers Wingti, welcher die Anzahl der Soldaten der PNGDF auf Bougainville erhöhte, wurden intensive Zusammenstöße zwischen der BRA und dem Militär der Zentralregierung gemeldet. Diese Aktivitäten mündeten in geschätzten 62 kampfbedingten Todesfällen.

1996 wurden geschätzt 80 kriegsbedingte Todesfälle verzeichnet. In diesem Jahr wurde von Seiten der Zentralregierung die Operation High – Speed II gestartet, welche eine militärische Offensive auf Bougainville darstellte. Diese scheiterte jedoch aufgrund schlechter logistischer Unterstützung und einem Mangel an Wissen in Bezug auf BRA – Standorte. Dies führte auf Seiten der BRA zu verstärkten Angriffen gegen die PNGDF und ein intensives Kampfgefecht zwischen beiden Kriegsparteien mit mehreren Todesfällen wurde folglich ausgelöst.

1997 bildete im Rahmen dieses Konflikts das letzte Jahr, welches kampfbedingte Todesfälle verursachte. In diesem Jahr fanden eine Reihe von Gesprächen statt und die neutrale Beobachtergruppe *Truce Monitoring Group* wurde auf Bougainville etabliert.

- Zentralregierung - Zivilbevölkerung Bougainvilles

Die gewaltsamen Angriffe der Zentralregierung Papua – Neuguineas auf die Zivilbevölkerung Bougainvilles werden als eigener Konflikt in der Datenbank des UCDPs erfasst. Auch sie werden als *staatlicher Konflikt* eingestuft.

Die Regierung war für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen auf der Insel verantwortlich, die zu einem großen Teil durch *einseitige (one – sided)* Gewalttattacken von Seiten der PNGDF ausgeübt wurden. In vielen dieser Angriffe wurde die PNGDF durch die Resistance Forces unterstützt.

Die einseitigen Angriffe der PNGDF auf die ZivilistInnen werden überwiegend von 1989 bis 1996 verzeichnet. Insgesamt sind in diesem Konflikt rund 88 ZivilistInnen durch einseitige Angriffe der PNGDF oder der Resistance Forces zu Fall gekommen.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass es sich bei dieser Zahl nicht um die tatsächlichen Opfer einseitiger Angriffe handelt, da während des Konflikts keine lokalen Menschenrechtsorganisationen auf Bougainville aktiv waren und somit keine genauen Beobachtungen und Berichte aufgezeichnet werden konnten. Zudem wurden Medien und internationale Menschenrechtsmonitoren in ihrem Zugang zur Insel eingeschränkt, sodass ihre

Informationen oftmals nur auf Berichterstattungen von InselbewohnerInnen beruhten, da sie selbst aufgrund der Zentralregierung keinen Zugang in das Konfliktgebiet erhielten. Es ist daher gut möglich, dass weit mehr als 88 ZivilistInnen durch einseitige Angriffe der Regierung ermordet wurden.

Insbesondere spielen hier die Jahre 1992 und 1996 eine bedeutende Rolle. Am 31. Dezember 1992 verzeichnet die UCDP Datenbank erstmals über 25 durch einseitige Angriffe ermordete ZivilistInnen. Die einseitigen Ermordungen durch die Streitkräfte der Zentralregierung im Jahr 1996 sind eng mit dem bewaffneten Konflikt im Land zu diesem Zeitpunkt verbunden. So wurden etwa acht unschuldige ehemalige Mitglieder der BRA von Soldaten der Regierung in der Nähe des Dorfes Kunua ermordet sowie die Angriffe im Dezember 1996 als 14 schlafende ZivilistInnen in Mukakuru, einem Dorf im Südwesten von Bougainville, von Soldaten der PNGDF und der Resistance Forces ermordet wurden. Weitere 11 Bougainvilleans wurden bei diesem Angriff verwundet. Er stellt eine der schwerwiegendsten einseitigen Gewaltanwendungen von Seiten der Regierung sowie zugleich eine massive Menschenrechtsverletzung dar. Ein weiteres Ereignis in diesem Jahr stellten die *Malapita Church killings* dar, bei welchen neun ZivilistInnen, darunter auch Kinder, durch einseitige und wahllose Angriffe der PNGDF getötet wurden. Angriffe wie diese wurden jedoch von Seiten der Regierung zu verheimlichen versucht. Die Regierung gab vor, dass es sich bei diesen Angriffen nicht um offizielle Streitkräfte der Regierung handeln würde, sondern lediglich um unautorisierte, private Soldaten, über welche die Regierung keine Kontrolle und keinen Einfluss hätte (vgl. Amnesty International 1997: 13;18). Zudem wurden des Öfteren Gutachten über die Anzahl der getöteten ZivilistInnen und der Angriffe gefälscht.

Für die Jahren 1997 und 1998 werden keine Angriffe in dieser Kategorie verzeichnet.

9. Vergleich

In diesem Kapitel werden nun die Ergebnisse der untersuchten Kriegsforschungsinstitute einem Vergleich unterzogen. Dadurch sollen zunächst Unterschiede und Gemeinsamkeiten in ihrer Arbeitsweise sowie anschließend Differenzen und Ähnlichkeiten in Bezug auf ihre Analyse des Bougainville - Konflikts herausgearbeitet werden. Anhand dieses Vergleichs, soll die für den vorliegenden Fall geeignetste Untersuchung / Typologie gefunden werden.

9.1. Vergleich der Arbeitsweise der untersuchten Datenbanken

Untersucht wurden in der vorliegenden Arbeit die vier Kriegsforschungsinstitute *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung Hamburg* (AKUF), *Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung* (HIIK), *Correlates of War Project* (CoW) sowie das *Uppsala Department of Peace and Conflict Research* mit seinem *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP).

Während es sich bei der AKUF um ein rein auf qualitative Forschung basierendes Institut handelt, basiert die Arbeitsweise der drei weiteren Datenbanken, mit Ausnahme des UCDPs, welches sowohl qualitativ als auch quantitativ arbeitet, auf rein quantitativer Forschung. Sowohl das HIIK als auch das CoW und das UCDP arbeiten anhand einer eigenen quantitativen Datenbank, mit Hilfe derer die Kriegs- und Konfliktforschung durchgeführt wird. Einzig die Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg liegt keinem solch einem Programm zugrunde. Hier werden von vornherein fünf Kriegstypen sowie eine eindeutige Kriegsdefinition festgelegt, in welche verschiedene Arten von Kriegen eingebettet werden. Bewaffnete Konflikte werden nicht in dieser Kriegstypologie und ebenso nicht in der Kriegsdefinition der AKUF erfasst, sondern bilden eine eigene Kategorie und liegen der Definition nach unterhalb der Kriegsschwelle. Hinzu kommt eine weitere Differenzierung nach dem Kriterium Fremdenbeteiligung. Dieses soll untersuchen, ob ein Krieg intern oder mit Hilfe externer Unterstützung stattgefunden hat. Die von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung erfassten Daten zu Kriegen auf der ganzen Welt wurden insbesondere durch intensive Archivarbeit recherchiert oder zum Teil auch mittels Feldforschung durch die auf dem Institut arbeitenden WissenschaftlerInnen erhoben. Im Falle des Sezessionskriegs auf Bougainville spielten insbesondere die Untersuchungen des Historikers und Politikwissenschaftlers Volker Böge eine maßgebliche Rolle, welcher Feldforschung im Krisengebiet betrieben hat.

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung arbeitet hingegen mit rein quantitativen Methoden und beschreibt, vorwiegend grafisch, Entwicklungen im Kriegsgeschehen mit Hilfe eines Konfliktbarometers. Hier findet eine Analyse von Kriegen anhand der drei Kriterien Konfliktintensität, Konflikttyp und Konzept des politischen Konflikts statt. Um als Krieg eingestuft zu werden sind hier vor allem die Akteure, der Konfliktgegenstand sowie die Konfliktmaßnahmen ausschlaggebend.

Das Correlates of War Project sowie das Uppsala Department of Peace and Conflict Research weisen hingegen eine ähnliche Arbeitsweise auf. Das CoW arbeitet anhand einer Unterscheidung von vier Kriegstypen sowie einer auf Kriegstote bezogenen Kriegsdefinition. Somit muss hier eine bestimmte Anzahl an Todesopfern gegeben sein, um eine Auseinandersetzung als Krieg definieren zu können. Innerhalb dieser vier Kriegstypen wird eine weitere Klassifizierung in neun spezifischere Kriegstypen getroffen.

Beim UCDP wird mit Hilfe einer ähnlichen Kriegstypologie gearbeitet. Auch hier liegt der quantitative Fokus auf der Anzahl der Kriegstoten, wobei jedoch drei Intensitätsstufen unterschieden werden, um auch Ereignisse unterhalb der Kriegsschwelle zu erfassen. Neben der Kriegsforschung mit Hilfe der quantitativen Datenbank UCDP, wird auch qualitative Forschung in jährlichen Reports veröffentlicht.

Das Kriterium Fremdenbeteiligung ist allen voran in der Kriegstypenforschung der AKUF von zentraler Bedeutung und bildet hier neben der Kriegsdefinition mit den jeweiligen Kriterien sowie der Kriegstypologie eine zentrale Kategorie. Denn hier wird zwischen Kriegen mit unmittelbarer Fremdenbeteiligung und Kriegen ohne unmittelbare Fremdenbeteiligung unterschieden. In der Analyse des HIIK wird lediglich eine Bestimmung nach dem Kriegstyp getroffen und im Falle eines innerstaatlichen Krieges festgelegt, dass dieser bloß staatliche wie nicht – staatliche Akteure innerhalb eines Staates einschließt. Das CoW - Project behandelt das Kriterium Fremdenbeteiligung zwar nicht als eigene, zentrale Analysekategorie, unterscheidet jedoch in seiner Kriegstypologie Bürgerkriege von anderen Formen innerstaatlicher Kriege und setzt hier die *Internalität* als wesentliches Merkmal voraus. Mit Internalität ist hier die Ausführung kriegerischer Handlungen zwischen Akteuren innerhalb der staatlichen Grenzen gemeint. Das UCDP hingegen unterscheidet neben *innerstaatlichen bewaffneten Konflikten* auch *internationalisierte innerstaatliche bewaffnete Konflikte*. Somit werden Kriege mit unmittelbarer Fremdenbeteiligung einem eigenen Kriegstyp, in diesem Fall Kriegstyp 4, zugeordnet und von rein innerstaatlichen Kriegen, in welchen nur Akteure innerhalb des Territoriums am Kampfgefecht beteiligt sind, unterschieden. Ein Krieg kann daher als

innerstaatlicher bewaffneter Konflikt beginnen und sich im Laufe des Krieges zu einem internationalisierten bewaffneten Konflikt transformieren und umgekehrt. Allerdings findet sich in der Kriegstypologie des COW – Projects sowie des UCDPs, anders als bei der Untersuchung der AKUF, keine Information über die Art der externen Intervention wieder, wie etwa Informationen darüber, ob es aktive Beteiligung an den Kampfhandlungen gab oder bloß Unterstützung in Form von militärischer Beratung geleistet wurde.

Es fällt auf, dass das Kriterium Fremdenbeteiligung in der Kriegstypenforschung der AKUF neben der Kriegsdefinition und der Untersuchung des speziellen Kriegstyps den dritten, wesentlichen Untersuchungsgegenstand eines Kriegs bildet, während in der Analyse der drei weiteren Kriegsforschungsdatenbanken externe Beteiligung neben einer Reihe von anderen Untersuchungsgegenständen untersucht wird.

Zudem unterscheiden sich die jeweiligen Kriegsforschungsinstitute hinsichtlich ihrer Kriegsdefinition. Die AKUF untersucht aufgrund ihrer qualitativen Ausrichtung vorwiegend die Charakteristika und Ursachen des Krieges und bezieht diese Aspekte stärker in ihre Kriegsdefinition ein. Hier ist nicht eine bestimmte Anzahl von Kriegsoptionen ausschlaggebend, sondern vielmehr die Art der beteiligten Akteure, seien es militärische Streitkräfte der Regierung, Polizeieinheiten, Paramilitär oder Widerstandsbewegungen innerhalb eines Staates, sowie eine planmäßige und organisierte Kriegsführung. Es ist also wichtig, dass eine gewisse Strategie hinter den Kampfhandlungen gegeben ist. Hinzu kommt die Zentriertheit auf einen staatlichen Akteur auf mindestens einer Seite, um ein Ereignis als Krieg einzustufen. Diese Staatszentriertheit lässt sich auf die Kriegstheorie Clausewitz' zurückführen, welcher die Kriege seiner Zeit, nämlich klassische zwischenstaatliche Kriege, untersuchte. Die AKUF bezieht sich somit nicht rein auf Zahlen und quantitativ messbare Werte, sondern versucht vielmehr den Konflikt von innen heraus zu untersuchen. Das Kriterium der Gegebenheit regulärer Streitkräfte der Regierung ist jedoch problematisch, wenn man die Mehrheit der Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet. Aus diesem Grund wurde die Kategorie der bewaffneten Konflikte 1993 hinzugefügt, um dem Wandel des Kriegsgeschehens, so wie ihn auch Mary Kaldor mit ihrer Analyse der „Neuen Kriege“ beschrieben hat, gerecht zu werden. Das HIIK verwendet hingegen vorwiegend den Begriff des politischen Konflikts und definiert diesen unter Betrachtung der beteiligten Konfliktparteien, Konfliktmaßnahmen und Konfliktgegenstände. Auch hier müssen mindestens zwei Akteure an den Kampfhandlungen beteiligt sein, allerdings wird hier nicht ausdrücklich das Vorhandensein eines staatlichen Akteurs vorausgesetzt. Mit Konfliktgegenstand werden hier die Uneinigkeiten bezüglich

unterschiedlicher Positionen der Konfliktparteien gemeint und untersucht, ob die Differenzen Systeme oder Ideologien, Vorherrschaft, Sezession, Autonomie, nationale oder internationale Macht, Ressourcen, Territorien, Dekolonisierung oder Sonstiges betreffen. Von Bedeutung sind hier demnach vielmehr die Konfliktgründe und nicht die Art der Akteure oder eine planmäßige Kriegsführung.

Das CoW - Project sowie das Uppsala Department of Peace and Conflict Research definieren Krieg hingegen quantitativ anhand einer bestimmten Anzahl von Kriegstoten. Im Falle des CoW – Projects müssen jedoch mindestens 1,000 kampfbedingte Todesfälle vorliegen, um einen Krieg als solchen definieren zu können. Angriffe auf ZivilistInnen werden hierbei nicht erfasst. Sollten in einem Konflikt nur unter 1,000 kampfbedingte Todesfälle vorliegen, wird dieses Ereignis bereits nicht mehr als Krieg definiert. Im Falle der Kriegsforschung des UCDPs wird dieses Problem damit gelöst, indem mehrere Abstufungen vorgegeben werden. Hier beläuft sich das Kriterium für kriegsbedingte Todesfälle hingegen auf mindestens 25 pro Jahr, aber weniger als 1,000 im Rahmen des gesamten Konflikts. In diesem Fall ist von einem *kleinen bewaffneten Konflikt* die Rede. Zudem verwendet das UCDP nicht den Begriff Krieg per se, sondern spricht von bewaffneten Konflikten. Nur *große bewaffnete Konflikte*, nämlich solche, bei denen mindestens 1,000 Kriegstote pro Jahr vorliegen, werden als Krieg definiert.

Von den vier hier untersuchten Datenbanken sind das CoW – Project und das UCDP die einzigen zwei, welche ihre Kriegsdefinition auf der Anzahl der Todesfälle aufbauen. Dadurch werden jegliche inneren Faktoren, so wie sie etwa von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung analysiert werden, ausgeblendet und rein auf Opferzahlen fokussiert. Das Heidelberger Institut arbeitet nicht anhand eines Kriteriums, welches sich auf kriegsbedingte Opfer bezieht, untersucht jedoch die Anzahl der Opfer im Rahmen der Analyse der Konfliktintensität. Dabei werden lediglich jene Todesfälle erfasst, welche als direkte Folge gewalttätiger Maßnahmen oder deren unmittelbaren Konsequenzen stattgefunden haben. Allerdings werden auch hier, ebenso wie bei dem CoW – Project und dem UCDP, durch Hungersnot oder Krankheit verursachte Todesfälle nicht gemessen.

Neben den unterschiedlichen Kriegsdefinitionen, weisen die Datenbanken auch Differenzen hinsichtlich ihrer Kriegstypologie auf. Die AKUF unterscheidet fünf Kriegstypen, welche genauer auf den Kriegsgrund eingehen und einen Krieg insbesondere danach einordnen, worüber gekämpft wird. Dabei kann es sich um Autonomie- und Sezessionskriege, zwischenstaatliche Kriege, Dekolonisationskriege oder sonstige Kriege handeln. Diese Typologisierung geht mit dem Faktor Fremdenbeteiligung einher. Diese Unterscheidung nach

Konfliktgegenständen ist auch dem HIIK gemein, sie bildet hier jedoch keinen eigenen Konflikttyp. Stattdessen stellen Konfliktgegenstände wie die bereits oben genannten lediglich einen weiteren Faktor zur Untersuchung eines Krieges dar, um zu bestimmen, worüber Uneinigkeit zwischen zwei Konfliktparteien besteht. Vielmehr unterscheidet das Heidelberger Institut drei Konflikttypen, nämlich zwischenstaatliche, innerstaatliche und substaatliche Konflikte und geht zudem genauer auf die Konfliktintensität ein. Die fünf verschiedenen Konfliktintensitätsstufen sagen in diesem Fall mehr über die Intensität des Konflikts aus und reichen von gewaltlosen Disputen bis hin zum gewaltsamen Krieg. Die Intensität ergibt sich durch Faktoren wie Personal, Opfer, Zerstörungen, Waffengebrauch und Flüchtlinge. Ein Krieg kann der hier vorliegenden Typologie zufolge daher zum Beispiel ein innerstaatlicher Konflikt sein und der Intensität nach ein nicht gewaltsamer Disput niedriger Intensität oder ein tatsächlicher Krieg hoher Intensität. Dieses Kriterium der Konfliktintensität neben der Unterscheidung nach bestimmten Kriegstypen ist in der Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung nicht gegeben. Allerdings handelt es sich hier auch um eine quantitative Differenzierung nach verschiedenen Intensitätsstufen, welche in der qualitativen Forschung der AKUF nicht von primärer Bedeutung ist.

Auch das CoW – Project unterscheidet zwischen staatlichen und nicht – staatlichen Kriegen und untersucht daher nicht in erster Linie den Konfliktgegenstand, sondern die Art der Akteure. Es werden die vier Kriegstypen zwischenstaatliche Kriege, extrastaatliche Kriege, innerstaatliche Kriege und nicht – staatliche Kriege unterschieden. Eingebettet in diese vier großen Kategorien sind 9 Kriegstypen, welche sich folglich auf den Konfliktgegenstand beziehen. Diese umfassen unter anderem Kolonialkriege, imperiale Kriege, interkommunale Kriege und auch Bürgerkriege. Das CoW – Project bildet hier die einzige Datenbank, welche die Kategorie der Bürgerkriege in ihrer Analyse explizit miteinbezieht. Hierbei wird zwischen Bürgerkriegen über lokale Probleme und Bürgerkriege über die Erlangung der Kontrolle über die Regierung unterschieden. Als Bürgerkrieg wird hier das Gefecht zwischen der Regierung eines Staates und einem nicht – staatlichen Akteur bezeichnet, ohne dass aktive externe Unterstützung gegeben ist. Sollte sich der Krieg jedoch im Laufe der Zeit dahingehend wandeln, dass er durch externe Akteure beeinflusst wird, dann ist in diesem Fall von einem *internationalisierten* Krieg die Rede.

In allen anderen hier untersuchten Datenbanken findet sich der Begriff Bürgerkrieg nicht als solcher wieder. Vielmehr werden die Begriffe innerstaatlicher Krieg oder der Begriff der *Internalität* herangezogen, um Konflikte zwischen einer staatlichen Regierung und einem nicht – staatlichen Akteur innerhalb eines Staates zu beschreiben.

Eine ähnliche Kriegstypologie ist auch dem Uppsala Conflict Data Program gemein, jedoch wird hier nicht der Begriff des Bürgerkrieges verwendet, um einen Konflikt zwischen staatlicher Regierung und Widerstandsbewegung zu definieren. Stattdessen werden hier die Kategorien staatliche Konflikte, nicht – staatliche Konflikte sowie einseitige Konflikte unterschieden. Hinzu kommt auch hier im Falle eines staatlichen Konflikts eine weitere Typologisierung der bewaffneten Konflikte. Ähnlich wie bereits in der Typologie des COW – Projects, werden hier extrasystemische, zwischenstaatliche sowie innerstaatliche bewaffnete Konflikte unterschieden. Allerdings erweitert das UCDP diese Typologie um einen Konflikttyp, nämlich den der *internationalisierten innerstaatlichen bewaffneten Konflikte*. Diese Kategorie bezieht sich auf innerstaatliche Konflikte, welche durch externe Unterstützung geführt werden. Sie ist vergleichbar mit den vom COW – Project definierten internationalisierten Bürgerkriegen. Der Konfliktgegenstand spielt auch in der Kriegstypenforschung des UCDPs eine bedeutende Rolle. Hier wird dieser als *Inkompatibilitätsgrund* bezeichnet und kann entweder ein Territorium, eine Regierung oder gar beides betreffen. Im Falle des CoW – Projects und des HIIK ist die Klassifizierung nach dem Kriegsgegenstand allerdings ausgeprägter.

Es wird ersichtlich, dass der Kriegsgegenstand, der Grund worüber ein Krieg geführt wird, in allen der untersuchten Datenbanken thematisiert wird. Allerdings findet diese Untersuchung in unterschiedlichen Ausprägungen statt. Einzig die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung trifft in ihrer Kriegstypologie keine Unterscheidung nach staatlichen, nicht – staatlichen oder extra - systemischen Kriegen, sondern unterscheidet vorwiegend nach dem Kriegsgegenstand. In den drei weiteren Datenbanken wird der Kriegsgegenstand allerdings als Analysekategorie miteinbezogen und Kriege oder bewaffnete Konflikte hinsichtlich diesen untersucht. Damit wird Auskunft über die Zielsetzung innerhalb eines Krieges gegeben. Im Vordergrund steht jedoch die Unterscheidung nach den Akteuren in einem Krieg, seien sie staatlicher oder nicht – staatlicher Natur.

Das Kriterium der Konfliktintensität spielt, wie bereits oben näher ausgeführt, in der Methode des HIIK eine maßgebliche Rolle. Damit sollen politische Konflikte nach dem Ausmaß ihrer Intensität, sei es ein Disput, eine gewaltlose oder gewaltsame Krise, ein begrenzter Krieg mit Waffengewalt oder ein tatsächlicher Krieg, eingestuft werden. Auch in der Kriegstypenforschung des UCDPs spielt eine solche Unterscheidung nach Konfliktintensität ein zentrales Analysekriterium. Hier werden drei Intensitätsstufen unterschieden, welche sich jedoch im Gegensatz zu den Intensitätslevel des HIIK ausschließlich auf die Anzahl der

kriegsbedingten Todesopfer beziehen. Bei mindestens 25 Todesopfern pro Jahr, aber weniger als 1,000 innerhalb des gesamten Konflikts ist von einem *kleinen bewaffneten Konflikt* die Rede. Bei mehr als 1,000 Todesopfern während des gesamten Konflikts, aber weniger als 1,000 pro Kalenderjahr, ist von einem *mittleren bewaffneten Konflikt* die Rede. Wenn es allerdings mehr als 1,000 kriegsbedingte Todesfälle pro Jahr gegeben hat, dann liegt ein *großer bewaffneter Konflikt* vor. In letzterem Fall nimmt das Intensitätslevel die Form eines tatsächlichen Krieges an. Diese Abstufung nach dem Konfliktintensitätslevel gibt es in der Kriegstypenforschung des COW – Projects nicht. Hier werden bloß solche Auseinandersetzungen als Kriege erfasst, welche eine Anzahl von mindestens 1,000 getöteten Kombattanten innerhalb eines Kalenderjahres vorweisen. Die Erfassung bewaffneter Konflikte, so wie sie in der Analyse des COW – Projects oder des HIIK gegeben ist, ist hier somit nicht möglich. Da die Messung der Konfliktintensität eine eher quantitative Vorgehensweise ist, findet sich diese in der Kriegsforschung der AKUF nicht wieder.

Die Arbeitsweisen der unterschiedlichen Kriegsforschungsinstitute weisen somit diverse Ähnlichkeiten als auch Differenzen auf. Hier wurden die grundlegenden Analysekriterien untersucht und miteinander verglichen und es fällt auf, dass nicht jede der hier untersuchten Typologien dem heutigen Kriegszeitalter angepasst ist. Manche Typologien sind zudem weitaus ausführlicher und beziehen mehrere Kriterien für ihre Analyse mit ein. Andere halten sich hier jedoch begrenzter und untersuchen etwa nur Großkategorien, ohne auf spezifischere Daten einzugehen. Auffallend sind jedoch die Unterschiede hinsichtlich einer quantitativen und einer qualitativen Kriegstypologie. Quantitativ arbeitende Datenbanken untersuchen vorwiegend messbare Werte, wie etwa Opferzahlen, Kriegsintensitäten oder Zerstörungsausmaße, welche mit Hilfe von bestimmten Programmen ausgewertet werden können und qualitativ arbeitende Datenbanken gehen einem Krieg hingegen mehr auf den Grund und untersuchen diesen von innen heraus, samt all seiner Konfliktgegenstände und Zielsetzungen.

9.2. Vergleich der Ergebnisse der untersuchten Datenbanken

So wie die Arbeitsweise der behandelten Kriegsforschungsinstitute voneinander abweicht und sich in manchen Punkten wiederum ähnelt, so gibt es auch Abweichungen und Ähnlichkeiten hinsichtlich ihrer Ergebnisse in der Analyse eines bestimmten Kriegsgeschehens. Im Falle ihrer Analyse des Sezessionskrieges auf Bougainville ist dies ebenso der Fall.

Was die Beteiligung externer Akteure im Krieg betrifft, sind sich alle Datenbanken einig: der Krieg auf Bougainville hat intern, ohne unmittelbare Fremdenbeteiligung stattgefunden. Denn alle hier untersuchten Kriegsforschungsinstitute werten als Fremdenbeteiligung lediglich solche Interventionen, in welchen externe Akteure aktiv am Kampfgeschehen teilgenommen haben und den Krieg nicht bloß in Form von Waffenlieferung, Beratung oder materieller Leistungen unterstützt haben. Im Falle des Kriegs auf Bougainville ist diese aktive Einmischung fremder Staaten nicht gegeben. Allerdings erregte dieses Ereignis, insbesondere nach dem Bekanntwerden der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen auf der Insel, breite internationale Aufmerksamkeit, sodass eine Reihe von externen Staaten, NGOs und internationalen Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, indirekt in diesen Krieg verwickelt waren und einen Friedensprozess voranzubringen versuchten. Beteiligungen dieser Art werden von den untersuchten Datenbanken zur Kriegsursachenforschung jedoch nicht erfasst.

Was die Unterscheidung des vorliegenden Kriegstyps betrifft, liegen allerdings jeweils unterschiedliche Bezeichnungen sowie Klassifizierungen vor. Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg stuft den Krieg auf Bougainville als Autonomie- und Sezessionskrieg ohne unmittelbare Fremdenbeteiligung, also Kriegstyp B – 2, ein. Hier wird explizit der Begriff Krieg gebraucht, um die Ereignisse auf der Insel zu definieren. Der vorliegende Kriegstyp beschreibt bereits die maßgebliche Zielsetzung, welche in diesem Fall vorliegt, sowie einen wichtigen Konfliktgegenstand. Denn im Krieg zwischen der Zentralregierung und der BRA ging es vorwiegend um Sezession, die Probleme, welche im Laufe der Inbetriebnahme der Panguna - Mine auftraten, ließen zudem die Unterschiede zwischen den beiden Bevölkerungen erkenntlich werden und Forderungen nach Unabhängigkeit erneut aufkommen.

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung stuft den Krieg auf Bougainville als *intrastate war*, einen innerstaatlichen Krieg, ein. Auch hier ist damit gemeint, dass kein unmittelbarer externer Einfluss stattgefunden hat. Zudem wird hier vorausgesetzt, dass es sich bei den Kriegsparteien um sowohl staatliche als auch nicht – staatliche Akteure handelt. Das grundlegende Kriterium der Kriegstypologie ist hier somit nicht die Zielsetzung, sondern

vielmehr der Status der Akteure. Die Kriterien Konfliktgegenstand und Konfliktintensität bilden jedoch eigene Analysekategorien im Rahmen der Kriegsursachenforschung des HIIK. Hier wird den Ereignissen auf Bougainville Konfliktintensität 3 zugeordnet, was bedeutet, dass es sich dem Intensitätslevel nach um eine gewaltsame Krise mittlerer Intensität und nicht um einen Krieg im Sinne des HIIK handelt. Diese Einstufung gilt jedoch bloß bis 1997, da ab diesem Jahr der Konflikt auf Intensitätsstufe 2, meist gewaltlose Krise, herabgestuft wird. Als Konfliktgegenstand werden insbesondere die Sezession und der Kampf um Ressourcen genannt. Der Konfliktgegenstand Ressourcen wird von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung jedoch nicht erwähnt, der Kampf um Sezession hingegen schon.

Als innerstaatlich stufen auch das COW – Project und das UCDP diesen Krieg ein und beziehen sich damit auf eine Typologisierung nach staatlichen oder nicht – staatlichen Akteuren in diesem Krieg. Ihre Untersuchung des Krieges auf Bougainville unterscheidet sich jedoch hinsichtlich ihrer Einbettung in einen spezifischeren Kriegstyp als Subkategorie innerstaatlicher Kriege beziehungsweise Konflikte. Denn das Correlates of War Project stuft diesen Krieg als einen Bürgerkrieg ein, in dem über lokale Probleme gekämpft wird und bildet somit die einzige der hier untersuchten Datenbanken, welche diesen Kriegstyp verwendet. Das Uppsala Conflict Data Program stuft die Ereignisse auf Bougainville hingegen als einen kleinen bewaffneten Konflikt ein und definiert diese, aufgrund der Messung des Intensitätslevels, somit nicht als Krieg. Somit bilden das UCDP und das Heidelberger Institut diejenigen Datenbanken, welche die Ereignisse auf der Insel nicht als Krieg, sondern als Konflikt oder Krise einstufen.

Was jedoch die Messung des Intensitätslevels betrifft, unterscheiden sich das COW – Project und das UCDP grundlegend. Denn da das COW – Project von mindestens 1,000 Kampftoten innerhalb eines Kalenderjahres ausgeht und hier die Anzahl der im Krieg gestorbenen ZivilistInnen nicht miteinbezieht, begrenzt die Datenbank den Bürgerkrieg auf Bougainville auf die Jahre 1989 bis 1992, obwohl bis 1997 Waffengewalt angewandt wurde und erst 1998 ein permanenter Waffenstillstand ausgehandelt und bislang größtenteils eingehalten werden konnte. Somit konnten laut Kriegsursachenforschung des COW nur innerhalb dieser vier Jahre die Kriterien für einen Krieg erfüllt werden. Da Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle und somit Opferzahlen unter 1,000 innerhalb eines Jahres vom COW jedoch nicht erfasst werden, wurden die Kampfhandlungen auf Bougainville ab 1992 somit nicht mehr behandelt.

Das UCDP hingegen erfasst auch bewaffnete Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle und bietet dahingehend unterschiedliche Intensitätsstufen, welche sich vorwiegend auf die Anzahl der im

Krieg gefallenen Todesopfer beziehen. Auch werden hier die im Kampfgefecht getöteten zivilen Opfer miteinbezogen, welche im Fall von Bougainville hoch sind. Daher wird hier der Konflikt auf Bougainville bis zum offiziellen Waffenstillstand 1998 erfasst, da es in diesem Zeitraum zwischen 25 und 999 Tote pro Kalenderjahr gegeben hat. Eine Begrenzung bezüglich der Kriegsdauer gibt es bloß bei der zweiten Analyse des UCDPS bezüglich der einseitigen Angriffe gegen die ZivilistInnen auf der Insel. Denn hier wurde vorwiegend in den Jahren 1992 und 1996 die Anzahl von mindestens 25 Kriegstoten übertroffen.

Als Zielsetzung beziehungsweise Konfliktgegenstand betrachten sowohl die AKUF als auch das HIIK den Kampf um Sezession als maßgeblich. Das HIIK ergänzt diesen Konfliktgegenstand jedoch um den Kampf um Ressourcen, da auch dieser eine entscheidende Rolle für die Konflikteskalation spielte und als Auslöser für die weiteren Aktionen auf Bougainville betrachtet werden kann. Auch das UCDP nennt als Konfliktursache die Inkompatibilität über ein Territorium, womit auch der Kampf um Autonomie und Sezession miteingeschlossen wird.

Die Uneinigkeit zwischen den beiden Kriegsparteien bezeichnet das COW – Project hingegen als Streit um lokale Probleme. Diese würden in diesem Fall die Umweltverschmutzung auf Bougainville durch den Betrieb der Kupfermine einschließen sowie die weiteren Auswirkungen und sozialen Probleme, welche in Folge dessen ausgelöst wurden. Der langjährige Kampf um Unabhängigkeit würde somit nicht in die Definition des „Bürgerkriegs, in dem über lokale Probleme gekämpft wird, passen.

Sowohl das Correlates of War Project als auch das Uppsala Department sind sich einig, dass es einen Rückgang von Kriegen hoher Intensität und klassischen zwischenstaatlichen Kriegen gegeben hat. Mit Kriegen hoher Intensität sind hier Kriege gemeint, welche mehr als 1,000 Todesopfer zählen. Üblich sind nun stattdessen Kriege geringerer Intensität geworden, nämlich solche, denen weniger als 1,000 Kriegstote zum Opfer fallen. Auch hat die Dauer von Kriegen zugenommen und ebenso die Wahrscheinlichkeit von Wiederholungen oder erneuten Fortsetzungen eines Krieges ist nun häufiger. Das bedeutet, dass es schwieriger ist, einen Krieg tatsächlich zu beenden, da es zwar öfters Waffenstillstände gibt, diese jedoch nicht von Dauer sind und durch erneute Angriffe unterbrochen werden.

10. Kritische Betrachtung der untersuchten Kriegstypologien

Nachdem im vorangehenden Kapitel die Ergebnisse sowie die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Typologien herausgearbeitet wurden, widmet sich folgender Abschnitt nun einer kritischen Betrachtung der hier untersuchten Kriegsforschungsdatenbanken, um so entscheiden zu können, welche der vorliegenden Typologien für den untersuchten Fall, den Konflikt auf Bougainville, am geeignetsten ist.

Von Vorteil im Falle des Sezessionskriegs zwischen der Zentralregierung und der BRA ist vor allem die Kriegstypologie der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung Hamburg, da diese auf qualitativer Forschung beruht und somit den Konfliktgegenstand sowie die Konfliktziele als maßgeblich für die Typologie betrachtet. Allerdings ist hier zu kritisieren, dass sich die Konfliktgegenstände im Laufe des Krieges auch ändern können oder etwa nicht immer nur ein Konfliktgegenstand vorliegt, sondern durchaus Überschneidungen möglich sind. Nicht selten ist es der Fall, dass unterschiedliche Kriegsursachen gleichzeitig vorhanden sind und es in einem Krieg sowohl um die Befreiung von Kolonialherrschaft als auch um den Erhalt von Sezession von einem Staat oder Autonomie innerhalb eines Staates gehen kann. Zudem kann ein Krieg etwa als Kriegstyp B, Autonomie- und Sezessionskrieg beginnen, im Laufe des Geschehens jedoch seine Kriegsziele verändern und zu einem Antiregime – Krieg, in welchem es um den Sturz einer Regierung oder die Veränderung eines politischen Systems geht, werden. Diese Veränderungen im Laufe des Kriegsgeschehens werden von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung jedoch nicht ausreichend erfasst und in der Datenbank lediglich nur ein Kriegstyp angegeben.

In der Kriegstypologie des Correlates of War Projects sowie des Uppsala Departments of Peace and Conflict Research wird hingegen quantitativ gearbeitet und die Anzahl der kriegsbedingten Todesfälle gemessen. Das bedeutet, dass in beiden Fällen ein bestimmter Schwellenwert, im Falle des CoW – Projects mindestens 1,000 kampfbedingte Todesfälle und im Falle des UCDPs mindestens 25, überschritten werden muss, um einen Krieg als solchen einzustufen. Vor allem in der Typologie des CoW – Projects werden bloß direkt getötete Kombattanten in die Analyse miteinbezogen, sodass indirekt im Krieg getötete ZivilistInnen hier nicht berücksichtigt werden. Die Zahl der gefallenen Militärstreitkräfte zu messen ist einfach, da diese Zahlen einerseits von der Regierung erfasst werden und andererseits das Militärpersonal in neuen Kriegen geringer ist als die Anzahl unregelmäßiger Streitkräfte. Es ist somit schwierig zu

bestimmen, ob ZivilistInnen aufgrund direkter Kriegsfolgen getötet worden sind oder indirekt in Folge von Krankheiten oder ähnlichem.

So ist dies auch im Fall von Bougainville zu betrachten. Diese Typologie ist für den Krieg auf Bougainville nicht geeignet, da hier vor allem die Zivilbevölkerung von den Angriffen, sowohl von Seiten der BRA als auch von Seiten der PNGDF und der Resistance Forces betroffen war. Der Großteil der Opfer im Bougainville – Krieg waren ZivilistInnen. In der Kriegstypenforschung des Correlates of War Projects werden diese Opfer allerdings nicht erfasst und somit werden die Gräueltaten im Krieg nicht in ihrem vollen Umfang untersucht und dargestellt. Sich daher bloß auf im Krieg gefallene Kombattanten zu fokussieren, ist in diesem Fall nicht von Vorteil. Denn auch in diesem Krieg gab es wenige direkte Kampfhandlungen der Streitkräfte, denen Soldaten des offiziellen Militärs zum Opfer gefallen sind, sondern vielmehr willkürliche Angriffe auf die Bevölkerung. Aufzeichnungen zu den Gefallenen auf Seiten der Zentralregierung, nämlich über die Soldaten der PNGDF und die Polizeikräfte, gibt es somit reichlich, Daten über den Großteil der gefallenen Opfer sind allerdings unzureichend (vgl. Kaldor 2013: 9).

Auch das UCDP bezieht sich in seiner Typologie vorwiegend auf die Anzahl der im Krieg getöteten Kombattanten, schließt allerdings auch ZivilistInnen mit ein. Doch hier werden bloß jene ZivilistInnen miteinkalkuliert, welche durch direkte physische Gewalt im Laufe der Kampfhandlungen getötet wurden. Wenn man jedoch die Anzahl der ZivilistInnen betrachtet, welche während der Seeblockade über Bougainville ums Leben gekommen sind, bildet auch diese Typologie nicht die geeignetste für den hier untersuchten Fall. Während der von der Zentralregierung verhängten Blockade über Bougainville, starben tausende Menschen in Folge von Hungersnöten, medizinischer Unterversorgung und aufgrund der Folgewirkungen von Krankheiten. Die von dieser Blockade betroffenen Opfer werden nicht in der Anzahl der kriegsbedingten Todesfälle des UCDP erfasst, obwohl es sich auch bei diesen um direkte Folgen des Krieges handelt. Hinzu kommen zahlreiche Folterungen und Vergewaltigungen, welche insbesondere an Frauen und Kindern verursacht wurden und nicht zum Tod der betroffenen führten. Diese Ereignisse verlieren aufgrund der Fokussierung auf direkte Opferzahlen an Bedeutung. Dadurch findet auch hier eine nicht dem Schweregrad dieses Krieges angepasste Analyse statt und die vom UCDP veröffentlichten Opferzahlen entsprechen bei weitem nicht der Anzahl der tatsächlich im Krieg gestorbenen ZivilistInnen, welche sich auf weit über 10.000 belaufen.

Zudem ist eine quantitative, rein auf Kriegstote bezogene Kriegsforschung auch im weiteren Sinne schwierig, da auf diese Weise ein Krieg nicht von innen heraus untersucht werden kann, sondern bloß auf Basis quantitativer Daten geforscht wird. Dadurch geht viel Hintergrundinformation verloren und das Kriegsgeschehen wird nicht in seinem ganzen Umfang untersucht. Zwar werden im Falle der Kriegstypologie des COW – Projects als auch des UCDPs auch weitere Aspekte untersucht, allerdings ist die Anzahl der Kriegstoten ausschlaggebend, um einen Krieg als solchen in ihrer Datenbank überhaupt zu erfassen.

Problematisch ist vor allem die Typologie des COW – Projects auch dahingehend, als dass sie keine weiteren Intensitätsstufen unterhalb der 1,000 getöteten Soldaten bietet. Denn das würde bedeuten, dass im Falle von knapp unter 1,000 getöteten Soldaten eine gewaltsame Auseinandersetzung nicht mehr als Krieg definiert werden würde und somit von der Datenbank auch nicht erfasst. Dieses Problem gibt es in der Analyse des UCDP nicht, da hier auch kriegsbedingte Todesfälle unterhalb der von dem COW – Project vorgegebenen Schwelle von 1,000 Toten erfasst werden. Dadurch können etwa auch kleine oder mittlere bewaffnete Konflikte berücksichtigt werden.

Im Falle des Krieges auf Bougainville ist solch eine Fokussierung auf Opferzahlen zudem ungünstig, da hier vor allem ökologische, soziale und wirtschaftliche Schäden maßgeblich zur Eskalation des Krieges beigetragen haben. Mit dem Sezessionskrieg ging ein Konflikt um Ethnizität und Zugehörigkeit einher, sowie in Folge der Auswirkungen der Panguna - Kupfermine ein Konflikt um Ausbeutung von Seiten der Zentralregierung und finanziellen Ruin. Die hier angerichteten Zerstörungen auf Bougainville, welche vor allem Landbesitzer in den Ruin trieben, werden mit dieser quantitativen Analyse nicht erfasst. Hinzu kommt, dass es sich bei der bekannten Anzahl der Opfer nicht um vollständige Zahlen handelt, sondern um bloße Schätzungen. Bekannt ist, dass in diesem Krieg rund 20.000 Menschen ums Leben gekommen sind, davon rund 1.000, welche direkt an den Kampfhandlungen beteiligt waren (vgl. Böge 2008: 7f.). Doch das tatsächliche Ausmaß dieses Krieges ist nicht bekannt, daher ist es in diesem Fall nicht sinnvoll, sich auf Schätzungen zu beziehen und die Anzahl der Todesopfer als maßgebliches Kriterium zur Typologisierung eines Krieges heranzuziehen. Zudem mussten im Laufe des Krieges zahlreiche InselbewohnerInnen ihren Wohnort verlassen und Schutz in Auffanglagern suchen, da ihr Wohnort von den Streitkräften der Zentralregierung besetzt wurde oder aufgrund der Auswirkungen der Panguna – Mine nicht mehr bewohnbar war. Die Anzahl der Geflüchteten wird ebenfalls nicht von den beiden quantitativen Datenbanken miteinbezogen.

Auch das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung untersucht vorwiegend die Konfliktintensität eines Krieges oder gewaltsamen Konflikts, bezieht hier jedoch unterschiedliche Aspekte wie etwa die Anzahl der Waffen, des Personals, der Todesfälle, der Geflüchteten sowie das Ausmaß der Zerstörungen mit ein. Von Vorteil ist hier auch, dass eine Kategorisierung nach verschiedenen Konfliktursachen getroffen wird, welche für den Krieg auf Bougainville geeignet ist. Im Fall von Bougainville wird vor allem der Kampf um Ressourcen und um Sezession vom Staatenverband genannt, womit die Konfliktziele in diesem Krieg dargestellt werden. Auch die Untersuchung der angerichteten Zerstörungen sowie der Vertriebenen ist wichtig, da diese auf Bougainville zentrale Folgen des Krieges darstellten. Somit bietet das Heidelberger Institut diesbezüglich durchaus eine brauchbare Typologie für den Krieg zwischen der Zentralregierung Papua – Neuguineas und der BRA, da einerseits der Konfliktgegenstand näher beleuchtet wird sowie andererseits auch das Ausmaß der Zerstörungen und die Anzahl der kriegsbedingten Vertriebenen. Allerdings spielt in der Forschung des HIIK auch die Anzahl der Kriegstoten eine bedeutende Rolle und wie bereits in der Analyse des COW – Projects, werden auch hier nur jene Opfer in die Untersuchung miteinbezogen, welche in Folge gewaltsamer Maßnahmen oder deren direkten Konsequenzen getötet wurden. Personen, welche in Folge indirekter Effekte, wie etwa Hungersnot oder Erkrankung, gestorben sind, werden hier nicht erfasst (vgl. HIIK 2017: 7). Dadurch wird auch in der Kriegstypologie des HIIK der Krieg auf Bougainville nicht in seinem vollen Umfang wiedergegeben, da nicht nur Soldaten im direkten Kampfgefecht in diesem Krieg gestorben sind. Das HIIK hat gegenüber des COW – Projects und des UCDP zwar den Vorteil, dass es sich nicht bloß auf die Anzahl der Kriegstoten fokussiert und zudem auch die Anzahl der Vertriebenen und das Ausmaß der Zerstörungen als wesentliche Kriterien der Kriegstypologie erfasst, allerdings handelt es sich auch hier um eine überwiegend quantitativ forschende Datenbank, welche größtenteils anhand von Zahlen arbeitet. So muss eine gewisse Anzahl von Kriegstoten oder Kriegsteilnehmern gegeben sein, um die Kriterien für einen begrenzten Krieg oder einen tatsächlichen Krieg zu erfüllen. Die Geschehnisse auf Bougainville werden nach der Analyse des HIIK nicht als Krieg gewertet, sondern lediglich als gewaltsame Krise. In der Typologie der AKUF hingegen wird zwischen bewaffneten Konflikten und unterschiedlichen Kriegsorten, welche genauer auf die Konfliktziele und den Konfliktgegenstand eingehen, unterschieden. So ist hier im Fall von Bougainville von einem Sezessions- und Autonomiekrieg die Rede, welcher klar von einem bloßen bewaffneten Konflikt unterhalb der Kriegsschwelle zu unterscheiden ist.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Fokussierung auf reguläre Streitkräfte der Regierung, mit welchen das offizielle Militär des Staates, paramilitärische Verbände oder Polizeieinheiten gemeint sind (vgl. AKUF 2016). In der Kriegsdefinition der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung wird vorausgesetzt, dass „an den Kämpfen [...] zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt [sind], bei denen es sich auf mindestens einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt“ (AKUF 2016). Das bedeutet, dass eine der beiden Konfliktparteien eine staatliche Regierung sein muss, um von einem Krieg sprechen zu können. Im Falle des Sezessionskriegs auf Bougainville ist dies der Fall, sodass hier eine Einbettung in vorgegebene Kriegstypen möglich ist. Diese Definition trifft zwar auf den untersuchten Fall zu, sie ist allerdings nicht zeitgemäß, wenn man den Großteil der Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet, welche überwiegend zwischen nicht – staatlichen Akteuren stattgefunden haben. Aus diesem Grund wurde von der AKUF im Jahr 1993 die Kategorie der *bewaffneten Konflikte* beigefügt, um auch gegenwärtige Konflikte erfassen zu können.

Auch das Uppsala Conflict Data Program weist in seiner Kriegstypologie eine Staatszentriertheit auf und setzt voraus, dass eine der beiden Konfliktparteien eine staatliche Regierung umfassen muss. Staaten spielen zwar durchaus noch eine wichtige Rolle, wenn es um die Durchsetzung von Gewalt geht, allerdings wird deutlich, dass Gewaltkonflikte der Gegenwart vorwiegend solche sind, in welchen auf beiden Seiten nicht – staatliche Akteure partizipieren (vgl. BICC für bpb 2011). Bei den hier untersuchten Datenbanken wird überwiegend zwischen intra – state und inter – state wars unterschieden und manche unterscheiden zusätzlich zwischen sub – state und non – state wars. Doch das Problem ist, dass in den aktuellen Konfliktlagen oft nur noch schwer unterschieden werden kann, ob und wann es sich um einen staatlichen oder nicht – staatlichen beziehungsweise externen oder internen Krieg handelt, da die Akteure sich verändert haben und die Grenzen sich zunehmend überschneiden (vgl. Kaldor 2013: 7). Daher kann keine der hier untersuchten Datenbanken das tatsächliche Ausmaß neuer Kriege erfassen und vor allem dann nicht, wenn diese ihre Typologie auf die Anzahl der Todesopfer beziehen. Mittlerweile versucht allerdings auch das UCDP sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und hat seine Kategorien zur Kriegstypologie um die Kategorie der *einseitigen und nicht – staatlichen* Gewaltkonflikte erweitert (vgl. ebd.: 8).

Ein Kritikpunkt, welcher auf alle hier untersuchten Datenbanken zutrifft ist, dass in keinem Fall das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen untersucht wird. Zwar war es möglich, die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen auf Bougainville während des Sezessionskrieges mit

Hilfe der Veröffentlichungen Amnesty Internationals herauszufinden, allerdings bilden diese kein Untersuchungskriterium im Rahmen der Datenbanken selbst. Menschenrechtsverletzungen sind jedoch ein schwerwiegendes Vergehen und in der traurigen Realität der Kriege oftmals Gang und Gebe und sollten auch dahingehend von den Kriegsforschungsinstituten untersucht werden. Einzig im Uppsala Department of Peace and Conflict Research findet sich eine Auflistung einiger menschenrechtswidriger Aktivitäten der PNGDF wieder, welche im Rahmen der einseitigen Handlungen der Regierung gegenüber der BRA und der Bevölkerung Bougainvilles untersucht wurden. Allerdings findet hier keine Analyse bezüglich der Menschenrechtsverletzungen statt, sondern vielmehr eine Analyse der einseitigen Gewalthandlungen der PNGDF. Denn einseitige Konflikte bilden neben staatlichen und nicht – staatlichen Konflikten einen der drei wesentlichen Konfliktkategorien.

Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen als wesentliches Analyse Kriterium in den unterschiedlichen Kriegsforschungsdatenbanken zu etablieren und Kriege künftig auch in Bezug darauf zu untersuchen, wäre somit äußerst wichtig und sowohl für qualitativ als auch für quantitativ arbeitende Datenbanken förderlich.

Kritisch zu betrachten ist auch die Typologie des COW – Projects, welche eine eigene Kategorie der Bürgerkriege anbietet. Es ist die einzige hier untersuchte Datenbank, welche eine Unterscheidung nach diesem Kriegstyp trifft. Der Krieg auf Bougainville wäre der Definition nach somit Kriegstyp 5, nämlich ein Bürgerkrieg, in dem über lokale Probleme gekämpft wird. Zwar sind diesem Krieg überwiegend ZivilistInnen zum Opfer gefallen, allerdings gibt es keine genauen Zahlen darüber, wie viele genau während des Krieges gestorben sind. Stattdessen können nur Schätzungen vorgenommen werden, sodass die Messung von Bürgerkriegen problematisch ist. Der Begriff Bürgerkrieg wird zudem weitestgehend vermieden, wenn es um die Analyse von Kriegen geht, da es schwierig zu definieren ist, wann es sich um einen Bürgerkrieg handelt. Small und Singer verstehen unter Bürgerkriegen jene Kriege, welche zwischen einem Staat und einer Gruppe innerhalb staatlichen Grenzen geführt werden (vgl. COW o.J.: 2). Im Fall von Bougainville hat es zwar keine unmittelbare Fremdenbeteiligung gegeben, dennoch waren eine Reihe von externen Akteuren in diesem Krieg involviert. Vor allem die Rolle Neuseelands als Vermittler ist hier zu nennen, ohne welche der Krieg auf Bougainville nicht beigelegt hätte werden können. Zudem gibt es keine einheitliche Definition von Bürgerkriegen und diese zu messen ist äußerst schwierig, weshalb viel eher die Kategorie der innerstaatlichen Kriege herangezogen wird, um Kriege zwischen der Regierung eines Staates und einer nicht – staatlichen Gruppe innerhalb des Staates zu beschreiben.

Trotz der Kritik an der Kriegstypenforschung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung Hamburg, eine deutliche Staatszentriertheit in ihrer Kriegsdefinition aufzuweisen und sich auf die jeweiligen Kriegsziele der Konfliktparteien zu spezialisieren, wenn diese sich im Laufe des Geschehens verändern können, ist nach umfassender Untersuchung der vier Datenbanken zur Kriegsursachenforschung festzuhalten, dass es sich bei der Typologie der AKUF um die für den untersuchten Fall geeignetste Typologie handelt. Denn der Konflikt zwischen der Zentralregierung und der Rebellengruppe auf Bougainville lässt sich in dieser qualitativen Analyse am besten einordnen, ohne grundlegende Faktoren auszublenden. Zudem erfüllt der Krieg auf Bougainville alle drei Merkmale eines Krieges nach der Definition des ungarischen Friedensforschers István Kende, auf welchem die Kriegsdefinition der AKUF aufbaut. Denn bei den Kämpfen zwischen der PNGDF und der BRA handelte es sich auf der einen Seite um reguläre Streitkräfte, nämlich das Militär der Zentralregierung, es gab eine zentral gelenkte Organisation und eine Kontinuität der bewaffneten Handlungen (vgl. AKUF 2016).

Im Rahmen dieser Arbeit war es mit Hilfe dieser Datenbank möglich, den Sezessionskrieg als solchen anzuerkennen und sowohl Kriegsgegenstand als auch Kriegsziele umfassend zu erläutern. Dadurch konnte der Krieg von innen heraus untersucht werden, ohne sich bei der Analyse auf quantitative Daten begrenzen zu müssen. Somit ist der Kriegstyp B – 2, welcher einen Autonomie- und Sezessionskrieg ohne unmittelbare Fremdenbeteiligung beschreibt, in welchem um größere regionale Autonomie innerhalb des Staatsverbandes oder um Sezession vom Staatsverband gekämpft wird, durchaus zutreffend (vgl. AKUF 2016).

Vorteilhaft ist hier vor allem, dass der Fokus nicht auf Kriterien wie Konflikttintensität und Opferzahlen gelegt wird, da diese in dem vorliegenden Fall nicht ausreichend erfasst werden hätten können. Schätzungen zufolge sind in dem beinahe zehn Jahre andauernden Sezessionskrieg auf Bougainville etwa 15,000 – 20,000 Menschen, allen voran ZivilistInnen, ums Leben gekommen. Diese Zahl beläuft sich allerdings bloß auf Schätzungen, sodass auch quantitative Datenbanken hier nicht genaue Zahlen liefern können. Hinzu kommt, dass Beobachtergruppen, wie etwa VertreterInnen Amnesty Internationals, aufgrund eines Verbots der Zentralregierung PNGs keinen Zutritt in das direkte Kriegsgebiet auf Bougainville erhielten und somit keine detaillierten Aufzeichnungen, welche das realistische Ausmaß der Kampfhandlungen wiedergeben würden, gemacht werden konnten. Sich daher bloß auf die Anzahl der getöteten Soldaten zu beziehen, wäre dem brutalen Krieg auf der Insel nicht gerecht. Hinzu kommt, dass Fremdenbeteiligung in der AKUF als zentrale Analysekategorie für die Bestimmung eines Kriegstyps gewertet wird. So war es möglich, den Krieg auch dahingehend

genauestens zu untersuchen und alle in diesem Krieg involvierten externen Akteure sowie ihre Einflüsse zu behandeln. Es spielen hier somit nicht nur die zwei Kriegsparteien eine zentrale Rolle, sondern auch jene Akteure, welche Unterstützung geleistet haben. Es wird genau beschrieben, in welchem Ausmaß die nicht unmittelbare Fremdenbeteiligung stattgefunden hat und mit Hilfe welches dritten Akteurs der Krieg beigelegt werden konnte, was in der Analyse der drei quantitativ forschenden Datenbanken nicht der Fall ist.

Man könnte meinen, dass eine qualitative Untersuchung von Kriegen vorteilhafter ist als rein quantitative, da man auf diese Art und Weise untersuchen kann, worum es geht und was genau im Rahmen der Kampfhandlungen geschehen ist, während quantitativ arbeitende Datenbanken einen Krieg oftmals anhand von exogenen Kriterien untersuchen.

Die Kriegsforschung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung ist die eheste der hier untersuchten Datenbanken, welche nah an der clausewitz'schen Auffassung von Krieg herankommt. Denn dieser vermeidet weitestgehend eine umfassende Kriegstypologie, da er der Ansicht ist, dass alle Kriege ihre Eigentümlichkeit besitzen und einen besonderen Charakter aufweisen und daher nicht in Klassen gebracht werden sollten (vgl. Frank 2007: 27). Allerdings trifft die AKUF eine Klassifizierung hinsichtlich der Kriegsziele und der Kriegsgegenstände, wodurch Kriege in gewisser Weise doch in bestimmte Klassen, wenn auch nicht so umfangreich wie in der Typologie der quantitativen Ansätze, eingeordnet werden.

Doch quantitativ arbeitende Institute ermöglichen es, Kriege statistisch zu erfassen und miteinander zu vergleichen, was wiederum bei qualitativen Instituten schwieriger wäre.

Beide Herangehensweisen haben somit genauer betrachtet ihre Vor- und Nachteile, sodass das Vorhandensein sowohl qualitativer als auch quantitativer Datenbanken in der Kriegsursachenforschung von Vorteil ist. Denn mit dieser Methodentriangulation können verschiedene Sichtweisen festgehalten und eventuelle Mängel im jeweils qualitativen oder quantitativen Forschungsbereich ausgeglichen und ergänzt werden.

11. Anwendung der Theorie Mary Kaldors auf das Beispiel Bougainville

In Kapitel 3 wurden die Grundzüge der Theorie Mary Kaldors über den Wandel im Kriegsgeschehen seit Ende des Kalten Krieges bereits dargestellt und sollen nun auf den untersuchten Fall angewandt werden.

Es stellt sich die Frage, inwiefern der Krieg auf Bougainville der Theorie über die neuen oder „kleinen“ Kriege entspricht und anhand welcher Aspekte dieser in die Theorie Kaldors eingebettet werden kann.

Wie bereits erwähnt, geht Kaldor davon aus, dass mit Ende des Kalten Krieges die klassischen zwischenstaatlichen Kriege ein Ende genommen haben und seither neue Formen der Kriegsführung an den Tag getreten sind. Gemeint sind damit sogenannte Kleinkriege, welche überwiegend zwischen unterschiedlichen Akteuren innerhalb eines Staates ausgetragen werden.

Wenn man sich die Eigenschaften der Theorie Kaldors ansieht, fällt auf, dass der Krieg auf Bougainville zwischen den Streitkräften der Regierung auf der einen und den Rebellen auf der anderen Seite dieser in vieler Hinsicht zuzuordnen ist.

Ein grundlegendes Merkmal dieser neuen Kriege ist etwa die zunehmende internationale Beteiligung, welche allen voran Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Vereinten Nationen, die Europäische Union oder Söldnertruppen aus anderen Ländern umfasst (vgl. Kaldor 1999: 12). Obwohl es sich bei den neuen Kriegen vorwiegend um innerstaatliche Konflikte handelt, sind dennoch eine Reihe von außerstaatlichen Akteuren organisatorisch darin verwickelt. Sie nehmen zwar in den meisten Fällen nicht direkt an den Kampfhandlungen teil, spielen jedoch eine maßgebliche Rolle, wenn es um die Beratung, Beobachtung, Friedensstiftung oder um die materielle Ausstattung der Kriegsparteien geht. Dieses Merkmal trifft durchaus auf den Krieg zwischen der Zentralregierung Papua – Neuguineas und der Sezessionisten auf der Insel zu. Denn auch in diesem Fall handelte es sich zwar um einen lokal begrenzten Krieg, welcher sich bloß auf der Insel Bougainville und dem Inselstaat Papua – Neuguinea abspielte, jedoch stand dieser unter breiter externer Beobachtung und zeichnete sich durch die Einmischung externer Akteure aus. Zu nennen ist hier vor allem die entscheidende Rolle als Friedensvermittler des Nachbarstaates Neuseeland, die Waffenausrüstung der PNGDF durch den Nachbarstaat Australien oder etwa die Involvierung der NGO Amnesty International,

welche eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen auf der Insel spielte. Hinzu kommt die Beteiligung der britisch – afrikanischen Söldnertruppe Sandline International, welche von Premierminister Chan beauftragt wurde, um der Regierung dabei zu helfen, die Rebellen der BRA zu stürzen (vgl. Böge 2008: 8). Bei all diesen externen Akteuren handelte es sich lediglich um unabhängige Vermittler und Berater, welche keineswegs in Form von Gewalthandlungen in die Auseinandersetzungen eingebunden waren. Vor allem der Einsatz der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der neutralen internationalen Beobachtergruppe PMG spielte eine zentrale Rolle dabei, die Stabilität und Sicherheit auf Bougainville nach Ende des Krieges zu bewahren und die humanitären Rechte der Zivilbevölkerung aufrechtzuerhalten (vgl. Böge 1998: 5).

Neue Kriege sind zudem Kriege, welche vorwiegend aufgrund von unterschiedlichen religiösen und ethnischen Ansichten geführt werden. Während es in den klassischen Kriegen, so wie sie Clausewitz definiert hat, noch um geopolitische Interessen oder um die Durchsetzung einer bestimmten Ideologie ging, werden neue Kriege hingegen rund um Identitäten geführt. Die Bedeutung von Identität wächst und die Schaffung einer einheitlichen, traditionellen Identität wird somit zum Ziel vieler neuen Kriege. Es wird versucht, Territorien von Menschen mit abweichenden Identitäten zu bereinigen und stattdessen an die Mehrheit anzupassen (vgl. Kaldor 1999: 110, 174). Auch dieses Kriterium ist im Falle des Krieges auf Bougainville zutreffend, da hier die ethnischen Unterschiede zwischen den beiden Kriegsparteien eine wichtige Rolle spielten und ausschlaggebend dafür waren, in erster Linie eine Sezession vom Zentralstaat zu fordern. Denn die InselbewohnerInnen fühlten sich den benachbarten Solomonen Inseln zugehöriger als dem eigentlichen Staat Papua – Neuguinea. Von den EinwohnerInnen des Zentralstaates unterschieden sie sich nicht nur hinsichtlich kultureller und historischer Gegebenheiten, sondern auch optisch aufgrund der unterschiedlichen Hautfarbe. Während die Bougainvilleans, so wie die EinwohnerInnen auf den Solomonen, aufgrund ihrer dunklen Hautfarbe als *blackskins* bekannt waren, wurden die BewohnerInnen Papua – Neuguineas aufgrund ihrer helleren Hautfarbe als *redskins* bezeichnet (vgl. Parliament of Australia 1999: 15f.). Diese Differenzen bezüglich der Identität der beiden Gruppen führten schließlich zu Sezessionsbestrebungen und nicht zuletzt auch zum Ausbruch des beinahe zehn Jahre andauernden Krieges.

Eine weitere Eigenschaft der neuen Kleinkriege ist die Veränderung in der Art der Kriegsführung. Gewalt wurde aufgrund der Zunahme paramilitärischer Gruppen und

organisiertem Verbrechen zunehmend privatisiert und das staatliche Gewaltmonopol nach und nach abgebaut (vgl. Kaldor 1999: 13f.). Es wird nicht mehr versucht, ein Territorium durch militärische Mittel zu übernehmen, sondern durch politische. Im Vordergrund stehen nicht länger Schlachten zwischen den Kriegsparteien in Form von massiver Truppenkonzentration, sondern vielmehr der Guerillakampf. Das bedeutet, dass das Territorium mittels größtenteils unorganisierter, gewaltvoller Vorgänge unterschiedlicher Gruppen aus der Bevölkerung eingenommen wird und durch die bewusste politische Kontrolle der Zivilbevölkerung versucht wird, den Gegner zu Fall zu bringen. Kampfgefechte im klassischen Sinne sind hingegen selten. Es nehmen im Vergleich zu den „alten“ zwischenstaatlichen Kriegen nur wenige Menschen am Krieg teil, dennoch sind diese dadurch nicht weniger brutal (vgl. Kaldor 1999: 17f.).

Diese Form des Krieges, nämlich der Guerillakrieg, ist auch im Fall des Krieges auf Bougainville erkenntlich. Die BRA setzte sich in erster Linie aus jungen, arbeitslosen Männern und kriminellen Jugendbanden auf der Insel zusammen, die von Francis Ona zu einer Armee diszipliniert wurden. Es handelte sich um eine Gruppe von Rebellen, welche im Laufe der Jahre immer stärker wurde und sich durch Raub und Plünderung finanzierte. Nur so war es möglich, gegen die Streitkräfte der Zentralregierung, welche sich aus dem papuanischen Militär, Polizeibanden und Paramilitärs auf der Insel zusammensetzten, anzukämpfen. Auch von Seiten der PNGDF wurde diese brutale Art der Kriegsführung fortgeführt, indem vor allem die Zivilbevölkerung Zielscheibe für zahlreiche Anschläge von Seiten der Streitkräfte der Zentralregierung war. Mittels Vergewaltigung, Raub, Vertreibung und Massenmorden wurde versucht, die Kontrolle über die Bevölkerung zu übernehmen anstatt vorwiegend gegen die Kämpfer der BRA vorzugehen. Vor allem Vergewaltigung wurde in diesem Krieg als wichtige Waffe eingesetzt und machte einen Großteil der Gewalthandlungen gegen Frauen aus. Denn tausende auf der Insel lebende Frauen und junge Mädchen fielen sowohl der Gewalt der Regierungstreitkräfte als auch der Gewalt der Kämpfer der BRA zum Opfer. Das führte nicht zuletzt auch zu einer hohen Anzahl an alleinerziehenden Müttern, welche nun Kinder aus Vergewaltigungen zu versorgen hatten (vgl. PNG Mine Watch 2011). Die typischen Kämpfer in diesem Krieg sind daher vor allem lokale Gruppen wie die BRA und irreguläre Kampftruppen wie etwa paramilitärische Verbände, die unter dem Befehl der Zentralregierung standen, ausländische Söldnertruppen und lokale, von Zivilisten unterstützte Polizeikräfte (vgl. Kaldor 1999: 76). Der papuanischen Zentralregierung standen die Resistance Forces als paramilitärischer Verband auf der Insel Bougainville zur Seite, welche sich durch ihre kriminelle Vorgehensweise auszeichneten (vgl. Böge 2008: 7). Auch die Polizeiverbände in Papua – Neuguinea gehörten allesamt den Streitkräften der Regierung an und ebenso die

ausländischen Söldner aus Großbritannien. Zwar bekämpften sich die Kriegsparteien auch gegenseitig, doch diese Kämpfe fanden nicht auf dem klassischen Schlachtfeld statt, so wie sie bis Mitte des 20. Jahrhunderts noch geführt wurden, sondern in Form von unangekündigten, gewaltvollen Übergriffe auf ZivilistInnen (vgl. Böge 2008: 7f.). Krieg wurde somit nicht gegen eine gegnerische Seite geführt, sondern gegen die Zivilbevölkerung (vgl. Kaldor 1999: 82).

Ein weiteres Merkmal neuer Kriege, das Kaldor nennt, ist die Veränderung in der Art der Finanzierung von Kriegen. Denn die klassischen Kriege bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts wurden als Angelegenheit des Staates betrachtet und mit Hilfe von Steuern, Anleihen und Krediten finanziert. Doch mittlerweile wird es immer schwieriger, Steuern einzutreiben, sodass auch Staaten nach alternativen Finanzierungsquellen suchen müssen. Zu diesen alternativen Finanzierungsquellen zählen allen voran Raub und Plünderung, Unterstützung durch ausländische Regierungen aber auch Blockaden, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu kontrollieren (vgl. Kaldor 1999: 162f.). Kriege bieten dadurch eine Legitimationsgrundlage dafür, sich durch kriminelle Vorgehensweisen persönlich zu bereichern und gleichzeitig die nötigen Einnahmequellen für die Fortsetzung des Krieges zu beschaffen. Man ist schließlich auf permanente Auseinandersetzungen angewiesen, um weiterhin die jeweiligen Machtpositionen zu sichern und den Zugang zu Ressourcen zu schützen (vgl. ebd.: 174).

Auch diese Eigenschaft findet sich im Fall von Papua – Neuguinea wieder. Zwar wurde die PNGDF vom Staat Papua – Neuguinea unterstützt und finanziert, dennoch gab es auch hier externe Finanzierungshilfe, vor allem durch Australien, welche das Militär der papuanischen Regierung mit Waffen und Munitionen ausstatteten und auch finanzielle Hilfestellung im Krieg leisteten. Ebenso bildete Raub und Plünderung einen maßgeblichen Finanzierungsfaktor, was jedoch nicht nur von Seiten der PNGDF und der Resistance Forces ausgeübt wurde, sondern vor allem von Seiten der Rebellen. Diese waren als Sezessionsbewegung nämlich ausschließlich auf private Finanzierung angewiesen. Die Besitztümer der InselbewohnerInnen wurden geplündert, während sie selbst aus ihren Häusern vertrieben wurden. Zudem hatten die Soldaten der PNGDF und der RF die Kontrolle über einen Großteil des Inselgebietes inne und konnten so gewaltsam gegen die hier lebenden ZivilistInnen vorgehen (vgl. Böge 1994:18f.).

Auch eine Seeblockade wurde über die Insel verhängt, sodass die Inselbewohner auf finanzielle Nachbarschaftshilfe von den Solomonen angewiesen waren und die Regierung PNGs die Kontrolle über die Versorgung mit Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten hatte.

Auch das Kriterium der fehlenden Unterscheidbarkeit zwischen Krieg und Frieden trifft auf den vorliegenden Fall zu. Mary Kaldor argumentiert, dass die Veränderungen im Kriegsgeschehen damit einhergehen, dass es keinen offiziellen Kriegsbeginn in Form einer Kriegserklärung gibt, sondern die Grenzen zwischen Krieg und Frieden schwammig verlaufen. Stattdessen sind neue Kriege durch kurze Phasen des Waffenstillstandes gekennzeichnet, welche sich im Laufe der Kriegsdauer mehrfach wiederholen (vgl. Kaldor 2013: 2).

Auch im untersuchten Fall gab es weder eine offizielle Kriegserklärung, noch einen völlig abgesicherten Friedensschluss. Zwar einigte man sich im Jänner 1998 im Rahmen des Lincoln Agreements auf einen permanenten Waffenstillstand und eine friedliche Lösung des Konflikts, dennoch wurden eine Reihe von neutralen Beobachtergruppen auf die Insel berufen, um die Situation zu bewachen und mögliche erneute Ausschreitungen zu verhindern (vgl. Böge 1998: 5f.). Denn man einigte sich zwar auf einen Waffenstillstand und zog die Truppen von der Insel ab, dennoch ist die Lage auf Bougainville weiterhin angespannt, vor allem aufgrund der weiterhin fehlenden Reparationszahlungen nach dem Krieg und dem bislang ausbleibenden Verbleib über den Status Bougainvilles. Hinzu kommen die ökologischen Auswirkungen der Panguna - Mine, welche nicht rückgängig gemacht werden können und die Insel und ihre BewohnerInnen auch heute noch belasten. Zudem wurden im Laufe des beinahe zehn Jahre andauernden Krieges des Öfteren Waffenstillstände beschlossen, welche bloß nach kurzer Zeit wieder aufgehoben wurden.

Es wird ersichtlich, dass der Sezessionskrieg auf Bougainville durchaus mit der Theorie Mary Kaldors vereinbar ist und die wesentlichen Eigenschaften ihrer Theorie der neuen Kriege auf diesen Fall übertragbar sind. Denn es handelt sich in der Tat um einen Kleinkrieg, welcher, im Vergleich zu den klassischen Großkriegen, maßgebliche Veränderungen im Kriegsgeschehen des Globalisierungszeitalters aufweist. Den Begriff des „Bürgerkrieges“ vermeidet Kaldor weitestgehend, da auch ihrer Theorie zufolge innerstaatliche Konflikte nicht gleich Bürgerkriege bedeuten. Daran hat wohl vor allem auch die zunehmende Internationalisierung von Kriegen Schuld, welche dazu geführt hat, dass Konflikte nicht mehr intern geführt werden, sondern aufgrund von Fortschritten in der Kommunikationstechnologie der breiten Öffentlichkeit ausgesetzt sind und vermehrt externe Einflüsse verzeichnen.

12. Ergebnisse und Schlussbetrachtungen

Diese Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile: Der erste Hauptteil beschäftigte sich mit der Insel Bougainville und dem hier ausgetragenen Sezessionskrieg zwischen 1989 und 1998 und untersuchte die Faktoren, welche zu der Eskalation der Auseinandersetzung beigetragen haben. Der zweite Hauptteil bezieht sich hingegen auf die genaue Untersuchung des Fallbeispiels und untersuchte dahingehend empirische Kriegstypologien, um den behandelten Krieg in eine auf diesen Fall zutreffende Typologie einzubetten. Hier ging es vor allem um die Prüfung bereits etablierter Kriegstypologien bekannter Datenbanken zur Kriegsforschung, da diese aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsweise nicht immer zum selben Ergebnis kommen und manche Typologien oftmals besser für einen Fall geeignet sein können als andere. Um die Forschungsfrage zu beantworten, war das Ziel daher, einen Vergleich der vier ausgewählten Typologien durchzuführen, um so einerseits Konsens zu finden und Unterschiede aufzuzeigen und andererseits die für den vorliegenden Krieg geeignetste Kriegstypologie zu finden.

Zudem wurde der Wandel im Kriegsgeschehen anhand dieses Beispiels näher erläutert, um aufzuzeigen, inwiefern es sich bei dem Sezessionskrieg auf Bougainville um einen typischen „neuen Krieg“ bzw. „small war“ nach der Definition Mary Kaldors handelt. Dabei wurden vor allem die Akteure und ihre Zielsetzungen im Laufe der Arbeit genauer untersucht, um so den vorliegenden Fall auch tatsächlich in diese Theorie einordnen zu können.

Es fällt auf, dass es unterschiedliche Abstufungen von Konflikten sowie unterschiedliche Stufen der Konfliktintensität gibt, welche von den hier untersuchten Datenbanken auf verschiedene Art und Weise behandelt werden. Das Beispiel Papua – Neuguinea zeigt deutlich, wie diese Abweichungen in der Methodik zu unterschiedlichen Wahrnehmungen eines Krieges führen können. Denn während die eine Datenbank einen Krieg vor allem in Hinblick auf seine Todesopfer als solchen definiert, gibt es andererseits Datenbanken, welche ihre Typologie vielmehr basierend auf den tatsächlichen Ursachen und Gegebenheiten aufbauen. Hierbei handelt es sich um grundlegende Faktoren, welche letztendlich ausschlaggebend dafür sind, wann ein Krieg als Krieg bezeichnet werden kann und wann jedoch bloß von einem bewaffneten oder gewaltsamen Konflikt die Rede ist.

In dieser Arbeit bin ich nach umfassender Untersuchung der hier ausgewählten Datenbanken zur Kriegsursachenforschung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kriegstypologie der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung Hamburg die für den behandelten Fall geeignetste Typologie darstellt.

Denn dieser Typologie zufolge handelt es sich bei dem Konflikt zwischen der Zentralregierung Papua – Neuguineas und der Rebellengruppe auf der Insel um einen Autonomie- oder Sezessionskrieg, in welchem für Sezession von einem Staatsgebiet gekämpft wurde. Dieser Krieg wurde intern ohne die aktive Beteiligung externer Akteure ausgetragen.

Diese Entscheidung wurde vor allem auf Basis einiger wesentlicher Faktoren getroffen, welche für die Typologisierung dieses Krieges entscheidend waren. Denn im Vergleich zu dem Correlates of War Project, dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung und dem Uppsala Department of Peace and Conflict Research, stellte die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung vor allem im Hinblick auf ihre ausführliche qualitative Forschungsmethode, ihre Untersuchung des inneren Charakters eines Krieges oder bewaffneten Konflikts, ihre Kategorisierung des Krieges nach dem Konfliktgegenstand und dem Ausmaß der Fremdenbeteiligung die beste Typologie für den hier untersuchten Krieg zwischen staatlichem Militär und Sezessionisten dar. Es wird hier also nach dem vorliegenden Konfliktgegenstand und der genauen Zielsetzung der Akteure gefragt und nicht nach der Zahl der Todesopfer.

Zwar gibt es natürlich auch Vorteile in der quantitativen Analyse von Kriegen, doch aufgrund der gegebenen Umstände, allen voran dem Ausmaß der Zerstörungen auf der Insel, den tausenden unschuldigen Opfern, den unzureichenden Informationen zu der tatsächlichen Anzahl der Todesopfer und den massiven Schäden, welche bis heute nachwirkend sind, waren diese für das vorliegende Beispiel ungünstig. Denn wie im Laufe der Arbeit bereits erwähnt wurde, wurden von Seiten der Zentralregierung Daten zu dem Ausmaß der Zerstörungen und Todesopfer oftmals verfälscht und neutrale Beobachtungen auf der Insel weitestgehend untersagt. Zudem war das Ausmaß der sozialen, ökologischen und kulturellen Folgen in diesem Krieg besonders hoch, welche jedoch von dem COW – Project und Uppsala bei der Typologisierung eines Krieges nicht als Kriterium herangezogen werden. Dies wäre jedoch in Fällen wie diesen wichtig, zumal es sich hier um einen Krieg handelte, in welchem kulturelle Differenzen, die Zerstörung von Land und der Unterschied zwischen Tradition und Moderne ausschlaggebend für die Entfaltung des Krieges waren.

Mit Hilfe der Typologisierung der AKUF können bewaffnete Konflikte oder Kriege hingegen keineswegs verharmlost oder heruntergespielt werden, da sie in ihrem vollen Umfang untersucht und nicht bloß auf Basis vorgegebener Werte in Datenbanken und Statistiken erfasst werden.

Der Sezessionskrieg auf Papua – Neuguinea ist zudem ein klassisches Beispiel dafür, welche Auswirkungen dieser Wandel im Kriegsgeschehen, so wie Kaldor ihn beschreibt, auf eine Bevölkerung und damit auf Menschen, welche unschuldige Opfer solcher Auseinandersetzungen werden, haben kann. Kennzeichnend waren hier eine grausame Art der Kriegsführung, bei welcher keinerlei Rücksicht genommen wurde und ein primitiver Guerillakampf verherrlicht wurde. Denn in den neuen Kriegen bekämpfen sich nicht länger in erster Linie Kombattanten, sondern ZivilistInnen werden bewusst zum Opfer gemacht, um Macht und Kontrolle gegenüber einem Territorium zu behaupten und Druck auf den Gegner auszuüben. Es sind neue Konfliktlagen an den Tag getreten, welche jedoch nur langsam von den Datenbanken zur Kriegsforschung realisiert wurden. Kaldor spricht vor allem von dem Zeitalter der politisch - organisierten Gewalt, welche den klassischen Staatenkrieg nach der Theorie Clausewitz' in den Hintergrund gedrängt hat und an Stelle dessen Kleinkriege, Kriminalität und Kämpfe zwischen nicht – staatlichen Akteuren gefördert hat.

Nachdem die Theorie Kaldors hier auf das untersuchte Fallbeispiel angewandt wurde, fällt auf, dass auch die Typologisierung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung durchaus ausbaufähig ist und sich noch an die veränderten Gegebenheiten anpassen muss. Denn die Kriegsforschungsinstitute weisen eine starke Staatszentriertheit auf, wonach davon ausgegangen wird, dass einer der beiden Konfliktakteure eine staatliche Regierung darstellt. Dies ist jedoch nicht länger aktuell, wenn man den Großteil der Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet. Dass diese Veränderungen erst sehr spät von den Datenbanken erfasst wurden, fällt etwa daran auf, dass die AKUF die Kategorie der „bewaffneten Konflikte“ erst sehr spät ihrer klassischen, staatszentrierten Kriegsdefinition beigelegt hat. Auch die anderen hier untersuchten Datenbanken legen ihren Fokus auf staatliche Konflikte und nahmen sich erst sehr spät der Kategorie der „sub – staatlichen“ Kriege, in welchen beide Kriegsparteien nicht – staatliche Akteure sind, an.

Im Fall von Papua – Neuguinea war die Typologisierung jedoch ausreichend, da es sich hier auf der einen Seite um einen staatlichen Akteur handelte.

Zu guter Letzt, möchte ich noch auf den Krieg auf Bougainville selbst eingehen und den aktuellen Verbleib der Inselregion schildern.

Der Beschluss über den Verbleib Bougainvilles ist weiterhin offen, da die Zentralregierung eine Abstimmung zu dem künftigen Status immer wieder verzögert. Zwar wurde in der Friedensvereinbarung von 2001 beschlossen, dass vor dem Jahr 2020 ein Referendum über die Unabhängigkeit Bougainvilles abgehalten werden würde, allerdings werden hier immer wieder

Verzögerungstaktiken angewandt, aus Angst vor einer tatsächlichen Abspaltung. Bislang hat Bougainville nur den Status der autonomen Provinz im papuanischen Staatenverband inne, die völlige Unabhängigkeit, so wie sie von Seiten der bougainvilleanischen Bevölkerung schon lange befürwortet wird, bleibt aus. Stattdessen werden Bougainville von Seiten des papuanischen Premierministers immer wieder neue Forderungen auferlegt, welche angeblich für die Abhaltung eines Referendums erfüllt werden müssten (vgl. Tlozek 2017). Dass Bougainville jedoch durchaus fähig dazu ist, sich als unabhängiger Staat zu erhalten, hat die Bevölkerung während des beinahe zehn Jahre andauernden Sezessionskrieges in vieler Hinsicht bewiesen. Es ist verblüffend, wie eine Region, welche so unter dem Dach des Zentralstaates stand, sich im Laufe des Krieges zu solch einer selbstbestimmten und eigenständigen Insel entwickeln konnte. Denn der Krieg führte letztendlich dazu, dass die Bevölkerung auf sich selbst angewiesen war und keine andere Wahl hatte, als sich selbst zu versorgen. Dank des Ressourcenreichtums auf der Insel hat es allerdings nur genügend Einfallsreichtum und Willen gebraucht, um sich dieser Aufgabe anzunehmen. Waffen und Munitionen wurden selbst hergestellt, Fahrzeuge wurden mit Hilfe von aus Kokosnüssen gewonnenem Öl betrieben, von welchem es reichlich auf der Insel gab und die Herstellung von Heilkräutern wurde zu einer lebensrettenden Maßnahme. Vor allem die Seeblockade im Jahr 1990 verlangte der Inselbevölkerung viel Selbstständigkeit ab und führte dazu, dass die Bevölkerung Bougainvilles im Endeffekt vielmehr gestärkt als geschwächt wurde. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte die Sezessionsbewegung auf Bougainville wohl niemals solche Erfolge gegen die modernen, fortschrittlicher bewaffneten Streitkräfte der Zentralregierung erzielen können.

Allerdings hat der Krieg gravierende Folgen für die Insel mit sich gebracht, welche sich nach wie vor auf Bougainville bemerkbar machen. Zum einen wurde auf der Insel ein Pool an arbeitslosen Männern zurückgelassen, welche keinerlei Perspektiven haben und daher immer wieder zur Kriminalität getrieben werden. Auch die Lage der ehemaligen Minenarbeiter auf Bougainville ist ähnlich, da diese während der Zeit des Minenbetriebs am modernen Leben teilnehmen konnten und nach der Schließung jedoch wieder zurück in ihre traditionale Lebensweise verbannt wurden (vgl. Böge 2008: 15f.). Hinzu kommt, dass während der Inbetriebnahme der Panguna – Mine enorme Mengen an Land und Wäldern zerstört und Flüsse größtenteils unbenutzbar gemacht wurden. Diese Flächen wieder nutzbar zu machen, würde Jahrzehnte dauern, da bis dahin ein hohes Risiko an Vergiftungen vorliegt.

Zwar wurde die Panguna – Mine dank der BRA bereits erfolgreich zum Stillstand gelegt, allerdings wird eine Wiedereröffnung von Seiten Papua – Neuguineas angestrebt, da man nicht

auf die wirtschaftlichen Erfolge verzichten möchte. Dieses Thema ist allerdings nach wie vor ein Streitpunkt und stößt auf großen Widerstand von Seiten der Bevölkerung Bougainvilles (vgl. ebd.: 16). Auch das Thema Reparationszahlungen ist weiterhin ungeklärt. Die versprochenen Entschädigungszahlungen werden oftmals nur mit langen Verzögerungen getätigt und in vielen Fällen sogar zur völlig ignoriert.

Die Lage auf Bougainville ist seit Unterzeichnung des Friedenspaketes friedlich, eine erneute Eskalation ist jedoch nicht zur Gänze auszuschließen. Vor allem, wenn die Abhaltung des Referendums bis 2020 nicht vonstattengeht oder die erneute Inbetriebnahme der Kupfermine in den Raum gestellt wird, kann dies maßgebliche Auswirkungen auf den Friedensprozess haben. Aus diesem Grund sind auch heute noch neutrale Beobachter im Rahmen der Peace Monitoring Group auf der Insel angesiedelt, welche die stets angespannten Tendenzen bewachen.

13. Literaturverzeichnis

Alley, Roderic (2003): Ethnosecession in Papua New Guinea: The Bougainville Case. In: Ganguly, Rajat; Macduff, Ian (Hg.): Ethnic Conflict and Secessionism in South and Southeast Asia, New Delhi: Sage Publications, S. 225-256.

Amnesty International (1997): Papua New Guinea: Bougainville: The Forgotten Human Rights Tragedy, 26.02.1997.

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (1998): Das Kriegsgeschehen 1997. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte im Jahr 1997, Interdependenz 22. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden.

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung; Schreiber, Wolfgang (2009): Das Kriegsgeschehen 2007. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Böge, Volker (1994): Der Bougainville – Konflikt in Papua – Neuguinea – Ursachen, Verlauf und Lösungsansätze. In: Pazifik – Informationsstelle 37/94, Hamburg.

Böge, Volker (1997): Bericht über den Besuch der OK – Tedi – Mine in Papua – Neuguinea. In: Rundbriefe, Forum für Mitglieder und Freunde des Pazifik – Netzwerkes, 33/97, Hamburg.

Böge, Volker (1997): „Bougainville – Silberstreif am Horizont“, Waffen schweigen-Kriegsparteien reden weiter miteinander. In: Rundbriefe, Forum für Mitglieder und Freunde des Pazifik – Netzwerkes, 36/97, Hamburg.

Böge, Volker (1998): Endlich Frieden auf Bougainville? In: Rundbriefe, Forum für Mitglieder und Freunde des Pazifik - Netzwerkes, 37/98, Hamburg.

Böge, Volker (1998): Bougainville zwischen Krieg und Frieden – Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1998. In: Rundbriefe, Forum für Mitglieder und Freunde des Pazifik – Netzwerkes, 38/98, Hamburg.

Böge, Volker (1998): Bougainville: Kupferbau, Umweltzerstörung, Krieg. In: Pazifik – Informationsstelle, Dossier Nr. 49, 15.12.1998.

Böge, Volker (2001): Bougainville: Kriegsursache Landzerstörung durch Bergbau. In: Blickpunkt, 04/01, S. 1-5.

Böge, Volker (2006): Friedenskonsolidierung auf Bougainville – eine Erfolgsgeschichte. In: Friedensforum, 19/3, S. 35-37.

Böge, Volker (2008): Bougainville: Krieg, Friedenskonsolidierung, Staatsbildung. In: Dossier Bougainville für Pazifik – Infostelle, 84, S. 1-17.

Böge, Volker (2009): Peacebuilding and State Formation in Post – Conflict Bougainville. In: Peace Review: A Journal of Social Justice, 21:29/37, S. 29-37.

Clausewitz, von Carl (1832): Vom Kriege. Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz. Berlin: Dümmler.

Dorney, Sean (1998): The Sandline Affair: Politics and Mercenaries and the Bougainville Crisis. Sydney: ABC Books.

Gärtner, Heinz (2008): Internationale Sicherheit – Definitionen von A - Z. Baden – Baden: Nomos.

Gantzel, Klaus Jürgen; Schwinghammer, Torsten (1995): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992: Daten und Tendenzen. Münster: LIT Verlag.

Hammond, Timothy G. (2012): Resolving Hybrid Conflicts: The Bougainville Story. In: Foreign Policy Journal, 22.12.2012.

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (1997): Konfliktbarometer. Welt 1997: Krisen – Kriege – Putsche – Verhandlungen – Vermittlung – Friedensschlüsse. Jährliche Konfliktanalyse des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung e.V., Heidelberg: Universität Heidelberg.

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (2000): Konfliktbarometer 2000. 9. Jährliche Konfliktanalyse. Heidelberg: Universität Heidelberg.

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (2017): Conflict Barometer 2016. Heidelberg: University of Heidelberg.

Hosp, Karoline (1999): Konfliktmanagement im Pazifik am Beispiel der Insel Bougainville. Diplomarbeit, Universität Wien.

Jubilee Australia (2014): Voices of Bougainville: Nikana Kangsi, Nikana Dong (Our Land, Our Future). Sydney: [o.V.].

Kabutaulaka, Tarcisius (1994): Cohesion and Disorder in Melanesia: The Bougainville Conflict and the Melanesian Way. In: Alailima, Leiatua Vaiao; Busch, Werner (Hg.): New Politics in the South Pacific, Suva: Institute of Pacific Studies, S. 63-82.

Kaldor, Mary (1999): Neue und Alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kaldor, Mary (2013): In defence of new wars. In: Stability: International Journal of Security and Development, 2/1, S. 1-16.

May, Ron J.; Haley, Nicole (2014): The Military in Papua New Guinea: A “Culture of Instability” But No Coup. In: Security Challenges, 10/2, S. 53-70.

Mückler, Hermann (2012): Konflikt und Krisenmanagement im Pazifik: Das Beispiel Bougainville, Papua New Guinea. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald; Jurekovic, Predrag; Mückler, Hermann (Hg.): Internationales Krisenmanagement. Eine Bestandsaufnahme. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 8/2012, Wien: Landesverteidigungsakademie, S. 205-241.

Münkler, Herfried (2008): Clausewitz und die neuen Kriege. In: Armis et litteris, 18/08, S. 155-168.

Okole, Henry (1990): The Politics of the Panguna Landowners' Organisation. In: MAY, R.J.; Spriggs, Matthew (Hg.): The Bougainville Crisis, Bathurst: Crawford House Press, S. 16-24.

Pfetsch, Frank R.; Billing, Peter (1994): Datenhandbuch nationaler und internationaler Konflikte. Baden - Baden: Nomos.

Oliver, Douglas (1991): Black Islanders; A Personal Perspective of Bougainville 1937 – 1991. Honolulu: University of Hawaii Press.

Reddy, Peter (2008): Reconciliation in Bougainville: Civil war, peacekeeping and restorative justice. In: Contemporary Justice Review, 11/2, S. 117-130.

Regan, Anthony J. (1998): Causes and Course of the Bougainville Conflict. In: The Journal of Pacific History, 33/3, S. 269-285.

Regan, Anthony J. (2013): "Bougainville Conflict deferred?" In: Aspinall, Edward; Jeffrey, Robin; Regan, Anthony J. (Hg.): Diminishing Conflicts in Asia and the Pacific: Why some subside and others don't. Abingdon & New York: Routledge, Taylor & Francis Group, S. 119-133.

Sarkees, Meredith Reid; Wayman, Frank (2010): Resort to War: 1816-2007. Washington DC: CQ Press.

Schreiber, Wolfgang (2011): Wie Kriege enden. In: Krieg im Abseits: „Vergessene Kriege“ zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ökonomie, Medien und Politik. Berlin: LIT Verlag, S. 233-249.

Schuurman, Bart (2010): Clausewitz and the „New Wars“ Scholars. In: Parameters, 40/1, S. 89–100.

Seib, Roland (1994): Papua – Neuguinea: Zwischen isolierter Stammesgesellschaft und weltwirtschaftlicher Integration, Hamburg: Institut für Asienkunde.

Singer, David; Small, Melvin (1982): Resort to Arms: International and Civil War, 1816-1980. CA: Sage.

Tanis, James (2015): Nagovisi villages as a window on Bougainville in 1988. In: Regan, Anthony J.; Griffin, Helga M. (Hg.): Bougainville before the conflict. Canberra: ANU E Press, S. 447-472.

Themnér, Lotta (2016): UCDS/PRIO Armed Conflict Dataset Codebook. Oslo: International Peace Research Institute.

Tyron, Darrell (2015): The Languages of Bougainville. In: Regan, Anthony J.; Griffin, Helga M. (Hg.): Bougainville before the conflict. Canberra: ANU E Press, S. 31-46.

Uppsala Conflict Data Program (2016): UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset Codebook, 4/16, Oslo: International Peace Research Institute.

Vernon, Don (2015): The Panguna Mine. In: Regan, Anthony J.; Griffin, Helga M. (Hg.): Bougainville before the conflict. o.O.: ANU Press, S. 258-273.

Internet – Quellen

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung 1.09.2016,
<https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf.html>
[Zugriff: Juni 2017].

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (2016): Kriegsdefinitionen und Kriegstypologie. 1.09.2016, <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf/kriegsdefinition.html> [Zugriff: 1.06.2017].

Ashworth, Michael (1997): Papua PM forced to resign as army leader wins their battle of wits. 27.03.1997, <http://www.independent.co.uk/news/world/papua-pm-forced-to-resign-as-army-leader-wins-their-battle-of-wits-1275261.html> [Zugriff: 03.04.2017].

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Krieg und Gewaltkonflikte. 09.2011. <http://sicherheitspolitik.bpb.de/krieg-und-gewaltkonflikte/hintergrundtexte-m1/kriegsdefinitionen-und-konflikttypologien> [Zugriff: 01.06.2017].

Correlates of War (o.J.): Codebook for the Intra-State Wars 4.0: Definitions and Variables by Meredith Reid Sarkees, <http://correlatesofwar.org/data-sets/COW-war> [Juni 2017].

Encyclopaedia Britannica (2006): Bougainville Island. 16.03.2006, <https://www.britannica.com/place/Bougainville-Island> [Zugriff: 02.2017].

Frank, Johann (2007): Grundlegung zur Kriegstheorie. In: Armis et Litteris 18, S. 1–50, http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/25_gkt.pdf [Zugriff: 02.02.2017].

Parliament of Australia (1999): Bougainville: The Peace Process and Beyond. Report 27.09.1999, https://www.aph.gov.au/parliamentary_business/committees/house_of_representatives_committees?url=jfadt/bougainville/bvrepindx.htm [Zugriff: 02.2017].

Tlozek, Erich (2017): Bougainville independence referendum „may not be possible“ with key conditions not met: PNG PM. In: ABC News, 26.09.2017.

United Nations Economic and Social Council (1996): Report by the Special Rapporteur on his mission to Papua New Guinea island of Bougainville from 23 to 28 October 1995. 27.02.1996, <http://hrlibrary.umn.edu/commission/country52/4-add2.htm> [Zugriff: 15.06.2017].

United States Institute of Peace (2002): Peace Agreements Digital Collection. 23.01.2002, https://www.usip.org/sites/default/files/file/resources/collections/peace_agreements/bougain_19980123.pdf [Zugriff: April 2017].

UPPSALA Department of Peace and Conflict Research (2014): <http://www.pcr.uu.se/research/ucdp/definitions/> [Zugriff: Juli 2017].

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Conflict Barometer 2016 51

14. Anhang

Abstract (deutsch)

Der Wandel im internationalen Kriegsgeschehen weg von den klassischen Großkriegen zwischen zwei Staaten, so wie sie Carl von Clausewitz im Jahr 1832 definiert hatte, hin zu Kleinkriegen zwischen nicht – staatlichen Akteuren, ist seit dem Ende des Kalten Krieges bemerkbar geworden und hat zu der Problematik der undefinierbaren Kriege geführt. Bei den Kriegen der Gegenwart ist es schwierig geworden, zu bestimmen, um was für eine Art Krieg es sich handelt und wo dieser einzuordnen ist. Zwar gibt es eine Reihe von KriegsforscherInnen und Datenbanken, welche sich mit der Typologisierung von Kriegen auseinandersetzen, allerdings sind diese sich bei ihren Ergebnissen nicht immer einig.

Mary Kaldor ist eine jener Theoretikerinnen, welche sich diesem Wandel hin zu den Neuen Kriegen angenommen und eine Theorie dazu entwickelt hat.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Vergleich bereits etablierter Datenbanken zur Kriegsursachenforschung an einem ausgewählten Länderbeispiel, dem Sezessionskrieg auf Bougainville, durchzuführen und so jeweilige Vor- und Nachteile der Kriegstypologien abzuwägen. Damit soll die für den untersuchten Fall geeignetste Typologie gefunden und der Krieg von seinem Ursprung analysiert werden. Die Auseinandersetzung mit dem ausgewählten Fallbeispiel Papua – Neuguinea und den Eigenheiten der Insel Bougainville leisten dabei einen wesentlichen Beitrag bei der Suche nach empirischen Kriegstypen.

Zudem soll der Wandel im internationalen Kriegsgeschehen, so wie ihn die Theoretikerin Mary Kaldor beschreibt, anhand des untersuchten Krieges zwischen staatlicher Regierung und Rebellen aufgezeigt werden.

Die Arbeit zeigt, dass es nicht die eine Art der Kriegstypologisierung gibt, sondern unterschiedliche Datenbanken mit jeweils unterschiedlichen Typologien arbeiten. Es gibt kein richtig oder falsch, sondern vielmehr für einen bestimmten Krieg geeignetere und ungeeignere Herangehensweisen.

Abstract (englisch)

There has been a shift in international warfare away from typical big wars between two states, as Carl von Clausewitz described them in 1832, towards so called “small wars” mainly fought between non – state actors. This has led to the issue of mostly indefinable wars since the end of the Cold War because in the case of most wars of the present it has become difficult to define what type of war exists and how it can be classified. Even though there are numerous war researchers and databases that deal with the typology of wars, there is not always agreement on the outcomes.

Mary Kaldor is one of those theoreticians who addresses this shift in warfare and deals with the theory of the so called “New Wars”.

The aim of this paper is the comparison of already established databases on war research with a selected country sample, the secessionist war in Bougainville, to thus weigh all advantages and disadvantages of the respective war typologies. This way it shall be possible to find the most suitable typology for this specific case. It is important to analyze the war and the country case study itself with all its characteristics and cultural peculiarities to further search for empirical war types.

Also, the change in international warfare, as described by Mary Kaldor, shall be shown based on the war between state government and rebels on Bougainville.

The thesis shows that there is not just one war type but different databases with their own typologies and methods. There is no such thing as a right or a wrong typology rather there are more appropriate and less appropriate typologies which can differ depending on the war.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Nach-/Vorname: Dhillon Sonia
Anschrift: Schüttaustraße 1-39/12/8, 1220 Wien
E-Mail: sonia_561@hotmail.com
Telefon: 0660/7675856
Geburtsdatum: 15. Jänner 1992, Wien
Nationalität: Österreich

Bisheriger Werdegang:

1998 - 2002: Volksschule in 1220 Wien
2002 - 2010 AHS Gymnasium in 1020 Wien
10/2010 – 10/2013: Bachelorstudium Internationale Entwicklung,
Universität Wien (mit Abschluss BA)
10/2011 – 09/2016 Bachelorstudium Politikwissenschaft, Universität
Wien (mit Abschluss BA)
Seit 03/2014: Masterstudium Politikwissenschaft, Universität
Wien

Bisherige Berufserfahrungen:

08/2013 – 09/2013: Wahlhelferin für die Nationalratswahlen, SPÖ
05/2014: Wahlhelferin für die Wahlen zum Europäischen
Parlament, SPÖ
06/2015 – 09/2015: organisatorische Wahlkampfleitung für die
Landtagswahlen in Wien, SPÖ
08/2017 – 10/2017: Organisation Nationalratswahlen,
Bundesgeschäftsstelle SPÖ
seit November 2017: Organisation Landtagswahlen Niederösterreich,
SPÖ Niederösterreich